



Die
Gebundenheit des Grund und Bodens
durch
Familienfideicommiss.

Dissertation

zur

Erlangung der venia docendi

bei der philosophischen Fakultät

der Universität Jena

von

Dr. August von Miaskowski.

Jena,

Druck der Friedrich Mauke'schen Officin

1873.



8° Jus 3945(138

416 100 896 600 19



Thesen:

I.

Der Standpunkt des »laissez faire laissez passer« steht und fällt mit der Annahme und Verwerfung unabänderlicher wirthschaftlicher Naturgesetze.

II.

Latifundien sind das grösste Hinderniss gesunder Landgemeinde-Verhältnisse.

III.

Spuren des Merkantilismus als eines Systems der Volkswirtschaftspolitik finden sich bereits in der Mitte des XV. Jahrhunderts.

IV.

Der dem politischen System Gneists zu Grunde liegende Gegensatz von Staat und Gesellschaft ist unhaltbar.

V.

Der constitutionelle Grossstaat des Continents verlangt die Entlastung der Regierung von manchen Verwaltungsfunktionen und die Uebertragung derselben an Selbstverwaltungsorgane.

VI.

Die russische Landgemeinde mit ihrem Gemeindebesitz und der russische Artell sind Symptome einer niedrigen wirthschaftlichen Kulturstufe.

Die vorliegende Arbeit beabsichtigt die Wirkungen der Gebundenheit des Grund und Bodens durch Familienfideicommisses auf die Volkswirtschaft zu untersuchen.

Zu diesem Zweck ist zuerst die historische Entwicklung und der gegenwärtige Rechtszustand des Familienfideicommisses bei den drei Hauptculturvölkern des westlichen Europa, — Deutschen, Engländern und Franzosen — dargestellt und damit das Untersuchungsobject festgestellt worden. Dem dieser Arbeit gesteckten Ziel entsprechend musste sowohl bei der geschichtlichen als auch bei der dogmatischen Darstellung des Familienfideicommisses hauptsächlich auf die für das wirthschaftliche Leben wichtigen Seiten desselben näher eingegangen werden, so das die ausschliesslich civil- oder staatsrechtlich bedeutsamen Punkte keine gleich eingehende Berücksichtigung finden konnten.

An diese Rechtsdarstellung schliesst sich sodann eine Reproduction der unter den Nationalökonomen und Politikern über das Familienfideicommiss herrschenden Ansichten, womit gleichsam die communis doctorum opinio festgestellt werden soll (zweiter Abschnitt).

Ehe sodann mit der nationalökonomischen Analyse des dem Gebiet der Volkswirtschaftspolitik angehörigen Fideicommissinstituts begonnen werden konnte, musste ferner der Standpunkt fixirt werden, von dem die Arbeit auszugehen hat, um damit zugleich einen Maassstab für die Beurtheilung des Untersuchungsobjects zu gewinnen (dritter Abschnitt).

Die Untersuchung selbst endlich will die volkswirtschaftlich schädlichen und nützlichen Wirkungen des Familienfideicommisses feststellen und dann beide gegen einander abwägen (vierter Abschnitt).

I.

1. Deutschland¹⁾.

Die Grundidee des Familienfideicommisses, ein Gut in einer bestimmten Familie unveräusserlich zu erhalten und in derselben von Geschlecht zu Geschlecht zu vererben, ist dem deutschen Rechtsleben von Alters her eigenthümlich gewesen; verschieden war im Wechsel der Zeiten nur die Rechtsform, in welcher diese Idee ihren Ausdruck fand. Während bis in das XIV. Jahrhundert hinein das Rechtsinstitut des Stammguts das freie Grundeigenthum beherrschte, wurde dasselbe bei seinem Untergang von dem Familienfideicommiss abgelöst. Dieses letztere lehnte sich unmittelbar an das Stammgut an, indem es den Rechtsinhalt desselben in sich aufnahm und den veränderten Zeitverhältnissen gemäss umgestaltete. Aus diesem Grunde erscheint bei Darstellung der historischen Entwicklung des Familienfideicommisses ein Zurückgehen auf das alte Stammgutssystem unerlässlich.

Sowohl das Stammgut als auch das Familienfideicommiss haben ihre Wurzeln nicht nur in der Innigkeit des deutschen Familienlebens, sondern ausserdem noch in bestimmten wirthschaftlichen und politischen Voraussetzungen, welche die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Familie, sowie das Eigenthum am Grund und Boden von der grössten Bedeutung für die Stellung des freien Mannes erscheinen lassen.

Zur Zeit der Volksrechte äusserte der auf der Blutsgemeinschaft

1) K. F. Eichhorn, deutsche Staats- und Rechtsgeschichte. 4. Aufl. Göttingen 1836. H. Zöpfl, deutsche Rechtsgeschichte. 3. Aufl. Stuttgart 1858. F. Walter, deutsche Rechtsgeschichte. 12. Aufl. Bonn 1857. Schulze, das Recht der Erstgeburt in den deutschen Fürstenthümern und seine Bedeutung für die deutsche Staatsentwicklung. Leipzig 1851. Costa, Entwicklungsgeschichte der deutschen Familienfideicommisses. Inauguralabhandlung. München 1864. Zimmerle, das deutsche Stammgutssystem nach seinem Ursprung und Verlauf. Tübingen 1857. W. Lewis, das Recht des Fideicommisses. Berlin 1868. v. Salza und Lichtenau, die Lehre von Familien-, Stamm- und Geschlechtsfideicommissen. Leipzig 1838. v. Gerber, Beiträge zur Lehre vom deutschen Familienfideicommiss u. Ders. über d. Begriff d. Autonomie in seinen ges. jurist. Abhandlungen. Jena 1873. S. 86 ff. u. 100 ff. Beseler, System des gemein. deutschen Privatrechts. Berlin 1855. § 176. Bluntschli, Deutsches Privatrecht. 3. Aufl., besorgt v. F. Dahn. München 1864. § 68. Gerber, System des deutschen Privatrechts. 9. Aufl. Jena 1867. §§ 83, 84, 274, 275. Die Art. Familienfideicommiss von v. Salza in Weiskes Rechtslexicon, Erbrecht von Welcker in Rotteck und Welckers Staatswörterbuch, Erbgüter von K. Maurer in Bluntschli und Braters Staatswörterbuch und Familienfideicommiss von H. Brunner in Holtzendorfs Rechtslexicon.

ruhende Familienverband seine Wirkungen auf die einzelnen Volksgenossen nicht nur in der nachbarlichen Ansiedlung im Frieden, sowie im Zusammenstehen in der Schlacht, in der Aufrechterhaltung der gemeinsamen Familienehre, sowie in der Mitwirkung bei freudigen und trüben Ereignissen, sondern auch darin, dass die Familie ihren einzelnen Gliedern eine Friedensgenossenschaft war, als solche die Blutrache für das einzelne Familienglied übernahm und für die Blutschuld desselben einstand, das Wehrgeld zahlte und erhielt und seinen einzelnen Genossen überhaupt vor Gericht Hilfe und Beistand gewährte. Wenn in der Folge diese sociale und politische Bedeutung der Familie für den Einzelnen auch im Allgemeinen abgeschwächt wurde, so behielt die Zugehörigkeit zu bestimmten Familien doch ihre Wichtigkeit für die Glieder der höheren Stände. Dies gilt namentlich hinsichtlich des Adels, seit die Verbindung desselben mit der ritterlichen Lebensart fortfiel und er zu einem bevorrechteten Geburtsstande wurde, der in den hervorragendsten seiner Glieder sogar die Landeshoheit anstrebte und erwarb. Die Zugehörigkeit zu einer Familie des Herrenstands, der Reichsritterschaft oder des landsässigen Adels bedeutete demnach die Theilnahme an der bevorrechteten Stellung dieser Stände.

Wie die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Familie für das Glied derselben, so war der Grundbesitz für die Familie und hiermit indirect auch für den einzelnen Familiengenossen in Zeiten niedriger Cultur, in denen der bei weitem grösste Theil des Vermögens in Grund und Boden bestand und die fahrende Habe kaum in Betracht kam, von der grössten Bedeutung²⁾. In solchen Zeiten ist Jemandem Brod gewähren und sein Herr sein fast identisch. Landeigner und Herr, landloser und abhängiger Mann sind Begriffe die sich decken. Diese wirthschaftliche und sociale Stellung findet ihren Ausdruck auch im öffentlichen Recht. So gab und erhielt zur Zeit der Volksrechte das echte Eigenthum allein die volle Freiheit. Von dem echten Eigenthum hing die Stimme in der Gemeinde, die Theilnahme an der gemeinen Mark, die volle Ehre des feierlichen Zeugnisses, des Richter und Schöffenamts in den Volksgerichten ab. Doch auch später und zwar bis zum Schluss des Mittelalters behauptete sich diese hervor-

2) Auf die ausserordentlich grosse Bedeutung des Grundbesitzes für das Wirthschafts- und Culturleben eines Volks auf niedriger Culturstufe haben in letzter Zeit hingewiesen: Rodbertus, Sociale Briefe an Kirchmann. 3. Brief. Berlin 1851. S. 336, ferner B. Hildebrand, die sociale Frage der Vertheilung des Grundeigenthums im klassischen Alterthum, in Hildebrand's Jahrbüchern f. Nationalökon. und Stat. Bd. XII. S. 153 ff., und Ders. Natural-, Geld- und Creditwirthschaft in Hildebrand's Jahrbüchern Bd. II. S. 9.

ragende Bedeutung des Grundeigenthums für das öffentliche Leben. So bedurften die Schöffenbarfreien, welche den alten Stand der Vollfreien fortsetzten, um wirklich Schöffen sein zu können, eines bestimmten Maasses von Grundbesitz, das nicht unter drei Hufen betragen durfte. Als dann später der Stand der Schöffenbarfreien zum grossen Theil in den der Ritterbürtigen überging, setzte auch dieser als seine Grundlage ein bedeutendes Vermögen, das durchweg in Grundvermögen bestand, voraus, da ohne ein solches bei der Beschaffenheit des damaligen Kriegsdienstes die ritterliche Lebensweise gar nicht geführt werden konnte. Ja das ganze Lehnswesen hat im Wesentlichen den Grundbesitz zu seiner Grundlage, indem die Rechte und Pflichten eines Vasallen und Ministerialen an die demselben verliehenen Lehen und Beneficien, welche zum grössten Theil in Grundstücken bestanden, geknüpft waren.

Seit dem stärkeren Hervortreten des beweglichen Kapitals im städtischen Gewerbe und Handel, wodurch dem Grund und Boden ein gewichtiger Concurrent erwuchs, seit dem Untergang der alten auf Grundbesitz basirten Gerichts- und Heeresverfassung sowie seit der Ausbildung der Landeshoheit und eines von dem Grundbesitz unabhängigen Unterthanenverbands, nach dem Muster des städtischen Bürgerthums, verlor der Grundbesitz seine frühere ausschliessliche Bedeutung für das gesammte wirtschaftliche, sociale und politische Leben. Statt dessen wurde er fortan zur Basis eines bestimmten Standes, des Adels. Was demnach früher die Voraussetzung aller Vollberechtigten gewesen war, das wurde nunmehr, seitdem sich die Stände des hohen und niederen Adels, der Bürger und Bauern herausgebildet hatten, das Erforderniss nur eines und zwar des bevorrechtetsten Standes. Namentlich die Familien des Herrenstandes sind in Zeiten, in denen noch keine strenge Scheidung zwischen dem Privat- und öffentlichen Recht durchgeführt war, in hohem Grade an der ungetheilten Erhaltung von Land und Leuten interessirt, da das Patrimonium zugleich das Substrat der öffentlichen Gewalt war. Aber auch nachdem sich diese Trennung zwischen öffentlichem und privatem Recht vollzogen und man zwischen Eigenthums- und Hoheitsrechten zu unterscheiden gelernt hatte, konnte bei denjenigen Familien, die zur Landeshoheit gelangt waren und sich die letztere auch nach Auflösung des deutschen Reichs erhalten hatten, von einer politischen Bedeutung ihrer Privatgüter, der Kron- und Hausfideicommission, die Rede sein. Dagegen hat der Grundbesitz des seitdem mediatisirten hohen Adels sowie auch des landsässigen Adels gegenwärtig nur insofern einen öffentlichen Charakter, als von dem Fideicommissbe-

sitz verfassungsmässig die politische Stellung des Adels abhängig gemacht ist³⁾.

Bei solcher Bedeutung des Grundeigenthums für die Familie sowie den Einzelnen wird es leicht erklärlich, dass die Sitte sowohl wie das Recht das Heraustreten des einmal erworbenen Grundbesitzes aus der Familie zu verhüten suchte. Dieses Streben äusserte sich darin, dass schon in sehr früher Zeit die Blutsverwandten bei Veräusserungen von Grund und Boden unter Lebenden zustimmend oder widersprechend mitwirkten und durch diese Mitwirkung den jeweiligen Eigenthümer in seiner freien Disposition beschränkten⁴⁾, sowie darin, dass dem jeweiligen Grundeigenthümer die Macht genommen war durch Willensverfügung auf den Todesfall die bestehende Erbfolgeordnung zu ändern, woher denn Grundeigenthum in der Regel nur durch Erbgang oder echte Ding erworben werden konnte⁵⁾. Auch wo ausnahmsweise in alter Zeit

3) Nach der Bayr. VU. v. 26. Mai 1818 § VI, 3 darf der König die Würde eines erblichen Reichsraths nur den Besitzern von Lehn- oder Fideicommissgütern von 300 Gulden Steuersimplum an Grund- und Dominikalsteuer verleihen; nach der Würtemb. VU. v. 25. Sept. 1819 § 130 werden die erblichen Mitglieder der Kammer des Standesherrn vom König aus den zum standesherrlichen oder ritterschaftlichen Adel gehörigen Grundbesitzern ernannt, welche mit Fideicommissen belegtes Grundvermögen besitzen, das ihnen eine jährliche Rente von 6000 Gulden einträgt; nach der Badischen VU. v. 6. Oct. 1817 § 28 kann der Grossherzog denjenigen Familien die Standschaft in der ersten Kammer gewähren, welche ein Lehn- oder Stammgut besitzen, das in der Grund- und Gefällsteuer nach Abzug des Lastenkapitals wenigstens zu 500,000 Gulden angeschlagen ist. Nach der preuss. Verordnung v. 12. Oct. 1854 § 2 gehören unter Anderen zu den erblichen Gliedern der ersten Kammer die zur Herrenkurie des vereinigten Landtags zufolge Verordnung v. 3. Febr. 1847 berufenen Fürsten, Grafen und Herren, zu den lebenslänglichen Mitgliedern die von den Verbänden des alten und befestigten Grundbesitzes präsentirten Personen, wobei zum befestigten Grundbesitz solche Landgüter gehören, deren Vererbung in der männlichen Linie durch eine besondere Erbfolgeordnung gesichert ist (Lehen, Majorate, Minorate, Fideicommiss, Substitutionen). Ausserdem sind nach der deutsch. Bundesakte v. 8. Juni 1815, sowie nach der Bayr. VU. § VI, 1 der Würtemb. VU. § 129 und der Badischen VU. § 27 die Häupter der ehemals reichsfürstlichen und reichsgräflichen Familien, so lange sie im Besitz ihrer vormals reichsständischen Herrschaften sind, erbliche Mitglieder der ersten Kammer; die preuss. Verordnung v. 12. Oct. 1854 § 2 enthält nicht die letztere Beschränkung, so dass die Standesherrn hier auch unabhängig von dem Besitz ihrer Standesherrschaften Mitglieder der ersten Kammer sind. cf. Rönne, das Staatsrecht der preussischen Monarchie. 3. Aufl. § 113. S. 341.

4) Zimmerle a. a. O. S. 88. Costa a. a. O. S. 5.

5) Ausnahmsweise kommen in Folge des Verkehrs mit den Römern und zwar zuerst, lange Zeit sogar ausschliesslich, bei den Geistlichen und zu Gunsten der

Schenkungen an Fremde vorkommen. da wurden sie Seitens der Sippe als ein Schimpf empfunden⁶⁾.

Die bei den einzelnen deutschen Volksstämmen ursprünglich instinctiv wirkende Sitte, nach welcher die Blutsverwandten bei Immobilienveräußerungen mitzuwirken hatten, gelangte erst zum vollem Bewusstsein im Widerstreit mit in entgegengesetzter Richtung wirkenden Elementen⁷⁾. Diese Elemente bestanden in der grösseren Beweglichkeit des Lebens und der Wohnsitze, in der Einwirkung des römischen Rechts und der Sitte beim Zusammentreffen der deutschen Eroberer mit den besiegten Römern und endlich in der Frömmigkeit der Zeit, welche sich in Schenkungen an die Kirche äusserte. Je nachdem diese Einflüsse oder die alte Sitte bei einem Volksstamm prävalirten weisen die einzelnen Volksrechte verschiedene Resultate dieses Widerstreits auf⁸⁾. Trotz der hier und da im geschriebenen Recht durchgedrungenen freieren Dispositionsbefugniss des Eigenthümers über seinen Grund und Boden, namentlich bei Vergebungen an die Kirche, scheint die alte Sitte sich nicht nur im Ganzen erhalten, sondern sogar zu dem stummen Rechtsinstitut des Stammguts ausgebildet zu haben. Diesem letzteren Institut lag der Gedanke zu Grunde, dass ein gewisses durch keine Verfügung des jeweiligen Eigenthümers zu beeinträchtigendes Recht des geborenen Erben am Grundeigenthum Anspruch auf rechtlichen Schutz und rechtliche Anerkennung habe. Zur Zeit der Volksrechte und auch später nur in einigen Zügen erkennbar bildet sich das Stammgutssystem im Laufe der Zeit immer bestimmter aus und erscheint vom XI. bis XIV. Jahrhundert als allgemein in Geltung befindliches Rechtsinstitut⁹⁾, dessen Grundzüge folgende sind: Das

Kirche letztwillige Vergebungen vor. Unter dem höheren Laienstande werden Testamente unter Otto dem Grosse gewöhnlich; doch kommen sie noch gegen Schluss des XV. Jahrhunderts bei Personen des dritten Standes nur selten vor. Zimmerle a. a. O. S. 87. Costa a. a. O. S. 5. Roscher, Nat. Oec. des Ackerbaues § 89.

6) Walter a. a. O. § 469.

7) Zöpfl l. c. S. 776.

8) Es ist hier nicht der Ort auf eine nähere Prüfung der vielbestrittenen Frage einzugehen, in wie weit in den ältesten Zeiten das freie Verfügungsrecht über Grundstücke durch Rechte der geborenen Erben beschränkt war, namentlich ob solche nur zu Gunsten der Descendenten des Veräußerers oder seiner ganzen Verwandtschaft bestanden, sowie ob dieselben sich auf alles Grundeigenthum oder auf das ererbte bezogen. cf. Walter § 470. Zöpfl § 113, VII. Zimmerle l. c. passim.

9) Auch von denjenigen, welche, wie Beseler, das Vorkommen des Einspruchs-

Interesse der Familie an der Erhaltung der Liegenschaften erschien gleichsam juristisch verkörpert in dem Einspruchsrecht der nächsten Erben des Veräußerers. Diesen steht schon bei Lebzeiten ihres Erblassers ein dingliches Recht an dessen Liegenschaften zu, das sich in der Befugniss zu Rescission der ohne ihren Consens vorgenommenen Veräußerungen von Immobilien äussert. Auf das Einspruchsrecht kann entweder zur Zeit der Veräußerung oder später ausdrücklich oder stillschweigend verzichtet werden¹⁰⁾. An den Erbverzicht nehmen übrigens häufig nicht nur die zum Einspruch berechtigten Erben, sondern auch andere dem Veräußerer nahe stehende Personen Theil. Solches geschah mit Rücksicht auf das Ungenügende des Processweges und die Schwäche der öffentlichen Gewalt zum Zweck möglicher Sicherung des Rechtsgeschäfts. Aus der Rechtsunsicherheit erklären sich auch die zahlreichen Unterschriften besonders der Grossen; das Institut der Salmanen; die oft wiederholten, von Kaisern, Fürsten und Herren vollzogenen Bestätigungen von Veräußerungsverträgen, die Geldabfindungen der Erben, die eidliche Versicherung eine Veräußerung nicht anzufechten, die Unterwerfung unter hohe Conventionalstrafen, Todesstrafe, Bann und ewige Verwünschung¹¹⁾. Das Einspruchsrecht bezog sich auf jede Veräußerung von Liegenschaften. Ausnahmsweise griff es nicht Platz, bei der Eigenbegebung an Pfarrkirchen und Klöster sowie im Fall von echter Noth. Doch auch in diesem letzteren Falle musste das betreffende Gut vor seiner Veräußerung den nächsten Erben zum Verkauf angeboten werden. War diese Bedingung nicht erfüllt, so konnte der Erbe das veräußerte Grundstück vindiciren, woraus sich später durch mildernde Gewohnheit das Retractrecht entwickelte¹²⁾. Den Erben steht zur Geltendmachung ihres Rechts die Vindication der veräußerten Immobilien zu, wobei der Veräußerer als verstorben, sein Erbe als Eigenthümer fingirt wird. Aus dieser Fiction des bereits erfolgten Todes folgt auch, dass das Rechtsmittel dem Erben schon bei Lebzeiten des Veräußerers zusteht. Dasselbe verjährt aber binnen Jahr und Tag. Wegen Schadloshaltung hat sich der Beklagte an den Veräußerer und die etwa gestellten Bürgen zu halten¹³⁾.

rechts zur Zeit der Volksrechte und der Capitularien leugnen, muss doch zugegeben werden, dass es im XI. Jahrhundert in Geltung war. Beseler, die Lehre von den Erbverträgen. Göttingen 1835. Th. 1. S. 67.

10) Zimmerle a. a. O. S. 160.

11) Zimmerle a. a. O. S. 177.

12) Zimmerle a. a. O. S. 198.

13) Zimmerle a. a. O. S. 217.

Doch bereits zur Zeit seiner vollen Gültigkeit tritt das Stammgutssystem nicht überall in der obigen Schärfe auf. So beschränken einige Landrechte und Statuten das Einspruchsrecht überhaupt auf die Descendenten des Veräusserers und findet dasselbe andererseits bisweilen seine Anwendung nur auf ererbtes oder gar nur auf von Ascendenten ererbtes Gut¹⁴⁾.

Die veränderten wirthschaftlichen und politischen Verhältnisse, welche auf eine grössere Beweglichkeit des Grundeigenthums hindrängten, untergruben dann das Fundament des Stammguts, das zuerst in den Städten, im XIV. Jahrhundert auch auf dem Lande seine Bedeutung verlor¹⁵⁾. Das früher lebenskräftige den ganzen Grundbesitz umfassende Institut setzte, widerstandslos gegenüber dem neu eindringenden römischen Recht mit seiner Gleichstellung des beweglichen und unbeweglichen Eigenthums sein Leben fortan nur noch in einzelnen particularen Rechtsbildungen fort: im Retractrecht, im bürgerlichen Erbgut und adeligen Stammgut¹⁶⁾, welches letztere die Beschränkung der Veräusserungsbefugniß des Eigenthümers, wie sie dem alten Stammgut eigen war, mit der Bevorzugung des Mannsstamms bei der Succession combinirte. Dies letztere Princip beruhte auf den Ideen des neueren Adelsrechts, deren Ursprung auf das XIV. Jahrhundert zurückzuführen ist¹⁷⁾.

Hatte das Grundeigenthum mit der Werthsteigerung des Mobilienvermögens sowie mit der veränderten politischen Verfassung auch im Allgemeinen seine frühere Bedeutung verloren, so galt ein Gleiches doch nicht für alle Klassen. Gegenüber dem städtischen Bürgerthum, dessen wirthschaftliche Stellung auf dem beweglichen Besitz ruhte, hatte der sich zu einem erblichen Stande abschliessende Adel seine öconomische Basis noch immer am Grundeigenthum. Je mehr die veränderten Verhältnisse, wie sie namentlich in den Städten ihren Ausdruck fanden, und die durch das Eindringen des römischen Rechts beeinflussten Rechtsanschauungen auch das Grundeigenthum zu erfassen und ihm eine grössere Beweglichkeit zu geben suchten, desto stärker widerstrebte der Adel, der

14) Zimmerle a. a. O. S. 172, 183. Maurer l. c. S. 401.

15) Das schlesische Landrecht von 1356 beschränkt das Einspruchsrecht bereits auf die Descendenten des jeweiligen Besitzers, das etwas ältere österreichische Landrecht hebt es vollends vollständig auf. Zimmerle a. a. O. S. 191 ff.

16) Diese Rechtsinstitute haben sich ausnahmsweise bis auf die Gegenwart erhalten im lübischen und hamburgischen Recht, in Rostock und Wismar, in Sachsen, in einigen Theilen von Hannover und am Niederrhein. Maurer l. c. S. 401.

17) Zimmerle a. a. O. S. 253 ff. Gerber System § 82. Note 11.

seine wirthschaftliche Stellung durch das leichtere Hinaustreten des Grundeigenthums aus der Familie, sowie die Theilung desselben innerhalb der Familie untergraben sah, dieser Strömung. Je höher aber die Stellung einer Familie war, desto näher lag es derselben ihre Güter zu conserviren und dem Einzelnen nöthigenfalls zu diesem Zweck Opfer aufzuerlegen. Daher findet sich zuerst und zwar seit dem XIV. Jahrhundert in den Familien des Herrenstandes, dann auch in denen der Reichsritterschaft, sowie des landsässigen Adels die Tendenz, ihre Güter durch künstliche Schranken ungetheilt in der Familie zu erhalten¹⁸⁾.

Wo das Gut des Adels Lehen war, da fand das Bedürfniss der unveränderten Fortdauer des Besitzes in der Familie seine Befriedigung durch eine streng geordnete auf dem Wege testamentarischer Verfügung nur wenig modificirbare Erbfolge, durch den Ausschluss oder doch durch das Zurücktreten der Frauen von der Succession, sowie den Vorzug des Erstgeborenen bei der Vererbung des Lehen, endlich durch das den Gesamtbelehnten, Agnaten und Nachkommen des Veräusserers zustehende Vorkaufs- und Retractrecht im Fall von Veräusserungen und von Verpfändungen des Lehen¹⁹⁾. Fand eine Vereinigung von Lehen und Allodialbesitz in einer Hand statt, so gab auch für die Behandlung des Letzteren der Lehenbesitz nicht selten den Ausschlag²⁰⁾.

Im Uebrigen musste für das adlige Allodialeigenthum dasselbe Bedürfniss auf dem Wege bewusster persönlicher Rechtsschöpfung befriedigt werden. Die Mittel zur Feststellung eines geeigneten Rechts hierüber fand der Adel in seiner Befugniß sich selbst für seine Verhältnisse Satzungen zu geben. Diese Ausflüsse des Rechts der Selbstsatzung fanden sich allerdings zunächst und am deutlichsten beim sog. hohen Adel, allein sowohl die Reichsritter als der landsässige Adel fanden in Observanz und Herkommen, Verzichten, corporativen Verbindungen, die sich Statuten gaben, sowie in landesherrlichen Privilegien hinreichend Mittel ihre Güter in der Familie zu erhalten²¹⁾. Auf diesem Wege hat der Adel im Laufe des XIV. und XV. Jahrhunderts eine ausserordentlich bedeutende Entwicklung auf Grund eigener Bildungstribe erfahren. Früchte dieser Entwicklung sind unter Anderem die Entstehung des sogenannten adeligen Stammguts, der consequente Aus-

18) Lewis a. a. O. S. 23. Eichhorn a. a. O. § 571. Schulze a. a. O. S. 9.

19) Costa a. a. O. S. 18. Roscher Nat. Oec. des Ackerbaues. § 90.

20) Schulze a. a. O. S. 188.

21) Costa a. a. O. S. 12, 17, 22.

schluss der Frauen von der Succession der Stammgüter²²⁾, die ausge-
dehntere Unveräusserlichkeit derselben, die allmähliche Einführung der In-
dividualsuccession gegenüber dem alten deutschen Theilbarkeitsprincip²³⁾
und endlich die Gesamtformulirung all dieser Momente in dem neuen
Institut des Familienfideicommisses mit dem Princip der Erhaltung des
Namens und Glanzes der Familie²⁴⁾. Hier erschien das alte Stamm-
gutssystem in der verjüngten Gestalt des Familienfideicommisses. An
Consequenz und Strenge hat das Familienfideicommiss schon dem Lehn-
recht, noch vielmehr aber dem alten Stammgut gegenüber ebensoviel
gewonnen, wie an Umfang der Geltung verloren. Denn während das
alte Stammgut einen Bestandtheil des auf alle Stände berechneten ge-
meinen Landrechtssystems bildete und als solcher alles echte Eigenthum
umfasste, bezog sich das Familienfideicommiss nur auf diejenigen Güter
des hohen und niedern Adels, welche demselben durch Privatdisposi-
tionen ausdrücklich unterstellt worden waren. Es unterschied sich
ferner das Familienfideicommiss vom Stammgut in folgenden Punkten:
das einzelne Familienfideicommiss führt seine Begründung auf eine aus-
drückliche Verfügung des Stifters, das Stammgut auf Gewohnheitsrecht
und Gesetz zurück; die Veräusserungsbefugnis des Besitzers ist bei
Stammgütern nur durch das den nächsten Erben zustehende dingliche
Recht beschränkt, bei Familienfideicommissen ist dagegen das Veräus-
serungsverbot der Ausfluss des absolut für alle Zeiten wirkenden Stif-
tungswillens und jede Veräusserung des Familienfideicommisses ist des-
halb nichtig; die reelle Theilbarkeit unter mehrere Erben sowie die ideelle
Theilbarkeit dem Werth nach durch Verschuldung ist bei den Stammgütern
nicht ausgeschlossen, wohl aber bei dem Familienfideicommiss; auch ist
die Succession der Frauen in Stammgüter nicht ausgeschlossen, in
Familienfideicommissen succediren sie der Regel nach entweder über-
haupt nicht oder doch nur eventuell; das Erbrechtsprincip des Familien-
fideicommisses ist die *successio ex pacto et providentia majorum*, das
des Stammguts dagegen das gemeinrechtliche, wonach Jeder in die Rechte
seines unmittelbaren Vorfahren succedirt, deren Repräsentant er ist.

22) Dieser Ausschluss wurde anfangs durch freiwillige und häufig bedingte
Verzichte vollzogen; aus den immer häufiger werdenden Verzichten gestaltete sich
allmählich ein festes Gewohnheitsrecht, dem gegenüber die auch dann noch vorkom-
menden einzelnen Verzichte nur die Bedeutung der ausdrücklichen Anerkennung
eines bestehenden Rechts hatten. Eichhorn a. a. O. § 541.

23) Zuerst für die Territorien der Kurfürsten, die Lande, auf denen die
„Chur grundvestigt ist“, durch die Goldene Bulle 1356 eingeführt.

24) Gerber, Ueber den Begriff der Autonomie. S. 44. Zöpf a. a. O. § 122.
III. u. IV.

Die Form, deren man sich bei der Errichtung von Fideicommissen
bediente, war bald die des Hausgesetzes, des Testaments oder der ver-
tragsmässigen Einigung mehrerer Agenten, unterstützt durch weibliche
Verzichte. Noch Ulrich Zasius (1590) konnte daher diese freien Dispo-
sitionen als: *nec testamentum, nec codicillus, nec plane pactum, sed*
voluntas in genere bezeichnen.

Schon früh war man auf den Gedanken gekommen diese Rechtsge-
schäfte des Adels für Gesetzgebungsacte zu erklären. Unterstützt wurde
diese Auffassung dadurch, dass Fideicommissen auf eine unbestimmte Zahl
zukünftiger Subjecte berechnet sind und dass diejenigen Personen, von
denen solche gesetzähnliche Dispositionen ausgingen, sich grösstentheils
im Besitz einer wirklichen gesetzgebenden Gewalt befanden. So hatte
Betsius in seinem *tractatus de statutis, pactis et consuetudinibus fa-
miliarum illustrium et nobilium*, zuerst 1611, dann 1644 erschienen,
die Familienfideicommisserrichtung auf das *jus statuta condendi* als auf
ihre Quelle zurückzuführen versucht. An Betsius schliessen sich alle
diejenigen Schriftsteller an, welche das Fideicommiss für einen Ausfluss
der Autonomie halten.

Das war aber nur eine Verlegenheitsaushilfe, an der die Juristen
kein Genüge fanden. Und sonderbar! Das römische Recht gegen
dessen Eindringen der Adel sich durch Familienfideicommissen schützen
zu müssen glaubte, sollte dann in der Folge die Formel zur rechtlichen
Begründung dieses Instituts hergeben²⁵⁾. Den italienischen Juristen des
XVI. Jahrhunderts war es vorbehalten, dasselbe als *fidicommissum fa-
miliae* zu construiren²⁶⁾. Auch bei den Franzosen und Spaniern kam
diese Auffassung bald zur Geltung und in Deutschland brach derselben
Knipschildt zuerst durch seine zu Strassburg im Jahre 1626 erschienene
Doctordissertation, dann durch seinen *tractatus de fideicommissis fa-
miliarum nobilium sive de bonis quae pro familiarum nobilium conserva-
tione constituuntur*, Ulmae, 1654 Bahn. Der Rechtsgrund des Fidei-
commisses ist ihm *sola fidei committentis seu instituentis voluntas*. Er
zog zur Erklärung desselben das römischrechtliche successive Ver-
mächtniss mit seinem Veräusserungsverbot und seiner von der gesetz-
lichen abweichenden Ordnung der Uebertragung heran. Dass die Vor-
aussetzungen des römischrechtlichen Vermächtnisses, ein *Universalsucces-
sor* und eine letztwillige Verfügung, im deutschen Recht nicht immer

25) Eichhorn a. a. O. § 540. Costa a. a. O. S. 3.

26) Gerber, System § 83.

zutrafen, hindert ihn nicht an der analogen Anwendung des römischen Rechtsinstituts auf die dem deutschen Adel eigenthümlichen Dispositionen, indem er für diese den Begriff des Fideicommisses im weitern Sinne aufstellte²⁷⁾. Das juristische Wesen dieses letzteren bestand demnach trotz seiner Anknüpfung an die römischrechtliche Form nicht mehr darin, dass einer Person mittelbar oder unmittelbar aus dem Vermögen des Erblassers durch letztwillige Verfügung und auf Kosten der Erbschaft ein Vermögensvorthail zugewendet wird, sondern in einer Anordnung, durch welche die Güter einer Familie zum Besten des Mannsstammes erhalten bleiben²⁸⁾. Auch wurde das von italienischen Juristen für das Lehnrecht aufgestellte Princip einer successio ex pacto et providentia majorum auf die Familienfideicommissse übertragen²⁹⁾.

Eine Modification der Knipschildt'schen Auffassung bezweckte J. H. Böhmer in seinen Exercitationes ad Pandectas, Exercitatio XXXI. ad B. LII. lit. XIV, insofern er den Nachweis zu erbringen übernahm, dass die vertragsmässigen Fideicommissse mit den Grundsätzen des römischen Rechts in Widerspruch stehen und ihren Ursprung im einheimischen Recht haben. Eine ähnliche Richtung befolgen J. St. Pütter in seinen Beiträgen zum deutschen Staats- und Fürstenrecht, Göttingen 1779, Theil 2. XXIX, der ebenfalls die Rechtsverhältnisse des Adels aus dem System des deutschen Privatrechts zu erklären sucht, A. F. H. Posse über die Sonderung reichsständischer Staats- und Privatverlassenschaft, Göttingen 1790, § 16 ff. und J. J. Moser, Von der deutschen Reichsstände Landen, Frankfurt und Leipzig 1769, welcher letztere die beiden Institute des Familienfideicommisses und Stammguts streng von einander unterscheidet. Diesen Schriftstellern gebührt das Verdienst den Weg gezeigt zu haben, auf dem der Inhalt des Fideicommisses aus deutschen Rechtsprincipien als eigenartiges Rechtsinstitut.

27) Bei den Römern waren zu Papinians und Modestins Zeiten, also in der ersten Hälfte des III. Jahrhunderts n. Chr., fideicommissa perpetua rechtlich statthaft. Justinian hat dann in der Novelle 159 immerwährende Fideicommissse verboten und die Errichtung von F.C. auf 4 Generationen beschränkt. Doch kam diese Beschränkung den Römern wohl kaum zum Bewusstsein, weil das ganze Institut denselben ein fremdartiges war, worauf schon die unentwickelte Gestalt desselben hindeutet. Anders dagegen war es im deutschen Mittelalter, wo man dem Willen des Testators für alle Zukunft Gültigkeit geben wollte, damit die Erben demselben folgen ut canis sequitur leporem (Baldus). Durch künstliche Interpretationen der Juristen, sowie durch ein derogatorisches Gewohnheitsrecht wird die Beschränkung der Novelle 159 beseitigt. Lewis a. a. O. S. 237, 448.

28) Zimmerle a. a. O. S. 283.

29) Gerber System § 83.

erklärt werden könne. Seitdem hat die Jurisprudenz die Arbeit fortgesetzt und vollendet, den Formulirungsprocess des objectiven Rechts, auch auf das bisher in das System des deutschen Rechts noch nicht aufgenommene Institut auszudehnen. Nunmehr ist auch das Familienfideicommiss ein objectiv anerkanntes Rechtsinstitut und hat die Fortdauer jener Verlegenheitsaushilfe, welche die Errichtung des Familienfideicommisses als einen Act der Gesetzgebung qualifizierte, keinen Grund mehr.

Parallel mit der Formulirung des Familienfideicommisses zum objectiven Recht läuft die Normirung desselben durch die Gesetzgebung³⁰⁾ der einzelnen deutschen Staaten³¹⁾.

Das verbesserte und ergänzte Chur-Bayrische Landrecht, der sog. Codex Maximilianus Bavaricus Civilis von 1756, das Preussische Allgemeine Landrecht von 1794 und das Oesterreichische Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch für die gesammten deutschen Erblände von 1811 haben das von der gemeinrechtlichen Theorie ausgebildete Institut mit nur wenigen Veränderungen zum Gesetzesrecht erhoben; dagegen war der Einfluss der Napoleonischen Gesetzgebung weit durchgreifender. Seit der Gründung des Rheinbundes, so wie seit der Vereinigung deutscher Länder mit Frankreich wurden die bestehenden Familienfideicommissse in diesen Ländern, entweder direct durch Einführung des Code Napoléon und durch Anwendung seines Art. 896, oder durch den Erlass ausdrücklich dahin abzielender Specialgesetze, aufgehoben. Der Code Napoléon wurde eingeführt: im Königreich Westphalen durch Constitution des Staats vom 15. November 1807,

im Fürstenthum Arenberg durch herzogliche Verordnung vom 28. Januar 1808,

im Grossherzogthum Berg durch kaiserliches Decret v. 12. Nov. 1809,

im Grossherzogthum Baden durch Einführungsdict vom 22. Febr. 1809³²⁾,

im Grossherzogth. Frankfurt durch Verordnung v. 25. Juli 1810,

in den Hanseatischen Departements durch organisches Decret vom 4. Juli 1811,

30) Alle diese Gesetze haben es nur mit den Familienfideicommissen der Staatsbürger, nicht aber auch mit den Kron- und Hausfideicommissen der Regentenfamilien, welche besonderen Normen unterliegen, zu thun.

31) Als ältestes Gesetz über Familienfideicommissse wird die Chur-Bayr. Pragmatik von 1672 angeführt. Costa a. a. O. S. 57.

32) In den litt. Zusatzparagraphen zum § 577 ist jedoch unter der Bezeichnung des Stammgutssystems für Baden das F.C. in Kraft erhalten.

in Ostfriesland, einigen anderen Gegenden Norddeutschlands und Holland durch Decret vom 24. Januar 1812³³⁾.

Durch Specialverordnung wurden die Fideicommissse aufgehoben in Württemberg und Bayern, in Württemberg mittelst Normalverordnung vom 22. April 1808, declar. Verordnung vom 26. April 1812, sowie Normalresolution vom 19. Febr. 1814, in Bayern mittelst Edict die Verhältnisse des Adels betreffend vom 28. Juli 1808.

Nebenbei bleibt denn auch die Napoleonische Majoratsgesetzgebung nicht ohne Einfluss auf einzelne deutsche Landestheile³⁴⁾.

Mit der Aufhebung der französischen Herrschaft in Deutschland wurden auch wieder allmählig die Familienfideicommissse in ihre alten Rechte eingesetzt.

Um solchen Gesetzgebungsacten der einzelnen deutschen Staaten, wie sie in der Rheinbundszeit gegen die Familien des früheren unmittelbaren Reichsadels gerichtet worden waren, für die Zukunft eine Schranke zu setzen, verordnet die deutsche Bundesacte vom 8. Juni 1815 im Art. 14: »um den im Jahr 1806 und seitdem mittelbar gewordenen ehemaligen Reichsständen und Reichsangehörigen in Gemässheit, der gegenwärtigen Verhältnisse in allen Bundesstaaten einen gleichförmig bleibenden Rechtszustand zu verschaffen« werden nach den Grundsätzen der früheren deutschen Verfassung den fürstlichen und gräflichen Häusern sowie dem ehemaligen Reichsadel »die noch bestehenden Familienverträge aufrecht erhalten« und wird ihnen »die Befugniß zugesichert über ihre Güter und Familienverhältnisse verbindliche Verfügungen zu treffen, welche jedoch dem Souverain vorgelegt und bei den höchsten Landesstellen zur allgemeinen Kenntniß und Nachachtung gebracht werden müssen. Alle bisher dagegen erlassenen Verordnungen sollen für künftige Fälle nicht weiter anwendbar sein«.

Aber auch die einzelnen Landesgesetzgebungen haben für ihr Gebiet jene aus der napoleonischen Zeit stammenden Verbote aufgehoben. Solches geschah:

für die jenseits der Elbe gelegenen, der französischen Gesetzgebung unterworfen gewesen Landestheile mittelst k. Verordnung vom 11. März 1818 und Declarationen vom 1. Juni 1820 und 9. Juni 1827,

33) C. S. Zachariae, Handbuch d. französ. Civilrechts. Heidelberg 1811. Lewis a. a. O. S. 464.

34) So namentlich auf das bayr. Edict v. 22. Dec. 1811. v. Salza und Lichtenau, die Lehre von Familien-, Stamm- und Geschlechtsfideicommissen. S. 12.

für das Grossherzogthum Berg durch Gesetz vom 23. März 1828, für Westfalen durch Verordnung, vom 11. März 1818 u. Decl. vom 11. Juni 1820, sowie durch Cab.-Ordres vom 28. April 1829, vom 29. März 1831, vom 7. April 1832 und vom 28. August 1834,

für die Rheinprovinz durch Verordn. vom 21. Jan. 1837, wodurch die Häupter derjenigen rheinischen Adelsfamilien, welche dasselbe Recht vor der französischen Occupation besessen haben, auch jetzt wieder hinsichtlich ihrer Kinder frei testiren dürfen, ohne durch Pflichttheile gebunden zu sein,

im Grossherzogthum Oldenburg durch Verordnung vom 10. März 1814,

in Württemberg durch Adelsstatut vom Jahr 1817, wodurch allen ehemaligen Fideicommissgütern, welche sich bis 1817 in den betreffenden Familien erhalten hatten, ihre Fideicommissseigenschaft restituirt wurde^{34a)} und k. Declaration vom 8. Dec. 1821,

in Bayern durch Edict über die Familienfideicommissse vom 26. Mai 1818, welches das ganze Institut zugleich einer durchgreifenden Regelung unterzog,

in Hessen-Darmstadt, wo die französischen Statuten v. 1. März 1808 für den rechtsrheinischen Theil Hessens erst durch ein Gesetz vom 13. September 1858 aufgehoben wurden.

In dem nächstfolgenden Zeitraum bis 1848 erhielt das Fideicommiss neue gesetzliche Normirung in Sachsen-Weimar durch Patent vom 22. Mai 1826 und Gesetz vom 22. April 1833,

in Hannover durch Gesetz vom 13. April 1836,

in Braunschweig durch Gesetz vom 28. März 1837.

Das, wenn auch nicht an äusseren Erfolgen, so doch an Ideen reiche Jahr 1848 brachte neben der Aufhebung mancher anderen Fessel des Bodenverkehrs auch die Beseitigung der Fideicommissse in Anregung. Der von der Frankfurter Nationalversammlung niedergesetzte Ausschuss für Volkswirtschaft beantragte nämlich unter Anderem die Aufnahme folgender Bestimmung in die Grundrechte des deutschen Volks: »Aller Lehenverband und alle Fideicommissse sind aufgehoben. Das Nähere über die Art und Weise der Ausführung haben die Gesetzgebungen der Einzelstaaten anzuordnen«. Die Minorität des Ausschusses dagegen beantragte zu sagen: »Die Familienfideicommissse aller Art, die Majorate, Minorate, Seniorate und andere dergleichen Abweichungen von der gemeinrechtlichen gleichen Erbfolge sind aufgehoben und treten bei dem

34a) Wächter, Württemberg. Privatrecht. Stuttgart 1842. Bd. I. S. 125.

nächsten Todes- oder anderen Besitzveränderungsfalle ausser Kraft.« Der Majoritätsantrag wurde dann mit einer unwesentlichen redactionellen Abänderung und einem die Rechte der regierenden Häuser währenden Zusatz von der Versammlung selbst am 21. December zum Beschluss erhoben. Der § 28 des am 28. December 1848 publicirten Gesetzes über die Grundrechte lautete: »Die Familienfideicommiss sind aufzuheben. Die Art und Bedingung der Aufhebung bestimmt die Gesetzgebung der einzelnen Staaten. Ueber die Familienfideicommiss der einzelnen regierenden fürstlichen Häuser bleiben die Bestimmungen den Landesgesetzen vorbehalten.« (Reichsverfassung v. 1849, § 170.)

Dem von der Nationalversammlung gegebenen Impulse zur Aufhebung der Fideicommiss folgten:

- die Schwarzburg-Sondershausensche Verfassung vom 12. December 1849. § 43,
- die Anhalt-Bernburgsche Verfassung von 1850. § 49,
- die Preussische Verfassung vom 31. Jan. 1850. § 40 und 41,
- das Braunschweigsche Gesetz vom 19. März 1850.
- das Oldenburgsche Gesetz vom 28. März 1852, welches dann in das revidirte Staatsgrundgesetz vom 22. November 1852 § 213 übergegangen ist.

Allein mittelst Gesetzes vom 5. Juni 1852, Art. 1 wurden die Art. 40 u. 41 der Preuss. Verfassung vom 31. Jan. 1850 wieder aufgehoben, womit denn der durch das allgemeine Landrecht, sowie die einzelnen Spezialgesetze geschaffene Rechtszustand wieder hergestellt ist. Auch in Braunschweig wurde mittelst Gesetzes vom 20. Mai 1858 das Gesetz vom 19. März 1850 wieder aufgehoben.

Weitere gesetzliche Regelungen des Familienfideicommisses fanden statt in Bayern mittelst Gesetzes vom 22. Februar 1855, die landwirthschaftlichen Erbgüter betreffend:

- in Hessen-Darmstadt mittelst Ges. v. 13. Septbr. 1858,
- im Königr. Sachsen mittelst Bürgerl. Gesetzbuchs vom 2. Januar 1863,
- in Oesterreich mittelst Gesetzes vom 13. Juni 1868.

Bei Darstellung des im deutschen Reich und in der cisleithanischen Reichshälfte der Oesterreich-Ungarische Monarchie geltenden Rechts über Familienfideicommiss stellen wir die gemeinrechtlichen Normen an die Spitze, und reihen ihnen dann die entsprechenden partikularrechtlichen Bestimmungen an. Abgesehen von der theoretischen Bedeutung des

gemeinen Rechts, welche in der folgerechten Ausgestaltung dieses Rechtsinstituts aus den allgemeinen, demselben zu Grunde liegenden Principien besteht, hat es auch noch eine unmittelbar praktische Tragweite in denjenigen Ländern und Staaten, in denen das gemeine Recht überhaupt noch formelle Gültigkeit beansprucht, so weit dasselbe in seiner Anwendung auf das Familienfideicommiss nicht auch hier durch einzelne Partikulargesetze modificirt oder gar abgeändert worden ist. Das Partikularrecht bringt nun überhaupt für das Gebiet seiner Wirksamkeit »den gemeinrechtlichen Stoff in einer, diesem adäquaten oder in einer mehr oder minder willkürlichen Form zur unmittelbaren Anwendung« (Gerber) d. h. es ertheilt den auf dem Wege der Ableitung aus allgemeinen Principien gefundenen und daher häufig etwas Schwankendes und Hypothetisches an sich habenden gemeinrechtlichen Sätzen die formelle Sanction des Gesetzgebers, oder es modificirt dieselben in mehr oder minder selbstständiger Weise.

Die neben dem gemeinen Recht in Betracht kommenden Partikulargesetze sind folgende:

Preussen: Für diejenigen Gebiete, in denen das allgemeine Landrecht gilt

Allgemeines Landrecht von 1794, Th. 2, Tit. 4, § 23 ff.

Edict vom 9. Oct. 1807.

Declaration zum § 9 des Edicts vom 9. Oct. 1807, vom 19. Febr. 1812.

Gesetz vom 15. Febr. 1840 über Familienschlüsse bei Familienfideicommissen, Familienstiftungen und Lehen.

Für das Gebiet des ehemaligen Königreichs Hannover:

Gesetz über Ablösbarkeit des Lehnsverbandes, die Verhältnisse bleibender Lehen und die Errichtung von Familienfideicommissen vom 13. April 1836.

Bayern: Edict über die Familienfideicommiss vom 26. Mai 1818 (Beil. VII zum Tit. V der Verfassungsurkunde v. 1818).

Gesetz vom 11. Sept. 1825, die Anwendung und Vollziehung einiger Bestimmungen des Edicts über Familienfideicommiss betreffend.

Gesetz vom 22. Febr. 1855, die landwirthschaftlichen Erbgüter betreffend.

Instruction zum § 14 S. VII zu Tit. V der Verfassungsurkunde vom 3. März 1857.

Sachsen: Bürgerliches Gesetzbuch für das Königreich Sachsen vom 2. Januar 1863.

- Baden: Badisches Landrecht von 1809 § 577 ca.—cr.
 Hessen-Darmstadt: Gesetz, die Familienfideicommissse betreffend, vom 12. Sept. 1858.
 Sachsen-Weimar: Patent zur Entscheidung einiger Rechtsfragen vom 22. Mai 1826.
 Gesetz vom 22. April 1833, über die bei Errichtung von Familienfideicommissen und ähnlichen Stiftungen zu beobachtende Form.
 Braunschweig: Gesetz die Aufhebung der Feudalrechte und die Errichtung von Familienstammgütern betreffend, vom 28. März 1837.
 Gesetz vom 20. Mai 1858.
 Anhalt: Verordnung, wegen Errichtung und Aufhebung von Familienstiftungen und Fideicommissen, vom 7. Sept. 1823.
 Oesterreich: Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch für die gesammten deutschen Erblände von 1811 §§ 618—645.
 Gesetz vom 13. Juni 1868.

1. Rechtsquellen und Normen.

Jedes einzelne Familienfideicommiss wird sowohl gemein- als partikularrechtlich auf eine ausdrückliche Verfügung des Stifters als seine Rechtsquelle zurückgeführt³⁵⁾. Diese Verfügung ist ihrem Inhalt und ihrer Form nach beschränkt durch die absoluten, prohibitiven Bestimmungen der bestehenden Rechtsordnung, mit denen die Stiftungsurkunde sich in keinem Falle in Widerspruch setzen darf³⁶⁾. Ausser diesen absoluten enthält das objective Recht auch noch dispositive Bestimmungen, die nur dann zur Anwendung kommen, wenn die Stiftungsurkunde die betreffenden Punkte zu normiren unterlassen hat³⁷⁾.

Nach preussischem Landrecht sollen dem Staatsgesetz noch die Provinzialrechte in der Gültigkeit vorangehen, während umgekehrt das hannoversche Gesetz den entgegenstehenden Bestimmungen einzelner Provinzen und Landestheile zu derogiren bestimmt ist³⁸⁾.

Behufs Interpretation der Stiftungsurkunde enthält das allgemeine preussische Landrecht³⁹⁾ die Regel, dass der Sinn der Stiftungsurkunde

35) Gerber, System § 84 Anm. 1. Bayr. Ed. § 13.

36) Beseler, System Band 3 § 176. Bayr. Ed. § 13.

37) Beseler, System Bd. 3 § 176. Preuss. Ges. v. 1840.

38) Hannov. Ges. § 39.

39) Preuss. ALR. Th. 2 Tit. 4 § 75.

im Zweifel so gedeutet werden soll, wie es dem Zweck der Erhaltung des Familienfideicommisses in der Familie am gemässesten ist.

2. Zur Errichtung und zum Besitz berechnigte Personen.

Das gemeine Recht⁴⁰⁾ räumt einem Jeden, der handlungsfähig ist, ohne Unterschied des Standes, das Recht zur Errichtung eines Familienfideicommisses ein, sofern ihm die volle Dispositionsbefugnis über den zu vinkulirenden Gegenstand zusteht. Hierin liegt zugleich die Beschränkung durch die Notherben und Pflichttheilsberechtigten, so wie bei Lehen-, Stamm- und Erbgütern durch die sämmtlichen Interessenten, zu denen bei Lehnsgütern auch der Lehnherren gehört. Die der Errichtung entgegenstehenden Rechte dritter Personen, wie z. B. der Notherben und Pflichttheilsberechtigten, der Lehen-, Stamm- und Erbgutsanwärter können nur durch Verzicht derselben beseitigt werden.

Ausdrückliche Bestätigung finden diese gemeinrechtlichen Sätze durch die meisten Partikulargesetze⁴¹⁾; nur in Baden sind zur Errichtung von Fideicommissen lediglich »Personen des Herren- und Ritterstandes berechnigt⁴²⁾«.

In denjenigen Staaten, wie Baden, in denen die Errichtung von Fideicommissen nur Personen bestimmter Stände gestattet ist, wird auch das Recht zum Besitzantritt derselben von der Zugehörigkeit zu diesem Stande abhängig gemacht. Aber auch in Bayern⁴³⁾ können Familienfideicommissse nur zu Gunsten adliger Personen oder Familien errichtet werden, obgleich für die Person des Stifters keine solche Standesschranke besteht. Ja selbst der Verlust der Standesqualität nach angetretenem Besitz führt hier den Verlust dieses Besitzes mit sich, in welchen dann der nächste Anwärter einrückt. Dieser ist nach bayrischem Recht dem ausgeschiedenen Besitzer die Competenz zu gewähren verpflichtet.

3. Gegenstand.

Während die Theoretiker des gemeinen Rechts darüber einig sind, dass nur eine dauernde fruchttragende Sache zum Gegenstand eines

40) Bluntschli, Deutsch. PR. § 68, 2. 127. Beseler, Syst. § 176, 112. Gerber, System § 84. Lewis, Recht des FFC. § 3—5.

41) Preuss. ALR. Th. 2 Tit. 4 § 27. Anhalt. Ges. § 1. Sachs.-Weimar Ges. § 5. Hess.-Darmst. Ges. § 1, 14. Bayr. Ed. § 4, 19. Sachs. BGB. § 24. Hannov. Ges. § 33.

42) Bad. LR. § 89 b.

43) Bayr. Ed. § 1, 78, 79.

Familienfideicommisses gemacht werden dürfe, gehen sie bei Entscheidung der Frage, welche Sachen zu den dauerhaften zu zählen sind, auseinander. Gerber und Bluntschli⁴⁴⁾ rechnen zu denselben Grundstücke und bewegliche Kapitalien, Beseler und Lewis⁴⁵⁾ dagegen die Letzteren nur dann, wenn sie in Grund und Boden radicirt, somit dinglich besichert sind und erst hierdurch einen dauernden Bestand erhalten haben. Als Pertinenzien des Hauptgegenstands dürfen jedoch auch Mobilien vorkommen.

Die von Gerber und Bluntschli vertretene Auffassung findet ihre Bestätigung in Anhalt⁴⁶⁾ und Preussen⁴⁷⁾, wo neben Grundstücken auch »Kapitalien« fideicommittirt werden dürfen, die Ansicht Beselers und Lewis' dagegen in Sachsen-Weimar⁴⁸⁾, wo nur »liegende Güter hypothekarisch versicherte Kapitalien, Erbzinsen und andere auf liegenden Gütern haftende Gefälle« Gegenstand fideicommissarischer Stiftungen sein können. Weiter als das gemeine Recht und die oben angezogenen Partikularrechte gehen die Gesetze anderer Staaten, wenn sie das Fideicommiss seinem Principialgegenstande nach überhaupt auf Immobilien beschränken. So verlangt das Hessen-Darmstädtische Gesetz⁴⁹⁾ »Grundeigenthum«, das Hannoversche⁵⁰⁾ »Landgüter«, das Bayrische⁵¹⁾ »Grundvermögen«, das Badische⁵²⁾ »liegenschaftliches Vermögen«, das Braunschweigische⁵³⁾ »allodificirte Lehen, allodiale Ritter- oder sonstige Landgüter«. Das sächsische sowohl wie das österreichische Gesetzbuch enthalten darüber, was Gegenstand eines Fideicommisses sein kann, keine Bestimmungen. Die Einbeziehung von Mobilien verschiedener Art, theils in ihrer Eigenschaft von Pertinenzien von Immobilien, theils auch als selbstständige Vermögensobjecte neben den Immobilien in das Fideicommiss ist jedoch überall zulässig⁵⁴⁾. Die einzelnen Partikularrechte enthalten zum Theil sehr detaillirte Bestimmungen darüber, was im Zweifel als Pertinenz eines Fideicommissguts anzusehen ist.

44) Gerber, System § 84. Bluntschli, Deutsch. PR. § 68, 2.

45) Beseler, System § 176, II. Lewis. a. a. O. § 5.

46) Anhalt. Ges. § 3.

47) Preuss. ALR. Th. 2 Tit. 4 § 48.

48) Sachs.-Weim. Ges. § 6.

49) Hess.-Darmst. Ges. § 2.

50) Hannov. Ges. § 39.

51) Bayr. Ed. § 23.

52) Bad. LR. § 577 cd.

53) Braunschw. Ges. § 21.

54) Bayr. Ed. § 6. Preuss. ALR. Th. 2 Tit. 4 § 61. Braunschw. Ges. § 21. Anhalt. Ges. § 3. Hess.-Darmst. Ges. § 5.

Abgesehen von dieser bestimmten Qualification stellen einige Gesetze noch das Erforderniss eines Werthminimums und Werthmaximums für das Fideicommissobject auf. So verlangt das bayrische Gesetz⁵⁵⁾ zur Stiftung eines Fideicommisses »ein Grundvermögen, von welchem an Grund und Dominicalsteuer in simlo wenigstens 25 fl. zu entrichten sind«. Da ein Gulden an Steuersimplum nach dem Gesetz vom 22. Februar 1855 durchschnittlich einen Grundwerth von 800 Gulden repräsentirt, so würde einem Steuersimplum von 25 Gulden ein Grundwerth von 20,000 Gulden entsprechen. Dieser Grundwerth wird sonst schulden- und lastenfrei gedacht. Das preussische Gesetz⁵⁶⁾ verlangt für »Grundstücke, mit welchen Ackerbau und Viehzucht verbunden ist«, wenigstens einen nach landesüblichem Werthanschlag zu ermittelnden Reinertrag von wenigstens 2500 Thalern, der übrigens in bestimmten vom Gesetz vorhergesehenen Fällen bis zur Hälfte dieses Werths belastet werden darf und für Kapitalien einen Reinertrag von wenigstens 10,000 Thalern. Uebersteigt der Reinertrag der Grundstücke die Summe von 10,000 Thalern, so bedarf das Fideicommiss ausnahmsweise zu seiner Errichtung landesherrlicher Genehmigung. Auch das hessendarmstädtische Gesetz⁵⁷⁾ setzt zur Errichtung eines Fideicommisses ein schuldenfreies Grundeigenthum im Werth von 75,000 Gulden voraus, das zudem weder Lehen noch Erbleihe sein darf. Das braunschweigische Gesetz⁵⁸⁾ stellte ursprünglich für Allodialrittergüter und andere Landgüter das Erforderniss eines nachhaltigen Reinertrags von 1500 Thalern auf, welches Minimum durch Gesetz vom 20. Mai 1858 auf 3000 Thaler erhöht ist, während das anhaltische Gesetz⁵⁹⁾ nur verlangt, dass das Fideicommissgut sich aus seinem Ertrag zu erhalten im Stande sei. Das badische Landrecht⁶⁰⁾ schreibt für den Herrenstand als Minimum ein Stammgut mit einem Reinertrag von 15,000 Gulden, für den Ritterstand ein solches von 4000 Gulden, als Maximum dagegen für den Herrenstand 30,000 Gulden, für den Ritterstand 8000 Gulden vor. Das hannoversche Gesetz⁶¹⁾ verlangt ein Grundeigenthum mit einem jährlichen Reinertrag von wenigstens

55) Bayr. Ed. § 2, 5, 6. Bayr. Ges. v. 1825 § 1.

56) Preuss. ALR. Th. 2 Tit. 4 § 49—60.

57) Hess.-Darmst. Ges. § 2.

58) Braunschw. Ges. § 21.

59) Anhalt. Ges. § 3.

60) Bad. LR. § 577 cd.

61) Hannov. Ges. § 30, 35.

1200 Thalern. Doch kann das Gut von dem Stifter mit Schulden belastet werden, deren Zinsen jedoch in keinem Falle mehr als 600 Thaler jährlich fortnehmen dürfen, so dass dem jeweiligen Fideicommissbesitzer wenigstens 600 Thaler übrig bleiben müssen.

4. Wesen des Familienfideicommisses.

Gemeinrechtlich⁶²⁾ besteht die Fideicommisseseigenschaft eines Guts in seiner Bestimmung behufs Erhaltung eines bestimmten Geschlechts unveränderlich auf alle Geschlechtnachfolger des Constituenten oder eines dritten bis zum Ausgange des Stammes und Namens überzugehen. Diese Idee findet ihren rechtlichen Ausdruck in dem Verbot der totalen oder partiellen Veräußerung des Fideicommissguts unter Lebenden und auf den Todesfall sowie der Verschuldung seiner Substanz. Jede gegen dieses Verbot vorgenommene Veräußerung ist nichtig, so dass das veräußerte Fideicommissgut von den Anwärtern, von denen auch die Erben des Veräußerers nicht ausgeschlossen sind, nach geschehenem Anfall vindicirt werden kann⁶³⁾. Sämmtliche männliche Erben des Stifters oder doch derjenigen Person, die das Fideicommiss zuerst antritt, succediren in dasselbe *ex pacto et providentia majorum*⁶⁴⁾. Von der Erbfolge ausgeschlossen sind nur die adoptirten, unehelichen und durch *Rescript legitimirten*⁶⁵⁾, beim hohen Adel auch die durch nachfolgende Ehe legitimirten und unebenbürtigen Nachkommen. Consequenzen der *successio ex pacto etc.* sind, dass der Anwärter ein selbstständiges, nicht von dem letzten Fideicommissbesitzer abgeleitetes, wohl erworbenes Recht auf die Nachfolge hat, dass das Fideicommissgut *eo ipso* auf ihn übergeht, und dass er dasselbe als Singular-, nicht als *Universalsuccessor* antritt⁶⁶⁾. Im Uebrigen ist weder die *Individualsuccession* überhaupt, noch eine bestimmte Form derselben obligatorisch, obwohl al-

62) Gerber, System § 84, 275. Beseler, System § 176. Bluntschli, Deutsch. PR. § 68. Lewis a. a. O. § 6, 7, 16, 19—22.

63) Zimmerle a. a. O. S. 291.

64) Gerber, System § 274, 275. Beseler, System § 176.

65) Beseler a. a. O. § 176 und Lewis a. a. O. § 20 halten diese dagegen für successionsberechtigt. Die per *rescriptum principis* Legitimirten sind von der Erbfolge in FFC. durch folgende Partikulargesetze ausgeschlossen: Bayr. Ed. § 77. Hess.-Darmst. Ges. § 26. Preuss. ALR. Th. 2 Tit. 4 § 603, 604. Oesterr. GB. § 162. Bad. LR. § 331, 334 ff. Braunsch. Ges. v. 1837 § 23, 24. Braunsch. Ges. v. 1858 § 6.

66) Ausdrücklich bestätigt im Bad. LR. § 577 en. Bayr. Ed. § 77, 82. Braunsch. Ges. v. 1837 § 22, 23. Braunsch. Ges. v. 1858 § 3.

lerdings gebräuchlich. Ist in der Stiftungsurkunde keine bestimmte *Individualsuccession* vorgeschrieben, so tritt die *Simultansuccession* ein⁶⁷⁾. Jedoch ist eine reelle Theilung auch hier als der Stiftungs-idee widersprechend anzusehen. Bei der *Individualsuccession* in das Fideicommiss kann das Interesse der übrigen Geschwister entweder durch *Secundo-*, *Tertio-* u. s. w. genituren oder durch *Apanagen* u. s. w. berücksichtigt werden. Die Bezeichnung des solchergestalt vinkulirten Guts als Fideicommissgut ist nicht nothwendig, wenn auch gewöhnlich⁶⁸⁾.

Die einzelnen Partikularrechte enthalten meist ausdrückliche Wiederholungen, zum Theil aber auch nähere Ausführungen, ja selbst Abänderungen dieser gemeinrechtlichen Sätze. Wenngleich der dem gemeinen Recht zu Grunde liegende Gedanke einem bestimmten Geschlecht im Fideicommissgut die Vermögensgrundlage für eine unbegrenzte Zeitdauer zu sichern, auch einigen Partikulargesetzen zu Grunde liegt⁶⁹⁾, so modificiren doch Andere denselben, indem sie es für statthaft erklären, dass das Fideicommiss von Anfang an nicht für alle, sondern nur für mehrere Geschlechtnachfolger bestimmt wird⁷⁰⁾, oder dass das Fideicommiss auch von mehreren Geschlechtern nach einander genutzt werden soll⁷¹⁾. Dass für die von dem Fideicommissbesitzer persönlich contrahirten Schulden ausser seinem Allodialvermögen nur die von demselben während seiner Besitzzeit bezogenen Früchte haften, sprechen ausdrücklich aus die Gesetze Preussens⁷²⁾, Oesterreichs⁷³⁾, Hannovers⁷⁴⁾, Badens⁷⁵⁾ und Bayerns⁷⁶⁾. Das letztere fügt noch eine neue Beschränkung zu Gunsten des Fideicommissbesitzers und zum Schaden seines Gläubigers hinzu, indem es dem ersteren in jedem Fall das *beneficium competentiae* gewährt. Die Haftungspflicht des Fideicommissguts für die

67) Lewis a. a. O. S. 9 hält die *Individualsuccession* in FFC. auch für die gemeinrechtliche Regel.

68) Das Bayrische, Preussische, Oesterreichische, Anhaltische, Sachsen-Weimarische und Sächsische Gesetz spricht von Familienfideicommissen, das Hannoversche von immerwährenden Majoraten, das Badische von Stammgütern und das Braunschweigische von Familienstammgütern.

69) Bad. LR. § 577 ca. Hannov. Ges. § 29.

70) Bayr. Ed. § 1. Preuss. ALR. Th. 2 Tit. 4 § 23. Oesterr. BGB. § 618. Sachs.-Weim. Ges. § 1.

71) Bayr. Ed. § 80, 84.

72) Preuss. ALR. Th. 2 Tit. 4 § 80.

73) Oesterr. BGB. § 632.

74) Hannov. Ges. § 35.

75) Bad. LR. § 577 ci.

76) Bayr. Ed. § 53.

auf seiner Substanz ruhenden Schulden, mögen diese nun von dem Stifter selbst herrühren oder erst später von den einzelnen Fideicommissbesitzern in den vom Gesetz gestatteten Fällen contrahirt worden sein, ist verschieden normirt. Denn während einige Partikulargesetze das Fideicommissgut auch wegen solcher Schulden nie sequestriren lassen⁷⁷⁾, so dass der Gläubiger sich immer nur an die Früchte des Fideicommisses halten kann, erklären Andere den Zwangsverkauf des Fideicommissguts überhaupt⁷⁸⁾, oder doch wenigstens bis zum gesetzlichen Minimalbetrag⁷⁹⁾ für statthaft. Die Statthaftigkeit der gleichzeitigen Succession mehrerer Erben in das Fideicommiss wird ausdrücklich ausgesprochen von dem sächsischen Gesetz⁸⁰⁾. Auch sind Frauen und ihre Nachkommen von der Succession nicht absolut ausgeschlossen, indem sie nach Aussterben des Mannsstammes zur Perception kommen können in Braunschweig⁸¹⁾, Bayern⁸²⁾, Hannover⁸³⁾; in Sachsen⁸⁴⁾ stehen sie sogar den Männern völlig gleich. Nach badischem Landrecht⁸⁵⁾ dagegen dürfen Stammgüter nie weiblichen Nachkommen zufallen; nach preussischem⁸⁶⁾, österreichischem⁸⁷⁾ und hessischem⁸⁸⁾ Recht ist solches ebenfalls die Regel, welche jedoch durch ausdrückliche Bestimmung des Stifters aufgehoben werden kann. Die Wahl einer beliebigen Individualsuccessionsordnung ist dem Stifter anheim gestellt, in Oesterreich⁸⁹⁾, Sachsen⁹⁰⁾, Preussen⁹¹⁾, Hessen-Darmstadt⁹²⁾, jedoch ist das Seniorat ausgeschlossen in Preussen⁹³⁾. Das badische Landrecht⁹⁴⁾ verlangt für den Herrenstand das Erstge-

77) Oesterr. BGB. § 642. Hannov. Ges. § 35.

78) Braunsch. Ges. v. 1837 § 2, 5. Braunsch. Ges. v. 1858 § 8. Hess.-Darmst. Ges. § 29.

79) Bad. LR. § 577 eq.

80) Sächs. CGB. § 2527.

81) Braunsch. Ges. v. 1837 § 23. Braunsch. Ges. v. 1858 § 6.

82) Bayr. Ed. § 87.

83) Hannov. Ges. § 31.

84) Sächs. CGB. § 2527.

85) Bad. LR. § 577 ck.

86) Preuss. ALR. Th. 2 Tit. 4 § 189.

87) Oesterr. CGB. § 626.

88) Hess.-Darmst. Ges. § 26.

89) Oesterr. BGB. § 619—625.

90) Sächs. BGB. § 2527.

91) Preuss. ALR. Th. 2 Tit. 4 § 149.

92) Hess.-Darmst. Ges. § 26.

93) Preuss. ALR. Th. 2 Tit. 4 § 140.

94) Bad. LR. § 577 cm.

burtsrecht, für den Ritterstand das Vorzugserbrecht; das braunschweigische⁹⁵⁾, bayrische⁹⁶⁾ und hannoversche⁹⁷⁾ Recht in jedem Fall die Primogeniturerbfolge. Auch partikularrechtlich können neben dem Fideicommissen für die Erstgeborenen einer Familie Secundo-, Tertio- u. s. w. genituren errichtet werden; doch muss jede einzelne Linie sich im Besitze des gesetzlichen Minimums befinden, wo ein solches vorgeschrieben ist. So in Oesterreich⁹⁸⁾, Preussen⁹⁹⁾, Braunschweig¹⁰⁰⁾. Verzichte auf die Succession in das Fideicommiss binden nur den Verzichtenden selbst, nicht auch seine Descendenten¹⁰¹⁾, es sei denn, dass durch einen Verzicht aller lebenden Anwärter überhaupt die Aufhebung des Fideicommisses bezweckt wird¹⁰²⁾. Ausser durch Verzicht kann nach preussischem Recht der Successionsanspruch eines einzelnen Anwärters auch durch dreissigjährige Verjährung erlöschen¹⁰³⁾. Der Fideicommissbesitzer ist die Allodialerbschaft seines Vorgängers im Fideicommiss auszuschlagen berechtigt und haftet in diesem Fall nur für die das Fideicommiss selbst belastenden Schulden¹⁰⁴⁾.

5. Form der Errichtung.

Die Errichtung eines Familienfideicommisses erfolgt nach gemeinem Recht durch ausdrückliche Willenserklärung, welche eine einseitige oder vertragsmässige, eine Verfügung von Todeswegen oder unter Lebenden sein kann. Die Genehmigung des Landesherrn ist nach der heute angenommenen Ansicht nicht erforderlich¹⁰⁵⁾.

Die einzelnen Partikularrechte kennen für die Errichtung entweder nur die Form einer einseitigen Willenserklärung auf den Todesfall, so in Sachsen¹⁰⁶⁾ oder auch einer solchen unter Lebenden, wie in Hannover¹⁰⁷⁾,

95) Braunsch. Ges. v. 1837 § 23.

96) Bayr. Ed. § 87.

97) Hannov. Ges. § 31.

98) Oest. BGB. § 625.

99) Preuss. ALR. Th. 2 Tit. 4 § 143.

100) Braunsch. Ges. v. 1837 § 23.

101) Bayr. Ed. § 83. Oesterr. CGB. § 632.

102) Oesterr. CGB. § 640.

103) Preuss. ALR. Th. 2 Tit. 4 § 122—125. Hannov. Ges. § 35.

104) Bayr. Ed. § 82. Braunsch. Ges. v. 1837 § 22.

105) Gerber, System § 84. Bluntschli, Deutsch. PR. § 68. Lewis a. a. O.

§ 6.

106) Sächs. CGB. § 2527.

107) Hannov. Ges. § 36, 39.

Bayern¹⁰⁸), Hessen-Darmstadt¹⁰⁹), oder endlich auch eines Vertrags: in Braunschweig¹¹⁰), Anhalt¹¹¹), Preussen¹¹²), Oesterreich¹¹³) und Sachsen-Weimar¹¹⁴). Das badische Landrecht¹¹⁵) kennt nur die Errichtung durch Familienschluss. Eine singuläre Form endlich ist in Bayern^{115a}) die Dotation eines Familienfideicommissguts durch den König. Zudem wird zur Errichtung von Familienfideicommissen von einigen Partikular-rechten die Genehmigung des Landesherrn oder doch der Aufsichts-behörde verlangt. Die Genehmigung des Landesherrn ist unbedingt erfor-derlich in Hessen-Darmstadt¹¹⁶), Hannover¹¹⁷), Sachsen-Weimar¹¹⁸), Baden¹¹⁹), Braunschweig¹²⁰) und Anhalt¹²¹); in Oesterreich¹²²) statt dessen die der gesetzgebenden Gewalt; in Bayern¹²³), Altenburg¹²⁴), und Gotha¹²⁵), desgleichen auch in Preussen¹²⁶) (für Capitalien und Grundstücke bis 10,000 Thlr. Reinertrag), die der Aufsichtsbehörde. Das sächsische Gesetz¹²⁷) fordert die landesherrliche Genehmigung nur für den Fall eines der Willkür der Interessenten vollständig entzogenen Fideicommisses, indem das ohne Genehmigung begründete Fideicommiss bereits in der Hand des dritten Inhabers durch die Beteiligten ab-geändert oder aufgehoben werden kann. In Preussen¹²⁸) ist die Ein-holung der landesherrlichen Genehmigung nur bei Immobilien, deren Reinertrag die Summe von 10,000 Thlr. übersteigt, erforderlich.

Zu der für die Errichtung eines Fideicommisses erforderlichen

- 108) Bayr. Ed. § 17.
- 109) Hess.-Darmst. Ges. § 6.
- 110) Braunschw. Ges. v. 1837 § 24.
- 111) Anhalt. Ges. § 5.
- 112) Preuss. ALR. Th. 2 Tit. 4 § 28.
- 113) Oesterr. BGB. § 618.
- 114) Sachs.-Weim. Ges. § 1.
- 115) Bad. LR. § 577 cc.
- 115a) Bayr. Ed. § 31.
- 116) Hess.-Darmst. Ges. § 6.
- 117) Hannov. Ges. § 36.
- 118) Sachs.-Weim. Ges. § 1.
- 119) Bad. LR. § 577 cc.
- 120) Braunschw. Ges. v. 1837 § 24.
- 121) Anhalt. Ges. § 7.
- 122) Oesterr. CGB. § 627. Ges. vom 13. Juni 1868 § 1.
- 123) Bayr. Ed. § 22, 14.
- 124) Altenb. PO. P. 1 Cap. 37 § 20.
- 125) Gotha. PO. P. 1 Cap. 37 Art. IV § 6.
- 126) Preuss. ALR. Th. 2 Tit. 4 § 22, 63.
- 127) Sächs. CGB. § 2538.
- 128) Preuss. ALR. Th. 2 Tit. § 56.

Form, muss auch die im Interesse möglicher Publicität von den Par-tikulargesetzgebungen vorgeschriebene Eintragung der Stiftungsurkunde in besondere, zu diesem Zwecke geführte Bücher oder doch in die allge-meinen Hypothekenbücher, sowie die Veröffentlichung der geschehenen Fideicommisserrichtung durch die öffentlichen Blätter gerechnet werden, insofern als erst nach Beobachtung dieser Form das Fideicommiss auch gegenüber dritten Personen wirksam wird. Die Eintragung der Stif-tungsurkunde nebst einem genauen specificirten Verzeichniss aller zur Stiftung gehörigen Gegenstände sowie einer Angabe aller auf dem Fi-deicommissgut ruhenden Schulden und Lasten in eine eigene Matrikel ist vorgeschrieben in Bayern¹²⁹) und Baden¹³⁰), wobei in Bayern¹³¹) noch die Eintragung der Fideicommissqualität des betreffenden Guts in das Hypothekenbuch hinzukommt. An der Eintragung in das Hy-potheken- oder Grundbuch allein lassen sich genügen Preussen¹³²), Sachsen-Weimar¹³³), Oesterreich¹³⁴), Sachsen¹³⁵), Hessen-Darmstadt¹³⁶), Hannover¹³⁷) und Braunschweig¹³⁸). Eine Convocation aller Interes-senten durch die öffentlichen Blätter, behufs Wahrnehmung ihrer Rechte vor definitiver Bestätigung und Intabulirung der Stiftung, desgleichen auch die Publication der perfect gewordenen Stiftung verlangt das Ge-setz in Bayern¹³⁹), Preussen¹⁴⁰), Braunschweig¹⁴¹), Hessen-Darmstadt¹⁴²) und Hannover¹⁴³).

6. Rechtliche Stellung des Fideicommissbesitzers.

a. Rechte.

Während die gemeinrechtliche Theorie¹⁴⁴) in der Auffassung der

- 129) Bayr. Ed. § 16, 22.
- 130) Bad. LR. § 577 cb.
- 131) Bayr. Ed. § 26—30.
- 132) Preuss. ALR. Th. 2 Tit. 4 § 64, 65, 67.
- 133) Sachs.-Weim. Ges. von 1833 § 7. Hyp. Ges. vom 27. Mai 1839 § 292.
- 134) Oesterr. CGB. § 627.
- 135) Sachs. CGB. § 2530, 2532.
- 136) Hess.-Darmst. Ges. § 7.
- 137) Hannov. Ges. § 36.
- 138) Braunschw. Ges. von 1858 § 1.
- 139) Bayr. Ed. § 26—30.
- 140) Preuss. ALR. Th. 2 Tit. 4 § 65, 66, 68.
- 141) Braunschw. Ges. § 21, 24.
- 142) Hess.-Darmst. Ges. § 9, 10, 11.
- 143) Hannov. Ges. § 36.
- 144) Gerber, System § 84. Lewis, Recht des Fideicommisses § 13—15. Bese-ler, System § 176. Bluntschli, Deutsches Privatrecht § 68.

rechtlichen Stellung des Fideicommissinhabers eine lange Zeit hindurch geschwankt hat, indem die Einen den Besitzer als Niessbraucher, die Fideicommisssuccessoren oder selbst den Staat als Eigenthümer auffassten, die Andern dagegen der ganzen Familie das Gesamteigenthum an dem Fideicommissgut zusprachen, das nur durch den jeweiligen Besitzer ausgeübt werde und endlich dritte die Familie als Obereigenthümerin, den jeweiligen Besitzer aber als Nutzungseigenthümer ansahen, dürfte gegenwärtig diejenige Auffassung als die herrschende anzusehen sein, welche den Fideicommissbesitzer selbst als wahren, jedoch in seinen Dispositionen vielfach beschränkten Eigenthümer ansahen. Diese Beschränkungen beziehen sich auf die Unstatthaftigkeit sowohl der totalen, als der partiellen Veräusserung des Fideicommissguts unter Lebenden, sowie auf den Todesfall, der Verschuldung seiner Substanz und endlich der Aufhebung der Fideicommissseigenschaft.

Die Befugnisse des jeweiligen Fideicommissinhabers, wenn man ihn als wahren aber beschränkten Eigenthümer auffasst, sind folgende¹⁴⁵⁾:

1. er hat das Recht auf den Besitz, Gebrauch und Fruchtgenuss des Gegenstands; bei Grundstücken insbesondere auch:

- a. das Jagdrecht und die Fischereibefugniß,
- b. den forstmässigen Gebrauch der Waldungen,
- c. das Recht sich die in seinem Grundstück befindenden Mineralien zu freiem Eigenthum anzueignen,
- d. das Recht auf den gefundenen Schatz¹⁴⁶⁾.

e. Auch steht dem Fideicommissinhaber das Recht zu Pacht und Miethverträge abzuschliessen, doch ist der Successor an die Verträge nicht gebunden. Eine Ausnahme hiervon enthalten das bayrische Gesetz¹⁴⁷⁾, welches den Nachfolger Pachtverträge, die auf nicht länger als 9 Jahre abgeschlossen sind, das hessen-darmstädtische¹⁴⁸⁾ desgleichen auf nicht länger als 12 Jahre anerkennen heisst, endlich das österreichische¹⁴⁹⁾ Gesetz, indem es den Abschluss den Nachfolger bindender Vererbpachtungen nach Vernehmung sämtlicher lebender Anwärter und des Fideicommisscurators, sowie mit der Genehmigung der zuständigen Behörde gestattet.

f. An der durch Alluvion, Avulsion, alvei mutatio, insula in flumine

145) Lewis a. a. O. § 14.

146) Anders das Sächs. CGB. § 2531.

147) Bayr. Ed. § 48.

148) Hess.-Darmst. Ges. § 17.

149) Oesterr. CGB. § 633, 634.

nata erweiterten Substanz des Fideicommisses gebührt dem jeweiligen Fideicommissinhaber nur die Nutzniessung¹⁵⁰⁾.

2) Hinsichtlich der Veränderungen, welche der Fideicommissinhaber mit der Substanz selbst vorzunehmen berechtigt ist, entscheidet der ausdrückliche oder präsumtive Wille des Stifters.

3) Aussérdem übt der Fideicommissbesitzer die mit dem Besitz verbundenen Ehren und öffentlichen Rechte aus.

4) Auch ist es ihm unbenommen persönliche Schulden zu contrahiren, für welche die Früchte des Fideicommisses so lange er sie geniesst, haften. Doch gehen die Zinsen für die eigentlichen Fideicommissschulden, sowie die auf dem Stiftungsgut ruhenden Lasten diesen unter Verpfändung der Früchte aufgenommenen persönlichen Schulden des Besitzers vor.

Den neueren Partikulargesetzen liegt ebenfalls die heute allgemein recipirte Auffassung des gemeinen Rechts zu Grunde, welche sie jedoch nur ausnahmsweise ausdrücklich aussprechen¹⁵¹⁾; die älteren Gesetze dagegen werden noch von der zur Zeit ihres Erlasses herrschend gewesenen Theorie geleitet, indem sie entweder dem Fideicommissbesitzer nur das Nutzungseigenthum, der gesamten Familie dagegen das Obereigenthum zusprechen¹⁵²⁾, oder doch das Fideicommiss sich in Miteigenthum des eigentlichen Besitzers sowie der Anwärter befinden lassen¹⁵³⁾.

b. Pflichten.

Zu den Pflichten des Fideicommissbesitzers rechnet das gemeine Recht¹⁵⁴⁾ die Erhaltung des Fideicommissguts in vollster Integrität, sowie die Leistung der regelmässig wiederkehrenden durch den Eigenthumbesitz an der Sache gegebenen Ausgaben. Auch hat der Fideicommissbesitzer die von dem Stifter begründeten, sowie die von seinen Vorgängern zum Zweck der Bestreitung eines ausserordentlichen, für die Erhaltung oder Wiederherstellung des Fideicommissguts nothwendigen Aufwands contrahirten Schulden nicht nur zu verzinsen, sondern auch dem Tilgungsplan gemäss zu tilgen. Eine Verpflichtung zur Apanagirung der jüngeren Brüder und Schwestern, so wie zur Entrichtung von Witthümern ist im Allgemeinen nicht begründet¹⁵⁵⁾. Wenn das gemeine Recht für

150) Oesterr. CGB. § 631.

151) Bad. LR. § 577 ce.

152) Oesterr. BGB. § 629. Preuss. ALR. Th. 2 Tit. 4 § 72, 73.

153) Bayr. Ed. § 42, 43. Hess.-Darmst. Ges. § 15.

154) Bluntschli, Deutsches Privatrecht § 68. Gerber, System § 84, 275. Beseler, System § 176. Lewis, a. a. O. § 15, 18.

den jedesmaligen Besitzer keinen Zwang begründet, durch Apanagen und Witthümer für seine Familie zu sorgen, so bleibt es dem Stifter doch unbenommen solche Bestimmungen in seine Stiftung aufzunehmen. Nur beim hohen Adel ist die Apanagirung, sowie die Gewährung von Witthümern und Aussteuern schon durch Gewohnheitsrecht begründet. Die Apanage wird hier als Entschädigung für das durch die Einführung der Individualsuccession den betreffenden Personen entzogene Erbrecht aufgefasst. Doch ist dieser Bestimmung nicht zugleich auch der materielle Maassstab für die Grösse der Apanage zu entnehmen; hier entscheidet vielmehr lediglich das Bedürfniss des standesmässigen Unterhalts, nach Maassgabe der besonderen Stellung des Hauses.

Diese gemeinrechtlichen Bestimmungen sind entweder in die einzelnen Particulargesetze übergegangen¹⁵⁵⁾ oder müssen doch, so weit ihnen nicht abweichende Normen entgegenstehen, supplirt werden. Für den Fall, dass der Fideicommissbesitzer sich in der Erfüllung seiner Pflicht lässig zeigen sollte, droht ihm das bayrische¹⁵⁷⁾ Gesetz die Entsetzung von der Verwaltung und die Einsetzung eines eigenen Administrators an, und das preussische allgemeine Landrecht¹⁵⁸⁾ knüpft an die unterlassene Einzahlung der Assecuranzprämie für die zum Fideicommissgut gehörigen Gebäude die Folge, dass der Fideicommissbesitzer im Fall entstandenen Brandschadens das Fideicommiss nicht mit Schulden belasten dürfe.

Mehrere Partikularrechte enthalten von dem gemeinen Recht abweichende Bestimmungen über die Abfindung der Wittve und Geschwister. So schreibt das bayrische Gesetz¹⁵⁹⁾ dem Besitzer vor, der Wittve seines Vorfahrers und seinen Geschwistern, falls sie kein anderes Einkommen besitzen, die nöthige Alimentation, seinen Schwestern und Töchtern aber unter derselben Voraussetzung eine anständige Aussteuer zu gewähren. Das badische¹⁶⁰⁾ Landrecht führt als eine auf dem Stammgut haftende Last die Abfertigung der von der Erbfolge ausgeschlossenen Söhne und Töchter der Familie an. Das braunschweigische Gesetz¹⁶¹⁾ weist den jüngeren Söhnen, den Töchtern und der Wittve Abfindungen in Form von

155) Hiernach ist das bei Roscher, NO. des Ackerbaues § 91 Gesagte zurechtzustellen.

156) Bayr. Ed. § 44, 69. Bad. LR. § 577 cq.

157) Bayr. Ed. § 71, 72.

158) Preuss. ALR. Th. 2 Tit. 4 § 82, 83.

159) Bayr. Ed. § 46, 60.

160) Bad. LR. § 577 cq.

161) Braunschw. Ges. v. 1837 § 23. Braunschw. Ges. von 1858 § 6.

lebenslänglichen unvererblichen Genüssen aus den Einkünften des Stammguts zu, sofern sie aus dem Allodialvermögen des Erblassers nicht so viel erhalten haben, als sie zu ihrem Auskommen bedürfen. Dagegen soll der Stammgutsnachfolger keinen Anspruch auf den Pflichttheil aus dem Allodialvermögen seines Erblassers haben. Die Grösse der einzelnen Abfindungen ist abhängig von der Zahl der abzufindenden Personen. Jeder Sohn erhält den doppelten Antheil einer Tochter oder Wittve. Wenn eine Person abzufinden ist, so soll der Antheil einer Tochter $\frac{1}{10}$, der Antheil eines Sohnes $\frac{1}{5}$ vom Reinertrag des Gutes, bei zwei Personen $\frac{1}{12}$ resp. $\frac{1}{6}$, bei drei $\frac{1}{15}$ resp. $\frac{2}{15}$, bei vier $\frac{1}{20}$ resp. $\frac{1}{10}$ betragen. Die Summe sämmtlicher Abfindungen darf jedoch in keinem Fall die Hälfte des Reinertrags absorbiren. Um diesen festzustellen, müssen von dem Rohertrag auch die etwaigen älteren auf dem Gute haftenden Abfindungen abgezogen werden. Auch in Hessen-Darmstadt¹⁶²⁾ haben die Kinder, sofern sie nicht ein anderweitiges Vermögen besitzen, die nöthige Alimentation von dem Fideicommissbesitzer zu erhalten. Diese darf in ihrer Gesamtsumme den dritten Theil des nach dem zehnjährigen Durchschnitt zu bemessenden reinen Gutsertrages nicht übersteigen. Bei der Verheirathung der Töchter und Ansässigmachung der Söhne haben sie eine Ausstattung oder Abfindung zu erhalten. Nach hannoverschem Recht¹⁶³⁾ darf zu Witthümern und Sustentationen der Töchter und Nachgeborenen nicht mehr als $\frac{1}{3}$ des Reinertrags des Majoratsguts bestimmt werden. Aber auch abgesehen von solcher gesetzlichen Vorschrift können Verpflichtungen des Fideicommissbesitzers sowohl zum Zweck der Apanagirung und Versorgung der von der Erbfolge in das Fideicommiss ausgeschlossenen Miterben als auch zu andern Zwecken, sofern diese nur nicht etwas Unmögliches, Unsittliches und Gesetzwidriges enthalten, begründet werden¹⁶⁴⁾.

7. Rechtliche Stellung der Anwärtler.

Den Anwärtlern steht gemeinrechtlich¹⁶⁵⁾, vor geschehenem Anfall des Fideicommissguts, kein anderes Recht zu, als das der Intervention

162) Hess.-Darmst. Ges. § 24.

163) Hannov. Ges. § 34.

164) Bayr. Ed. § 12, 60. Preuss. ALR. Th. 2 Tit. 4 § 53. Hess.-Darmst. Ges. § 25.

165) Gerber, System § 84. Beseler, System § 176. Bluntschli, Deutsches Privatrecht § 68. Lewis, a. a. O. § 18.

in Rechtsstreitigkeiten, welche das Fideicommiss betreffen und von dem derzeitigen Fideicommissbesitzer auf gerichtlichem Wege zum Austrage zu bringen sind. Diese Stellung der Anwärter ist eine Consequenz der von der gemeinrechtlichen Doctrin aufgestellten und zur Herrschaft gebrachten Auffassung, dass der jeweilige Besitzer eines Fideicommisses zugleich der Eigenthümer desselben sei.

Diejenigen Partikularrechte, die in dieser Beziehung einer andern Auffassung huldigen, müssen consequenterweise den Anwärtern auch eine andere Stellung einräumen. Ist diesen nämlich das Miteigenthum (Bayern und Hessen-Darmstadt) oder gar das Obereigenthum (Preussen und Oesterreich) an dem Fideicommissgut eingeräumt, so müssen ihre Befugnisse auch andere sein, als wenn ihnen nur die Expectanz auf das Eigenthum zusteht. Nach dem hessen-darmstädtischen Gesetz¹⁶⁶⁾ haben sie das Recht über die Erhaltung der Fideicommisssubstantz zu wachen, den Beweis der geschehenen Tilgung der Fideicommissschulden zu verlangen und im Fall schlechter Verwaltung auf Abhilfe zu dringen. Nach bayrischem Gesetz¹⁶⁷⁾ steht ihnen das Recht zu die Aufnahme eines genauen Verzeichnisses der zum Fideicommiss gehörigen Gegenstände, sowie die Verschreibung der ebenfalls zum Fideicommiss gehörenden Schuldbriefe auf den Namen des Fideicommisses und die gerichtliche Aufbewahrung dieser Briefe zu verlangen, endlich das Recht und die Pflicht die Fideicommissverwaltung sowie die Erfüllung aller Anordnungen des Stifters zu überwachen und geeigneten Falls die gerichtliche Hülfe zu beanspruchen. Dieselben Befugnisse stehen den Anwärtern auch nach österreichischem Recht¹⁶⁸⁾ zu und sind sie zugleich berechtigt zur Vertretung des Fideicommisses einen gemeinschaftlichen Curator zu bestellen. Das braunschweigische Gesetz¹⁶⁹⁾ ertheilt ihnen das Recht bei übler Verwaltung die Sequestration des Fideicommissguts durch das Gericht zu beantragen. Das preussische Recht¹⁷⁰⁾ ist das einzige, das den Versuch gemacht hat, nach dem Vorbilde des hohen Adels, auch die Familien der andern Stände als Rechtseinheiten zu organisiren. Die feierliche Form für die Willensbestimmung der Familie ist der Familienschluss, zu dessen Fassung nicht nur die im Hypothekenbuch eingetragenen, sondern auch

166) Hess.-Darmst. Ges. § 16, 17.

167) Bayr. Ed. § 43, 51, 52, 61, 66, 71.

168) Oesterr. CGB. § 630.

169) Braunschw. Ges. v. 1858 § 7.

170) Preuss. ALR. Th. 2 Tit. 4 § 78, 118, 119, 87, 128, 129, 113. Preuss. Ges. vom 15. Febr. 1840 § 1, 2, 15, 16, 18.

die sonst vorhandenen Anwärter beizuziehen sind. Die Aufnahme und Bestätigung der Familienschlüsse liegt nach dem Gesetz vom 15. Febr. 1840 dem zuständigen Obergericht ob. Ob zum Zustandekommen eines Familienschlusses Stimmeneinhelligkeit oder nur Stimmenmehrheit erforderlich ist, hängt von dem betreffenden Stiftungsbrief und in Ermangelung von Bestimmungen desselben von den allgemeinen für Gesellschaften bestehenden Regeln ab. Familienschlüsse sind erforderlich zu Rechtsgeschäften, welche die Substantz des Fideicommisses betreffen, sowie zur Aufhebung, Abänderung, Ergänzung und Erklärung der Fideicommissstiftung. Die minder feierliche Form der Willensäußerung der Familie erfolgt durch zwei Anwärter. Diese pflegt in folgenden Fällen Platz zu greifen: 1) wenn das Gesetz den Familienschluss für entbehrlich erklärt, 2) wenn Verfügungen in Bezug auf das Fideicommiss in Folge von Rechtsverbindlichkeiten getroffen werden, 3) zum Zweck des Umtausches einzelner Parzellen oder Pertinenzen des Fideicommissguts gegen solche in derselben oder der benachbarten Feldmark, 4) zur Veräußerung und zum Wiederankauf von Parzellen unter denselben Voraussetzungen, 5) zur Ausleihung und Einziehung von Fideicommisskapitalien. Sind die Anwärter mit dem Fideicommissbesitzer nicht einverstanden, so haben Schiedsrichter, von denen je einer von den differirenden Parteien eingesetzt, der Obmann dagegen von dem Richter ernannt wird, die endgiltige Entscheidung über die Zweckmässigkeit der beabsichtigten Maassregel zu treffen.

8. Mittel zur Sicherung der Fideicommisses.

Das gemeine Recht enthält keine Vorschrift in dieser Richtung¹⁷¹⁾ Partikularrechtlich kommen folgende Sicherungsmittel vor:

1. Die Errichtung eines Inventars. Dieselbe ist entweder mit dem Stiftungsact verbunden, so in Preussen¹⁷²⁾, Oesterreich¹⁷³⁾, Braunschweig¹⁷⁴⁾, oder liegt erst dem ersten Fideicommissbesitzer ob: Bayern¹⁷⁵⁾, Sachsen¹⁷⁶⁾.

2. Eine Cautionsbestellung des Fideicommissbesitzers wird von dem

171) Beseler, System § 176. Anderer Meinung ist Lewis a. a. O. § 10—11.

172) Preuss. ALR. Th. 2 Tit. 4 § 71.

173) Oesterr. CGB. § 627.

174) Braunschw. Ges. v. 1837 § 1.

175) Bayr. Ed. § 43.

176) Sachs. CGB. § 2532.

sächsischen bürgerlichen Gesetzbuch¹⁷⁷⁾ ausdrücklich ausgeschlossen, während die übrigen Partikulargesetze hierüber nichts enthalten.

3. Die Ueberwachung des Familienfideicommisses geschieht entweder durch die Anwärter selbst, durch einen zu diesem Zweck ernannten Curator oder durch die Aufsichtsbehörde:

a) Durch die Anwärter selbst geschieht sie in einigen vom Gesetz bestimmt fixirten Fällen, nach denjenigen Gesetzen, die den Anwärtern überhaupt zu Lebzeiten des Besitzers mehr als die Expectanz gewähren¹⁷⁸⁾.

b) Die Einsetzung eines Curators ist dem Stifter sowohl wie den Anwärtern freigestellt nach bayrischem¹⁷⁹⁾ und österreichischem¹⁸⁰⁾ Recht.

c) Auch die Unterstellung des Fideicommisses unter die Aufsicht einer bestimmten Behörde kann von dem Stifter angeordnet werden. Kraft Gesetzes liegen solche Aufsichtsfunktionen der zuständigen Behörde ob in Oesterreich¹⁸¹⁾, Bayern¹⁸²⁾, Preussen¹⁸³⁾, Hessen-Darmstadt¹⁸⁴⁾ und Braunschweig¹⁸⁵⁾.

9. Rechtsverhältniss zwischen dem Fideicommissbesitzer und seinem Nachfolger.

Nach gemeinem Recht¹⁸⁶⁾ finden, bei Auseinandersetzungen zwischen dem Fideicommissnachfolger, sofern er überhaupt nicht oder doch nicht alleiniger Allodialerbe seines Vorgängers ist und den übrigen Allodialerben des letzteren, die Grundsätze des Lehnrechts analoge Anwendung.

Das preussische allgemeine Landrecht¹⁸⁷⁾ bestätigt diese gemeinrechtliche Regel.

Hinsichtlich der Theilung der hängenden und ausständigen Früchte sind nach bayrischem Recht¹⁸⁸⁾ die Grundsätze des Civilrechts in An-

177) Sächs. CGB. § 2532.

178) Oesterr. BGB. § 630. Bayr. Ed. § 43. Braunsch. Ges. von 1858 § 7. Hess.-Darmst. Ges. § 17.

179) Bayr. Ed. § 51, 52, 61, 66, 71.

180) Oesterr. CGB. § 630, 816.

181) Oesterr. CGB. § 633, 644, 635.

182) Bayr. Ed. § 49, 51, 57, 58, 97, 43, 14, 71.

183) Preuss. ALR. Th. 2 Tit. 4 § 77, 80, 102.

184) Hess.-Darmst. Ges. § 6. 17, 20.

185) Braunsch. Ges. von 1858 § 7.

186) Beseler, System § 176. Lewis a. a. O. § 23. Gerber, Zur Lehre von den Lehn- und Familienfideicommissschulden in seinen gesammelten juristischen Abhandlungen S. 159 ff.

187) Preuss. ALR. Th. 2 Tit. 4 § 211.

188) Bayr. Ed. § 74, 75.

wendung zu bringen, ebenso nach preussischem¹⁸⁹⁾ und österreichischem¹⁹⁰⁾ Recht.

Die Allodialerben des Fideicommissbesitzers haften dem Nachfolger wegen jeder durch sein Verschulden eingetretenen Verschlechterung oder Verminderung der Fideicommisssubstanz¹⁹¹⁾.

Wegen des zur Erhaltung und Verbesserung des Fideicommisses gemachten beträchtlichen Aufwands sollen, sofern der Besitzer zu diesem Zweck zur Belastung des Fideicommissguts mit Schulden berechtigt gewesen wäre, seine Allodialerben nach österreichischem Recht¹⁹²⁾ von dem Fideicommissnachfolger Entschädigung zu verlangen berechtigt sein. Nach preussischem¹⁹³⁾ Recht haben dagegen die Allodialerben im Allgemeinen keinen solchen Anspruch, es sei denn dass Gefahr im Verzuge war und der Consens zur Aufnahme eines Darlehens unmittelbar nach geschehener Leistung der nothwendigen Ausgabe nachgesucht worden war. Für Schulden, die auf dem Fideicommiss selbst lasten und die der Besitzer nicht aus seinen Einnahmen zu tilgen braucht, aber dennoch getilgt hat, desgleichen für die Tilgung solcher Quoten, deren Bezahlung erst seinem Nachfolger obliegen würde, sollen die Allodialerben des Besitzers von dem neueintretenden Nachfolger nach preussischem¹⁹⁴⁾ Recht entschädigt werden. Umgekehrt sind rückständige Terminzahlungen eines verstorbenen Fideicommissbesitzers nach österreichischem^{194a)} Recht aus seinem Allodialvermögen zu bezahlen. Nur wenn dieses nicht ausreicht muss sein Nachfolger im Fideicommiss für ihn eintreten.

10. Nachstiftungen: Verschuldungen und Veräusserungen des Fideicommissguts.

a. Nur ausnahmsweise gestattet das gemeine Recht¹⁹⁵⁾ dem Fideicommissbesitzer die Vornahme solcher Rechtshandlungen, wie die

189) Preuss. ALR. Th. 2 Tit. 4 § 212.

190) Oesterr. CGB. § 643.

191) Der zur Entschädigung verbindlich machende Grad der Verschuldung wird verschieden normirt. Das Braunsch. Ges. von 1858 setzt voraus: „Absicht und grobes Verschulden“, das Hess.-Darmst. Ges. § 28: „omnis culpa“, ebenso das Oesterr. CGB. § 631. Bayr. Ed. § 73.

192) Oesterr. CGB. § 641. Aehnlich des Hess.-Darmst. Ges. § 28. Braunsch. Ges. von 1858 § 4.

193) Preuss. ALR. Th. 2 Tit. 4 § 218, 226.

194) Preuss. ALR. Th. 2 Tit. 4 § 106, 107.

194a) Oesterr. CGB. § 640.

195) Gerber, System § 84. Lewis a. a. O. § 16, 17. Bluntschli, Deutsches

Aufnahme von Schulden, welche zugleich seinen Nachfolger im Fideicommiss verbinden. Eine solche Ausnahme ist dort begründet, wo ein ausserordentlicher Aufwand zur Erhaltung oder Wiederherstellung des Fideicommissguts im Ganzen oder in seinen einzelnen Theilen geboten erscheint. In einem solchen Fall darf der Fideicommissbesitzer eine Schuld contrahiren, die auf der Fideicommisssubstanz selbst ruht (sog. Fideicommissschuld) und an deren Verzinsung und Tilgung demnach seine Nachfolger im Besitz sich ebenfalls zu betheiligen haben. Die Haftung des Fideicommissguts für eine Schuld involvirt aber nicht nothwendig die Zulässigkeit seiner Subhastation und Zwangsveräußerung. Vielmehr kann diese ausgeschlossen sein, wie oben gezeigt worden ist. Ausserdem ist der Stifter befugt seinem Nachfolger auch die Contrahirung von Fideicommissschulden in einem weiteren als dem obigen Umfang zu gestatten, nur darf diese Befugniß niemals eine völlig schrankenlose sein.

Mit einigen auf das Formale gehenden Modificationen wird die obige Ausnahmebestimmung, welche die Aufnahme von Fideicommissschulden zum Zweck der Erhaltung oder Wiederherstellung des Fideicommissguts gestattet, auch von den meisten Partikulargesetzen zum Ausdruck gebracht¹⁹⁶⁾, so von dem hannoverschen¹⁹⁷⁾ Gesetz, das überdies zur Aufnahme eines solchen Darlehens die Genehmigung des Ministers, desgleichen von dem hessen-darmstädtischen¹⁹⁸⁾ Gesetz, welches die Genehmigung der Aufsichtsbehörde nach Anhörung sämtlicher lebender Anwärter verlangt. Das bayrische¹⁹⁹⁾ Gesetz schreibt die Anhörung aller bekannten Anwärter, ihrer Curatoren, des Fideicommissvertreters, sowie die Einholung der Bestätigung des Oberappellationsgerichts, das österreichische Gesetz²⁰⁰⁾ nur die Bestätigung der ordentlichen Gerichtsbehörde vor. Nach dem braunschweigischen²⁰¹⁾ Gesetz bedarf es zur Contrahirung einer Fideicommissschuld der Guttheilung des in der nächsten Seitenlinie zunächst berufenen Stammgutsnachfolgers, sowie der Genehmigung des Landesherrn. Doch gehen einige Partikulargesetze in der Gestattung von Darlehensaufnahmen, welche

Privatrecht § 68 hält die Belastung des Familienfideicommisses mit Genehmigung der Anwärter überhaupt für zulässig.

196) Bad. LR. § 577 cq.

197) Hannov. Ges. § 35.

198) Hess.-Darmst. Ges. § 19. 20.

199) Bayr. Ed. § 54—56.

200) Oesterr. CGB. § 635.

201) Braunschw. Ges. v. 1837 § 22.

das Fideicommissgut selbst belasten, noch weiter. Das braunschweigische²⁰²⁾ Gesetz gestattet die Contrahirung von Schulden auch zum Zweck nachhaltiger Verbesserung des Fideicommissguts, das bayrische²⁰³⁾ Gesetz im Allgemeinen »zum Nutzen« desselben, das hessen-darmstädtische²⁰⁴⁾, sofern solches aus überwiegenden Gründen »nützlich« und »im Interesse der Familie liegend« befunden wird. Dagegen statuirt das preussische²⁰⁵⁾ Recht nur die Contrahirung von Schulden zum Zweck der Wiederherstellung der durch Unglücksfälle oder sonst ohne ein Verschulden in Verfall gerathenen Gebäude, desgleichen auch der durch höhere Gewalt und Kriegsverheerungen verursachten Schäden des Guts und des Inventars. Auch belasten in Preussen diese Schulden nur die Einkünfte des Fideicommisses, werden nur aus diesen getilgt, müssen aber allerdings auch von den Nachfolgern übernommen werden. Als auf der Substanz des Fideicommisses selbst haftend werden nur diejenigen Schulden angesehen, die durch den Stifter zu verschiedenen Zwecken contrahirt worden und in dem Stiftungsbriege enthalten sind. Während die Aufnahme dieser letztern Schulden selbstverständlich lediglich von dem Ermessen des Stifters abhängt, wird für die ersteren die Zuziehung zweier Anwärter und die Betheiligung des Gerichts vorausgesetzt.

Mehrere Partikulargesetze verlangen ausserdem bei Belastung des Fideicommissguts mit Schulden, dass ein bestimmter Theil des Gutswerths in jedem Fall schuldenfrei bleibe. Dieses unverschuldet zu belassende Minimum beträgt in Oesterreich²⁰⁶⁾ den dritten Theil des Werths des Fideicommissguts, in Preussen²⁰⁷⁾ in Bezug auf die von dem Stifter selbst contrahirten Schulden, welche allein die Fideicommisssubstanz zu belasten pflegen, die Hälfte des gesetzlichen Minimums, in Baden²⁰⁸⁾, das volle gesetzliche Stammgutsminimum, und ebenfalls in Hessen-Darmstadt²⁰⁹⁾ das zur Errichtung erforderliche Minimum.

Für die Tilgung der das Fideicommiss belastenden Schulden schreiben einige Partikularrechte die Entwerfung und Einhaltung bestimmter Tilgungspläne vor. So verordnet das österreichische²¹⁰⁾ Gesetz die

202) Braunschw. Ges. v. 1837 § 22. Braunschw. Ges. v. 1858 § 3.

203) Bayr. Ed. § 54—56.

204) Hess.-Darmst. Ges. § 20.

205) Preuss. ALR. Th. 2 Tit. 4 § 80, 81, 85, 86, 104, 53, 87, 101. Preuss. Ges. vom 5. März 1855 § 1.

206) Oesterr. BGB. § 635, 637.

207) Preuss. ALR. Th. 2 Tit. 4 § 53.

208) Bad. LR. § 577 ci.

209) Hess.-Darmst. Ges. § 20.

210) Oesterr. BGB. § 638.

jährliche Tilgung von wenigstens 5% der Schuld, das bayrische²¹¹⁾ die Tilgung im Laufe von 30 Jahren, das braunschweigische²¹²⁾ und hannoversche²¹³⁾ im Laufe »bestimmter Jahre«, das hessen-darmstädtische²¹⁴⁾ »so bald es geschehen kann.«

b. Totale oder partielle freiwillige Veräusserungen, sowie Veränderungen der Fideicommisssubstanz durch Umwandlung beweglicher Capitalien in Grundstücke und umgekehrt, durch Umtausch einzelner Theile des Fideicommissguts und durch Ablösung fruchttragender Reallasten sind der Regel nach ausgeschlossen²¹⁵⁾, ausnahmsweise jedoch aus Gründen der Nothwendigkeit und Zweckmässigkeit sowohl nach gemeinem Recht, als auch nach den Gesetzen von Bayern²¹⁶⁾, Preussen²¹⁷⁾, Sachsen-Weimar²¹⁸⁾, Baden²¹⁹⁾, Oesterreich²²⁰⁾ und Braunschweig²²¹⁾ statthaft. Doch sind im einzelnen Fall folgende Bedingungen einzuhalten. Das preussische allgemeine Landrecht²²²⁾ verlangt das Zustandekommen eines Familienschlusses mit hinzutretender gerichtlicher causae cognitio. In Bayern²²³⁾ wird die Anhörung aller bekannten Anwärter und des Fideicommissvertreters, sowie die Genehmigung des Appellationsgerichts verlangt. Letztere ist nur dann zu ertheilen, wenn die Veräusserung zum Zweck der Tilgung von Fideicommissschulden erfolgt, auf deren Bezahlung die Gläubiger dringen, sofern sich keine anderweitigen Objecte zu ihrer Befriedigung darbieten, oder wenn die Veräusserung einen »bleibenden und beträchtlichen Nutzen« gewährt. Kaufpreis und Ablösungscapital sind womöglich wieder zum Ankauf fruchtbringender Realitäten zu verwenden. In Oesterreich²²⁴⁾ ist die Veräusserung, Vertauschung und Vererbpachtung abhängig ge-

211) Bayr. Ed. § 7.

212) Braunschw. Ges. v. 1837 § 22.

213) Hannov. Ges. § 35.

214) Hess.-Darmst. Ges. § 21.

215) Nach Bluntschli, Deutsches Privatrecht § 68 ist dem Fideicommissinhaber mit Zustimmung der Anwärter und mit Genehmigung des Gerichts sowohl die Veräusserung von Stiftungsgut als auch die Veränderung der Substanz desselben überhaupt gemeinrechtlich gestattet.

216) Bayr. Ed. § 48.

217) Preuss. ALR. Th. 2 Tit. 4 § 78.

218) Braunschw. Ges. v. 1837 § 22. Braunschw. Ges. von 1858 § 8.

219) Sachs.-Weim. Ges. § 1, 6.

220) Bad. LR. § 577 cf.

221) Oesterr. BGB. § 633.

222) Preuss. ALR. Th. 2 Tit. 4 § 76, 77, 78, 46. Ges. v. 15. Febr. 1840 § 1.

223) Bayr. Ed. § 49, 51, 57, 61, 64, 65, 66, 68.

224) Oesterr. BGB. § 633, 634.

macht von der Vernehmung sämtlicher lebender Anwärter und des Fideicommisscurators sowie von der Genehmigung der ordentlichen Gerichtsbehörde. Sachsen-Weimar²²⁵⁾ verlangt nur die Beobachtung der für Uebertragung von Eigenthum an Immobilien vorgeschriebenen Form, Sachsen²²⁶⁾ die Genehmigung der zuständigen Aufsichtsbehörde und Hessen-Darmstadt²²⁷⁾ ausserdem noch die Zustimmung der lebenden Anwärter. Das braunschweigische²²⁸⁾ Gesetz gestattet Veräusserungen nach erfolgter Zustimmung sämtlicher lebender Anwärter und nach eingeholter landesherrlicher Genehmigung; bei Veräusserung einzelner Gutsperzinzen haben dann Stücke von 'erweislich gleichem Ertrage an die Stelle der veräusserten Fideicommisstheile zu treten. Nach badischem²²⁹⁾ Recht dürfen das Stammgut als Ganzes oder einzelne Theile desselben nur nach Vernehmung der Nutzungsberechtigten sowie des Kronanwalts des obersten Gerichts und mit Genehmigung des Staatsoberhauptes veräussert werden. In Braunschweig und Baden sowohl, wie in Hessen-Darmstadt können ausserdem unfreiwillige Veräusserungen im Wege der Subhastation stattfinden.

11. Aufhebung.

Das gemeine Recht²³⁰⁾ kennt nur drei Aufhebungsgründe des Familienfideicommisses:

1. Den Widerruf des Stifters, welcher so lange erfolgen kann, als dritte Personen aus der Stiftung noch keine Rechte erworben haben.
2. Den Untergang des Fideicommissgegenstandes und
3. Das Aussterben des Geschlechts, zu dessen Besten das Fideicommiss errichtet worden ist. Im letzten Fall tritt die Aufhebung erst dann ein, wenn das Fideicommiss in die Hand des letzten vom Stifter gerufenen Nachfolgers gelangt ist, was sich freilich mit Sicherheit erst nach dessen Tode entscheidet. Dagegen kann nach gemeinem Recht das Fideicommiss nicht durch Einwilligung der lebenden Interessenten

225) Sachs.-Weim. Ges. § 4.

226) Sachs. CGB. § 2541, 2535.

227) Hess.-Darmst. Ges. § 20, 29.

228) Braunschw. Ges. v. 1837 § 22. 24. Ges. v. 1858 § 8.

229) Bad. LR. § 577 cf.

230) Gerber, System § 84. Mittermaier, Grundsätze des Privatrechts § 158. Beseler, System § 176. Lewis a. a. O. § 12, 24.

aufgehoben oder in seinen wesentlichen Bedingungen verändert werden²³¹⁾.

Die einzelnen Partikularrechte enthalten ausser den obigen gemeinrechtlichen Aufhebungsgründen²³²⁾ noch andere. Zu denselben gehören:

4. Die Minderung des Werths des Fideicommissguts unter das gesetzlich vorgeschriebene Minimum in Bayern²³³⁾.

5. Die zwangsweise Veräusserung des Fideicommissguts in Baden²³⁴⁾, Braunschweig²³⁵⁾ und Hessen-Darmstadt²³⁶⁾.

6. Der auf die Auflösung gerichtete gemeinsame Wille sämtlicher lebender Interessenten und eventuell auch etwaiger Vertreter der noch nicht geborenen Erben. Unter verschiedenen mehr oder minder erschwerenden Modalitäten gestatten gegenwärtig die meisten Partikulargesetze die Aufhebung des Fideicommisses durch übereinstimmenden Beschluss sämtlicher lebender Anwärter²³⁷⁾. Das preussische²³⁸⁾ Gesetz verlangt zu diesem Zweck nur das Zustandekommen eines entsprechenden Familienschlusses, das bayrische Gesetz²³⁹⁾ den einstimmigen Beschluss sämtlicher Anwärter und gerichtliche Einwilligung, das badische²⁴⁰⁾, braunschweigische²⁴¹⁾ und anhaltische²⁴²⁾ Gesetz ebenfalls den einstimmigen Beschluss aller lebenden Anwärter und landesherrliche Genehmigung. Sachsen²⁴³⁾ und Sachsen-Weimar²⁴⁴⁾ schreiben vor, dass ausser dem Beschluss sämtlicher lebender An-

231) Anderer Ansicht sind Eichhorn, Einleitung in das deutsche Privatrecht S. 886 und Bluntschli, Deutsch. Privatrecht § 68, welcher letztere auch gemeinrechtlich die Auflösung des Familienfideicommisses durch Beschluss sämtlicher lebender Anwärter unter Zustimmung eines Curators des Stiftungsinteresses und mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde für zulässig erklärt.

232) Braunschw. Ges. v. 1858 § 8. Bad. LR. § 577 cs. Bayr. Ed. § 93, 94. Oesterr. BGB. § 644, 645, 628. Sächs. CGB. § 2540. Hess.-Darmst. Ges. § 29. Preuss. ALR. Th. 2 Tit. 4 § 189.

233) Bayr. Ed. § 95, 96.

234) Bad. LR. § 577 cs.

235) Braunschw. Ges. § 25. Braunschw. Ges. v. 1858 § 8 Nr. 3.

236) Hess. Darmst. Ges. § 29.

237) Hess.-Darmst. Ges. § 29.

238) Preuss. Ed. v. 9. Oct. 1807 § 9. Preuss. Ges. v. 15. Febr. 1840 § 1.

239) Bayr. Ed. § 97.

240) Bad. LR. § 577 cs.

241) Braunschw. Ges. v. 1837 § 25. Braunschw. Ges. v. 1858 § 8.

242) Anhalt. Ges. § 8, 9.

243) Sächs. CGB. § 2538, 2539, 2541.

244) Sachs.-Weim. Pat. v. 1826, I.

wärter noch erforderlich ist, dass das Fideicommiss auf dem Wege des Erbanges bereits in die dritte Hand, den Stifter natürlich nicht mit eingerechnet, gekommen sei, und dass der dermalige Fideicommissinhaber, sofern er überhaupt zu den Verwandten des Stifters gehört, von diesem wenigstens im dritten Grad der Verwandtschaft entfernt sei. Das österreichische²⁴⁵⁾ Gesetz gestattet die Auflösung des Fideicommisses durch Beschluss sämtlicher Anwärter und mit Genehmigung des Curators nur dann, wenn keine zum Fideicommiss berufene Nachkommenschaft zu vermuthen ist. Entsprechend den zum Zweck der Errichtung eines Fideicommisses erforderlichen Formalitäten der Eintragung in das Grund- und Hypothekenbuch und der Publication hat auch bei Aufhebung derselben die Löschung in diesem Buch sowie auch eine Publikation hierüber zu erfolgen²⁴⁶⁾. An dem seiner Fideicommissionseigenschaft entkleideten Vermögen erhält der Besitzer dann das uneingeschränkte Eigenthum²⁴⁷⁾, soweit nicht durch Uebereinkunft der Betheiligten etwas Anderes festgestellt worden ist²⁴⁸⁾.

2. Grossbritannien.

A. England¹⁾. Adam Smith that in seinen 1776 erschienenen Untersuchungen über die Natur und die Gründe des Volkswohlstands^{1a)} den Ausspruch: entails are the natural consequences of the law of primogeniture.

245) Oesterr. CGB. § 644.

246) Hess.-Darmst. Ges. § 31.

247) Hess.-Darmst. Ges. § 31.

248) Bayr. Ed. § 98.

1) Blackstone, commentaries on the law of England. London 1787. Buch 2. S. 110—119. Solly, Grundsätze des englischen Rechts über Grundbesitz, Erbfolge und Güterrecht der Ehegatten. Berlin 1853. Gundermann, Besitz und Eigenthum in England. Tübingen 1864. Gneist, Adel und Ritterschaft in England. Berlin 1853. S. 84, 86. Helferich, Studien über württembergische Agrarverhältnisse. 2. Art. 2. Hälfte in der Tübinger Zeitschrift für gesammte Staatswissenschaft. 1854. S. 123 ff. Bernhardt, Versuch einer Kritik der Gründe, die für grosses und kleines Grundeigenthum angeführt werden. St. Petersburg 1849. § 23. H. Schulze, Nat. Oec. Bilder aus Englands Volksleben. Jena 1853. Roscher, Nat. Oec. des Ackerbaues. Stuttgart 1873. § 91. Sugenheim, Geschichte der Aufhebung der Leibeigenschaft und Hörigkeit in Europa, bis um die Mitte des IX. Jahrhunderts. St. Petersburg 1861. Mac Culloch's on succession to property vacant by death, 1848, sowie der bei Helferich aufgeführte Aufsatz in der Quarterly review Bd. LXXXIII ist dem Verfasser leider nicht zugänglich gewesen.

1a) Buch 3. Kap. 2.

Um sich die Bedeutung der entails klar zu machen, muss daher in Kürze des in England geltenden Intestat- und testamentarischen Erbrechts gedacht werden.

Allem zuvor sind aber noch einige für das Verständniss des englischen Rechts wesentliche Begriffsbestimmungen zu erwähnen.

Das englische Recht unterscheidet zwischen real und personal property in einer demselben eigenthümlichen Weise. Denn einerseits werden nach englischem Recht alte Familiengemälde, das Wild im Park und einige andere bewegliche Sachen, welche entweder die Schönheit eines Landguts oder die Würde des Familienhaupts erhöhen (heir looms) den für Grundstücke bestehenden Rechtsnormen unterstellt²⁾, und andererseits wird das zum Betrieb eines Landguts gehörige Inventar — im Gegensatz zu Schottland, — als personal property behandelt³⁾. Auch müssen nach neuerer englischer Praxis Schulden, welche auf unbeweglichem Eigenthum lasten, aus dem beweglichen Eigenthum bezahlt werden⁴⁾.

Von dem freien Allodialeigenthum, common soccage, freehold sind zu unterscheiden die seit der normannischen Eroberung entstandenen military tenures, Kriegslehen, auf welchen feudale Verpflichtungen ruhten. Die auf den Kriegslehen lastenden Dienstpflichten sind bereits unter Heinrich II. (1154—1189) in eine Geldleistung, pecuniary assessment, escuage, die Grundsteuer des späteren Mittelalters, umgewandelt worden. Durch stat. 18. Eduard I. (1273—1307) wurde ferner ein Theil der für diese Art des Grundbesitzes bestehenden Schranken aufgehoben und endlich durch stat. 12. Karl II. (1660—1684) sind die früheren Kriegslehen auch in allen übrigen Beziehungen dem freien Allod gleichgestellt worden⁵⁾. Trotz dieser bereits früh geschehenen Aufhebung der Lehen wird alles Land in England noch heute als Lehen der Krone fingirt und als fee (Lehen) bezeichnet, ohne dass dieser Bezeichnung eine andere Bedeutung als die einer inhaltslos gewordenen historischen Reminiscenz zukäme.

Innerhalb der fees wird dann zwischen fee simple und fee in tail (feudum talliatum, getheiltes Eigenthum), estate (dingliches Recht an einem Immobile) tail, entail unterschieden. Ersteres bezeichnet das unbeschränkte, letz-

teres das nicht perpetuell, wohl aber für einen kürzeren Zeitraum im Interesse einer bestimmten Familie durch settlement beschränkte Eigenthum⁶⁾.

Von dem freien Allod, freehold, welches nur nominell in einer Art von Lehensverband steht, ist ferner zu unterscheiden das Hintersassen-, Grundbuchgut, copyhold (von copy = Copie des in das Grundbuch des Patrimonialherrn eingetragenen Rechtstitels⁷⁾). Dieser abhängige Grundbesitz, an dem dem Erbzinsner, copyholder, nur das Nutzegenthum und dem Grundherrn das Obereigenthum zusteht, ist ein Ueberrest der mittelalterlichen Agrarverfassung und entspricht dem deutschrechtlichen Rustikalbesitz. Je nachdem derselbe zu allen gebräuchlichen oder nur zu einigen bestimmten Lasten verpflichtet ist, zerfällt er in pure villeinage und in villain soccage. Das stat. 3 und 4 Victoria (1837 —) c. 35. ordnet die Ablösung der auf dem copyhold ruhenden Lasten an, wodurch der Uebergang des Erbzinsguts in freies Eigenthum sehr erleichtert wird⁸⁾. Aber nicht bloß durch Befreiung ihres Besitzthums verschwindet der Stand der copyholders, sondern auch durch Auskauf der grossen Grundbesitzer. So verliert denn der Unterschied zwischen freehold und copyhold immer mehr an Bedeutung.

Nach altsächsischem Recht⁹⁾ wurde die zum Nachlass gehörige real property unter sämmtliche Söhne des Erblassers zu gleichen Theilen getheilt. In Ermangelung von Söhnen gelangte der Nachlass zu gleichen Theilen an die Töchter des Erblassers. Spuren dieses als gavelkind succession bekannten Erbrechts haben sich bis auf den heutigen Tag in einigen Theilen Englands, in der Grafschaft Kent und auf den Kanalinseln, erhalten¹⁰⁾. In Folge der, dem seit der normannischen Eroberung eingeführten Lehensystem zu Grunde liegenden Rechtsidee wird dann jenes alte Erbrecht immer mehr verdrängt, so dass es unter Heinrich I. (1100—1135) sich nur noch auf das wohlervorbene unbewegliche Vermögen des Erblassers bezieht. Bereits unter Heinrich II. (1154—1189) ist das Erstgeburtsrecht bei den Kriegslehen, unter Heinrich III. (1216—1272) auch bei dem freien Allod in unbezweifelnder Geltung. Die Grundzüge des von nun an fast unverändert bis zur Gegenwart fortbestehenden Intestaterbrechts sind¹¹⁾: zur Erb-

2) Solly a. a. O. S. 10.

3) Helferich a. a. O. S. 145.

4) Helferich a. a. O. S. 144 ff.

5) Gundermann a. a. O. S. 143.

6) Gundermann a. a. O. S. 149.

7) Gundermann a. a. O. S. 142 ff. Bernhardi a. a. O. S. 583 ff.

8) Sugenheim l. c. S. 318, 319.

9) Solly a. a. O. S. 11. Gundermann a. a. O. S. 157, 158.

10) Helferich a. a. O. S. 144.

11) Gundermann a. a. O. S. 157 ff., 161 ff. Solly a. a. O. S. 11 ff., 32 ff. Helferich a. a. O. S. 148 ff. Roscher a. a. O. § 90.

schaft in real property werden zuerst die Descendenten und beim Fehlen derselben die vollbürtigen Collateralen, nicht aber auch die Ascendenten berufen. Der Mannsstamm hat sowohl unter Descendenten als auch in der Seitenlinie immer den Vorzug; innerhalb desselben Grads schliesst unter Männern der älteste die übrigen aus, indem er alles liegende Vermögen allein erbt. Frauen erben zu gleichen Theilen, »females all together.« Unter Descendenten findet unbegrenzte Repräsentation statt. Durch 3 und 4 Wilhelm IV (1830—1837) c. 106 wird auch den Ascendenten und zwar vor den Seitenverwandten ein Erbrecht gewährt; ebenso sollen von nun an auch halbbürtige Collateralen zur Erbschaft berufen werden. Partikularrechtlichen Charakter hat ausser der erwähnten gavelkind succession noch die tenure in burbage oder town socage, wo statt des ältesten der jüngste Sohn in den väterlichen Grundbesitz succedirt¹²⁾. Nach dem durch 22 und 23. Carl II. (1660—1684) c. 10. und 29 Carl II. c. 30 festgestellten Intestaterbrecht in personal property erbt die Wittve ein Drittel des Vermögens, in die übrig bleibenden zwei Drittheile theilen sich sämtliche Kinder ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht. Ist keine Wittve vorhanden, so erhalten die Kinder gleiche Theile; die unbeerbte Wittve erhält die Hälfte der personal property, während die andere Hälfte an die nächsten Verwandten des Mannes kommt¹³⁾.

Dieses Intestaterbrecht beansprucht aber nur subsidiäre Geltung, indem es durch letztwillige Dispositionen beliebig abgeändert werden kann. Schon nach ältestem sächsischen Recht konnte real property auf dem Wege testamentarischer Bestimmung, by devise, vererbt werden. In der Normannenzeit wurde diese Art des Eigenthumsübergangs beschränkt, doch dauerte sie gewohnheitsrechtlich an einzelnen Orten, wie in der Grafschaft Kent, sowie in einigen wenigen manors, Städten und Burgen fort¹⁴⁾. Die gegenwärtig herrschende unumschränkte Testirfreiheit ist dann in der Folge allmählich durch Statutarrecht eingeführt worden. Nach 32 Heinrich VIII. (1509—1547) c. 1 und 34 Heinrich VIII. c. 5 durften Alle, verheirathete Frauen und Minderjährige ausgenommen, zwei Drittel desjenigen Landes, welches sie als Kriegslehen besaßen, sowie all ihr übriges Land mit Ausnahme der Hintersassengüter durch letzten Willen vergeben. Und als unter der Regierung Karl II. die Kriegslehen abgeschafft wurden, war damit das Recht, über alles freisässige Gut durch letzten Willen zu

12) Schulze a. a. O. S. 137.

13) Solly a. a. O. S. 32 ff.

14) Gundermann a. a. O. S. 161.

verfügen¹⁵⁾, begründet. Die letzten Districte, in denen die Testirfreiheit erst im Anfange des vorigen Jahrhunderts durchgedrungen ist, sind die Grafschaft York, Wales und die City von London¹⁶⁾. Nunmehr ist aber im Gebiet des ganzen Königreichs das Recht unter Lebenden und auf den Todesfall über das be- und unbewegliche Vermögen zu verfügen ein völlig uneingeschränktes. Diese Testirfreiheit besteht aber nicht nur zu Recht, sondern wird auch häufig ausgeübt, so dass die besitzlichen Klassen in der Regel über ihr Vermögen letztwillig disponiren. Indeed it is quite the exception, when a man permits the law to make his will for him¹⁷⁾.

Ein Rechtsinstitut, das als Ausfluss der Testirfreiheit angesehen werden kann und doch zugleich im Geist des seit der normannischen Eroberung immer entschiedener sich entwickelnden Intestaterbrechts zu wirken bestimmt erscheint, ist das fee tail, fee in tail, estate tail, entail¹⁸⁾. Schon in der angelsächsischen Zeit war es nämlich üblich den Grundbesitz innerhalb einer bestimmten Familie zu vinkuliren. Von den Juristen und namentlich von den Richtern wurden solche Familienstiftungen, weil sie den Verkehr hemmten, jedoch ungern gesehen und vielfach beeinträchtigt. Auf Antrieb des hohen Adels ist dann im Hinblick auf den möglichsten Schutz des adligen Grundbesitzes vor Confiscationen¹⁹⁾ desselben seitens des Staats, wegen Hochverraths, das von der Praxis fast begrabene Institut durch ein Statut wieder neu belebt worden. Das Westminsterstatut 13 Eduard I. (1272—1307) c. 1 de donis conditionalibus erklärte nämlich Erbgutsstiftungen auf ewige Zeiten für zulässig²⁰⁾. Aber auch dieses Gesetz ist in der Folge von den Juristen durchlöchert und abgeschwächt worden. Durch den »frommen Betrug« der common recovery, einer Art von in jure cessio, bei welcher ein dritter Vindikant auftritt, der Besitzer seinen Gewährsmann nennt, dieser sich verabredetermaassen contumaciiren lässt und deshalb dem Vindikanten das Gut zugesprochen wird, sowie eines fingirten Vergleichs,

15) Solly a. a. O. S. 20.

16) Helferich a. a. O. S. 143. Roscher a. a. O. § 90.

17) Quarterly review LXXXIII S. 179 bei Helferich a. a. O. S. 144.

18) Helferich a. a. O. S. 123 ff. Gundermann a. a. O. S. 149.

19) Noch die Magna Charta erkennt in ihrem Art. 61. den Baronen das Recht des bewaffneten Widerstands gegenüber dem König zu. Allmählig aber entstand der Begriff des Hochverraths gegen den König im Gegensatz der übrigen Fälle, die nur den kleinen Verrath bilden und man begann 1283 zum ersten Mal die rebellischen Herren zu hängen, zu viertheilen und ihre Güter zu confisciren. Gneist, Adel und Ritterschaft. S. 20.

20) Gneist a. a. O. S. 83. Roscher a. a. O. § 91.

des fine, wobei ein Dritter ebenfalls pro forma als Vindikant auftritt und die Parteien vor Gericht einen Vergleich schliessen, der mit gewissen Maassgaben auch Dritte bindet, gelang es ein fee tail in ein fee simple zu verwandeln²¹⁾. Diese pia fraus wird dann ausdrücklich anerkannt durch stat. 12 Eduard IV. (1460—1483) und 4 Heinrich VII. (1485—1509) c. 36 sowie 32 Heinrich VIII. (1509—1547) c. 36. Weitere Abschwächungen des ursprünglich dem deutschrechtlichen Familienfideicommiss ähnlichen, starren Rechtsinstituts, durch welches bestimmte Güter ewig an bestimmte Familien gebunden waren, werden dann durch Statute Heinrichs VIII. und der Elisabeth erzielt, indem nunmehr entails auch wegen Hochverraths vom Staat confiscirt (26 Heinrich VIII. c. 13) und fromme Stiftungen aus einem Erbgutsbestand errichtet werden durften (43 Elisabeth c. 4) sowie endlich auch die Nachfolger im entail an die von ihren Vorgängern abgeschlossenen langjährigen Pachtverträgen gebunden sein sollten (32 Heinrich VIII. c. 28). Auf Grund dieser statutarischen Bestimmungen und entsprechend den veränderten Kultur- und namentlich Wirthschaftsbedürfnissen bildete sich dann im Laufe der Zeit ein das entail regelnde Gewohnheitsrecht aus. Durch stat. 3 und 4 Wilhelm IV. (1830—1837) c. 74 erhält dieses Gewohnheitsrecht die gesetzliche Sanction²²⁾. Ferner werden die entails den Bankerottgesetzen unterworfen und das stat. 1 und 2 Victoria (1837—) c. 110 macht sie, dem freien Allod gleich, haftbar für die innerhalb der vom Gesetz gezogenen Schranken contrahirten und das entail belastenden Schulden²³⁾. Dem stat. 3 und 4 Wilhelm IV. c. 74 zufolge kann Jedermann in England sowohl real als auch personal property (namentlich Handelsgeschäfte, Staatsschuldcapitalien u. s. w.) mittelst eines settlement zum entail erheben, indem er durch Erklärung vor dem Kanzleigerichtshof ein bestimmtes Vermögensobject einer oder mehreren lebenden Personen und einer noch ungeborenen Person (dem eigentl. Erben, tenant in tail) derart auf den Todesfall vermacht, dass diese successiv in den Besitz des entail gelangenden Personen dasselbe weder veräussern noch verschulden dürfen. Solch eine Stiftung, settlement, wird unter Zuziehung von Garanten, trustees, errichtet; sie ist selbst unter Zuziehung aller Interessenten nicht auflösbar, bis zu dem Zeitpunkt, wo der tenant in tail grossjährig wird²⁴⁾. Nach erreichtem 21. Lebensjahre dagegen ist der eigentliche Erbe durch einseitigen

21) Gneist a. a. O. S. 83. Solly S. 48. Helferich a. a. O. S. 123 ff.

22) Solly a. a. O. S. 47, 48.

23) Gneist a. a. O. S. 84.

24) Schulze a. a. O. S. 141.

Willensact, wenn er bereits im Besitz des Gutes sich befindet, oder zufolge Vereinbarung mit dem dormaligen Stiftungsbewahrer, in beiden Fällen durch vor dem Kanzleigerichtshof abzugebende Erklärung, berechtigt das entail wieder zu einem fee simple zu machen. Durch diese Einrichtung, welche die Perpetuität der Vinkulirung ausschliesst, ist denn auch das ältere Verfahren, mittelst common recovery oder fine die Allodificirung des entail herbeizuführen, aufgehoben. Gewinnt somit das entail innerhalb bestimmter Zeitabschnitte seine Freiheit, so gebietet die Sitte dem Substituirt, in dessen Hand das entail frei wird, doch wieder die Erneuerung desselben. Bei dieser Gelegenheit wird dann gewöhnlich den veränderten wirthschaftlichen Conjunctionen durch Vergrösserung oder Verkleinerung des zu vinkulirenden Gegenstands, sowie dem Bedürfniss der Familie durch Auswerfung von Witthümern und Apanagen, gewöhnlich in der Form von Renten, Rechnung getragen. Verkleinert, sagt Bernhardi²⁵⁾, pflegt eine solche Besetzung nur ausnahmsweise zu werden; dass sie sich dagegen von Zeit zu Zeit durch neue Ankäufe vergrössert, liegt in der Natur der Sache. Die vorherrschende Uebung in den begreiflich immer die Regel bildenden Fällen, wo ein Besitzer directe Nachkommenschaft hat, ist nach dem Zeugniß Mac Cullochs und des Verfassers eines in der Quarterly Review (Bd. LXXXIII) enthaltenen Artikels folgende²⁶⁾.

»Ein Vater sei kraft der Stiftung seines Vorfahren im Besitz eines Erbguts, und sein Sohn sei der stiftungsmässige Erbe. Um die Zeit nun, wo dieser Sohn grossjährig geworden ist und sich häuslich niederlassen will, verständigt er sich mit demselben darüber, die Stiftung aufzuheben (to bar the entail vested in the son) und das Gut in ein freieigenes (fee simple) zu verwandeln. Diess geschieht aber nur, um mit Rücksicht auf die veränderten Verhältnisse der Familie eine neue Stiftung zu machen. Durch diese wird nun der Vater der neue Stifter und behält das gleiche Recht, was er bis dahin hatte, nämlich den Genuss des Guts auf Lebensdauer (tenancy for life), der Sohn verliert die Anwartschaft auf das unbeschränkte Eigenthum am Gut und bekommt statt dessen die Anwartschaft auf ein Nutzniessungsrecht, dessen noch ungeborener Sohn dagegen wird im Voraus als künftiger Eigenthümer (tenant in tail) bestimmt. Ist dann der Vater gestorben, der Sohn in den Genuss eingetreten, so wird die Operation wiederholt, und so erneuert sich die Stiftung von Generation zu Generation. Bei

25) Bernhardi a. a. O. S. 630.

26) Helferich a. a. O. S. 129.

jeder Erneuerung aber werden zu Gunsten der in die Familie eintretenden Frau des Sohnes ein Witthum und für die erwarteten jüngeren Kinder desselben Renten aus dem Gutsertrag festgesetzt, je nach dem Werth des Guts und dem Zubringen der Frau verschieden. So macht sich die Sache ganz von selbst innerhalb der Familie ohne weiteres Eingreifen der Behörde durch freien Vertrag zwischen Vater und Sohn. Die englischen Schriftsteller räumen ein, dass diese beiden, wenn sie über die neuen Bestimmungen der Stiftung verhandeln, manchmal hart an einander gerathen und einander schwere Lasten zuzuschieben suchen; in der Regel gehen es aber äusserst friedlich zu, und besonders werde mit ängstlicher Sorgfalt darauf gesehen, das Gut ja nicht zu stark zu belasten.«

Diese entails sind nun allgemein in Uebung, sowohl unter der nobility, als auch unter der gentry und ist demnach ein grosser Theil des Grund und Bodens von England vermöge nur für eine Zeit gültiger, aber gewöhnlich nach Ablauf derselben erneuerter Bestimmungen Fideicommiss²⁷⁾.

Fassen wir die aus der obigen Darstellung hervortretenden Unterscheidungsmerkmale der englischen entails von den deutschen Familienfideicommissen zusammen, so ergeben sich uns folgende Punkte²⁸⁾:

1. Zur Begründung eines entail bedarf es keiner andern Form, als der einfachen Erklärung vor dem Kanzleigerichtshof.
2. Das entail ist weder auf die Glieder eines Standes noch auf bestimmt qualificirte oder der Grösse nach normirte Vermögensobjecte beschränkt.
3. Auch widerspricht die mit demselben verbundene Individualsuccession nicht dem in Geltung befindlichen Intestaterbrecht, sondern bestätigt dasselbe vielmehr ausdrücklich durch letztwillige Verfügung. Die entails sind somit nur eine natürliche Consequenz des landrechtlichen Intestaterbrechts.
4. Die entails beanspruchen einem Dritten gegenüber keine Privilegien, indem sie Schulden halber ebenso verhaftet sind, wie das freie Allod.
5. Die Zeit der rechtlichen Gebundenheit des entail ist eine verhältnissmässig kurze, sie kann 70 bis 80, pflegt aber gewöhnlich nur 30 bis 40 Jahre zu betragen. Nach Ablauf dieser Zeit, aber häufig schon vor Ablauf derselben, pflegt die Stiftung, einer tiefeingewurzelten

Sitte gemäss, erneuert zu werden. Die grössere Beweglichkeit des englischen entail, im Vergleich mit dem deutschen Fideicommiss, hat demselben denn auch alle jene das Fideicommissprincip durchbrechenden Ausnahmebestimmungen der deutschen Gesetzgebung, denen es doch an der rechten Zweckmässigkeit fehlt, erspart²⁹⁾.

6. Durch dieses innerhalb kürzerer Zeiträume erfolgende Erlöschen und Wiederaufleben des entail ist Gelegenheit gegeben, die Grösse der Grundstücke und die Art ihrer Bewirthschaftung den allgemeinen Anforderungen der Volkswirtschaft, sowie den Fähigkeiten und Neigungen der Anwärter und endlich dem jeweiligen Vermögenstand der Familie entsprechend zu gestalten.

7. Ist durch das periodische Erlöschen des entail die rechtliche Zulässigkeit einer Kapitalaufnahme und Belastung des vinkulirten Vermögens zum Zweck der Gewährung von Witthümern, Apanagen, Aussteuern und Ausstattungen sowie der Vornahme etwa nothwendig werdender Veränderungen im landwirthschaftlichen Betriebe begründet, so wird die Kapitalbeschaffung auch faktisch dadurch ermöglicht, dass nach der neuesten Gesetzgebung das entail für solche Schulden ebenso haftet, wie jedes Freigut, demnach also auch im Fall der Execution sequestrirt und verkauft werden kann. Ausserdem wird die Kapitalbeschaffung auch noch durch folgende Umstände begünstigt:

a. Dem entail-Besitzer fällt es bei der durchschnittlichen Grösse seiner Besitzungen und des aus denselben bezogenen Einkommens leicht, sich durch Zahlung einer jährlichen, oft bedeutenden Versicherungsprämie in eine Lebensversicherungsgesellschaft einzukaufen, um sich durch Verpfändung der erst nach seinem Tode fälligen Summe bereits bei Lebzeiten Geld zur Meliorirung seines Guts, sowie zur Abfindung seiner Geschwister u. s. w. zu verschaffen: ein Verfahren, das denn auch ausserordentlich häufig vorzukommen pflegt.

b. Auch Seitens des Staats haben sich die entail-Besitzer zur Durchführung von grösseren Meliorationen nicht unbeträchtlicher Vorstösse zu erfreuen gehabt. So wurden im Jahr 1846 zu Drainirungszwecken an die grösseren Grundbesitzer, die entail-Besitzer nicht ausgenommen, Staatsdarlehen verabfolgt, welche sie durch eine Annuität von 6½% verzinste und damit zugleich in 22 Jahren tilgten.

27) Bernhardi a. a. O. S. 630. Schulze a. a. O. S. 141.

28) cf. auch Helferich a. a. O. S. 144 ff.

29) Wir meinen hier besonders die Abhängigmachung der Aufnahme von Schulden, der partitellen und totalen Veräusserung des Fideicommissobjects, sowie der Aufhebung des FC. von der Einwilligung der sämmtlichen Anwärter, sowie von der Genehmigung der Staatsorgane.

8. Endlich bedarf der entail-Besitzer zur Führung seiner Wirthschaft weniger Kapital, als der festländische Fideicommissbesitzer. Das Vorhandensein eines wohlhabenden und geachteten Pächterstandes, der nicht nur das sämmtliche Betriebskapital, sondern auch einen Theil des Anlagekapitals zu beschaffen gewohnt ist, so wie die, namentlich unter den grossen Grundeigenthümern herrschende Gewohnheit, ihre Güter nicht selbst zu bewirthschaften, sondern zu verpachten, ersparen dem entail-Besitzer das Beschaffen mancher Kapitalien³⁰⁾.

Sind nun all diese Unterscheidungsmerkmale der englischen entails von den deutschen Familienfideicommissen, ebenso viele unbestreitbare Vorzüge, so können wir uns das etwas emphatisch klingende Urtheil Helferichs³¹⁾ sehr wohl erklären: »Hier ist, sagt er in Hinblick auf die englischen entails, vollkommen das Interesse der Familie mit dem des einzelnen Gliedes derselben, das Interesse der Gesamtheit mit dem der einzelnen Familie, das der Freiheit und Beweglichkeit des Grundeigenthums mit dem der conservativen Ordnung und Stabilität gewahrt.«

Noch im Jahre 1854 berichtete Helferich³²⁾, dass die englischen Schriftsteller, auch die zur liberalen Partei gehörigen, trotz ihrer verschiedenen politischen Ansichten, mit Ausnahme nur der extremen Freihändler, im Lobe dieser »wahrhaft bewundernswerthen Institution«, wie er das englische entail nennt, unter einander übereinstimmen. Von conservativer Seite verstehe sich das von selbst; aber auch liberale Schriftsteller sprächen sich für die Erhaltung dieses Instituts aus. Ihre Wünsche zur Abänderung und Verbesserung desselben beträfen nur untergeordnete Punkte und zielten nicht darauf ab die bestehende Ordnung abzuschwächen, sondern sie vielmehr zu befestigen. Geklagt wird namentlich über das Fehlen einer Bestimmung, welche die Oeffentlichkeit für die Begründung der entail-Eigenschaft eines Guts, sowie für die Verschuldung desselben vorschreibt, wie sie in Deutschland und auch in Schottland existirt. Dieses Urtheil Helferichs trifft nun heutigen Tags keineswegs zu. Immer tiefer und breiter ist in den letzten 30 Jahren in England sowohl wie auf dem Kontinent die Bewegung geworden, welche eine gerechtere und gleichmässiger Vertheilung des Nationaleinkommens unter die einzelnen Glieder der Volkswirtschaft anstrebt. Diese Bewegung musste sich consequenter Weise auch gegen ein Institut richten, dem die Tendenz innewohnt

30) Sugenheim l. c. S. 304 ff.

31) Helferich a. a. O. S. 133.

32) Helferich a. a. O. S. 133.

den englischen Grund und Boden, also eine wichtige Einkommensquelle, in einigen wenigen Händen zu monopolisiren³³⁾. Einige bedeutsame Anzeichen für diese Strömung, deren Ausgang wohl kaum zweifelhaft sein kann, mögen in Nachfolgendem Erwähnung finden.

Bereits in den vierziger Jahren hatten W. Cooke Taylor (the factory system, 1844) und Thornton (Overpopulation, 1846), namentlich aber J. St. Mill (Principles of political economy)³⁴⁾, eine andere Vertheilung des englischen Grund und Bodens auf das Lebhafteste befürwortet. Uebrigens können wir auch nicht zugeben, dass die von Helferich ausgesprochene Ansicht, als ob bis zu jener Zeit die englischen Schriftsteller trotz ihrer verschiedenen politischen Ansichten, mit Ausnahme nur der extremen Freihändler, sammt und sonders Lobredner des englischen Erbrechts und der entails gewesen seien, richtig ist. Vielmehr treffen wir unter den Gegnern derselben aus früherer Zeit Männer, wie Child, Berkeley, James Steuart, Adam Smith, Bentham, Blackstone, und Lord Kames. Nur standen sie im Unterschied zu den Schriftstellern der Gegenwart, sowie der jüngsten Vergangenheit dem allgemeinen, durch die besitzenden Klassen gebildeten Urtheil noch vereinzelt gegenüber. Anders dagegen die in den letzten 30 Jahren aufgetretenen Schriftsteller, deren Saat, weil ihr Wind und Wetter günstig waren, üppig in die Halme geschossen ist.

Ein ferneres Anzeichen für die selbst in den höheren Bevölkerungsschichten³⁵⁾ Englands vertretene Unzufriedenheit mit der, durch das geltende Intestaterbrecht und die entails mitbedingten Vertheilung des englischen Bodens ist die Bildung zweier öffentlicher Vereine, welche den Zweck verfolgen, das ausschliessliche — soll wohl heissen unbeschränkte — Verfügungsrecht der Grundeigenthümer zu beschränken. Dem ersten der beiden Vereine haben sich Männer von grösstem Ruf angeschlossen und zählte derselbe auch den jüngst verstorbenen J. St.

33) Bernhardt a. a. O. S. 284 ff. bemerkt, dass es in England trotz der ungeheuren Fortschritte, der vervielfachten Bevölkerung, des Anbaues weiter, ehemals öder Gemeindetriften und Hutungen, in diesem Augenblick (1849) schwerlich mehr Landeigenthümer und Landwirthschaften giebt, als zur Zeit Heinrich VIII.; ganz gewiss aber hat sich ihre Zahl im Verhältniss zu dem angebauten Boden sehr vermindert. Nach Bright besitzen 150 Landlords die Hälfte des englischen, 12 die Hälfte des schottischen Bodens. cf. C. Walcker, die sociale Frage. Berlin 1873. S. 49. Note 4.

34) Die erste Ausgabe erschien 1847.

35) Für die Stimmung in den Kreisen der ländlichen Arbeiter sprechen die Strikes und Massenauswanderungen des vorigen Jahres deutlich genug.

Mill zu seinen Mitgliedern³⁶⁾. Neben andern weitergehenden Forderungen, wie z. B. der entschädigungslosen Expropriation des durch den allgemeinen volkswirtschaftlichen Fortschritt bewirkten Zuwachses an Grundrente, sowie des Ankaufs von Privatgrundstücken durch den Staat zum Zweck ihrer Zerstückelung und Weiterverpachtung an Ackerbaugenossenschaften oder kleine Pächter, befürwortet dieser Verein auch die schleunige Hinwegräumung aller, der Bewegung des Grundeigenthums im Wege stehenden Hindernisse, die Beschränkung der Macht Land juristisch zu binden, sowie die Gleichstellung des Intestaterbrechts über real property mit dem über personal property. Noch weiter geht der zweite Verein, indem er die Expropriation des ganzen Privatgrundeigenthums durch den Staat, bei gleichzeitiger Entschädigung der einzelnen Eigentümer, und die Verpachtung des zum Staatseigenthum erhobenen Grund und Bodens verlangt. Während Newmarch, der Verfasser der Arbeiten über die Pitt-Anleihen sowie der gemeinschaftlich mit Tooke geführten Untersuchungen über die Geschichte der Preise, über den der Uebersetzer seines Vortrags das Urtheil fällt, dass es schwerlich Jemand giebt, der fähiger wäre die allgemeinen in England herrschenden Ansichten zu vertreten als er, die von den beiden Vereinen befürworteten socialistischen Experimente einer Expropriation der neu anwachsenden Grundrente oder gar des gesammten Grundeigenthums unbedingt verwirft, erklärt doch auch er sich mit der Aufhebung aller die freie Veräusserung und Theilung des Grund und Bodens hemmenden Institutionen durchaus einverstanden. Und endlich möge als schlagender Beweis dafür, dass die obigen Anzeichen einer, dem gegenwärtig in England bestehenden Grunderbrecht feindlichen Strömung nicht nur Ausgeburten einzelner, dem einflussreichen Theil des englischen Volks entfremdeter Theoretiker sind, die Thatsache angeführt werden, dass die liberale Parlamentspartei³⁷⁾ am Schluss des vorigen Jahres an die Spitze ihres Programms den folgenden Satz gestellt hat: die grundbesitzlichen Verhältnisse Englands und Schottlands sind einer Reform dringend bedürftig und müssen durch einzelne Bills mehr in Einklang mit dem antifeudalen Geiste der Zeit und den in-

36) cf. das Nähere hierüber in dem „Volkswirtschaftliche Perspektiven“ betitelten, vom Präsidenten W. Newmarch in Leeds vor der social science association im October 1871 gehaltenen und von John Fretwell jun. ins Deutsche übersetzten Vortrag. Berlin, Lüdertitz 1872. S. 24 ff.

37) Mit Einführung eines freieren Wahlsystems — 1832 und 1867 — ist ein von dem Einfluss der herrschenden gentry und nobility unabhängiger Stand in das Parlament gerückt, der sich auch äusserlich nicht mehr dem alten Parteidualismus

dustriellen Interessen gebracht werden. Die Regierung selbst hat dann die Durchführung dieser Postulate als ihre nächste Aufgabe anerkannt. Auch soll der Attorney General vorbereitet sein Bills zu vertreten, durch welche die bisherigen Beschränkungen der Landverkaufs, entail und primogenitur aufgehoben werden³⁸⁾.

B. In Schottland³⁹⁾ erbt der älteste Sohn allein das Immobilienvermögen, hat jedoch die darauf ruhenden Schulden ebenfalls mit zu übernehmen und erhält keinen Antheil an dem beweglichen Vermögen seines Erblassers, das vielmehr zu gleichen Theilen unter die übrigen Erben vertheilt wird. Durch Verzicht auf sein Vorrecht und durch Einwerfung des Immobilienvermögens in die Erbschaftsmasse kann er ein Anrecht auf ein Kindestheil am Gesamtnachlass erwerben. Das Betriebsinventar eines Pächters gilt als real property und unterliegt dem für dieses bestehenden Intestaterbrecht. Auch in Schottland herrscht Testirfreiheit und wird das erste entails 1648 errichtet. Die Furcht vor der Tyrannei Jacobs II. führte im Jahr 1685 zu einem das entail sichernden Gesetz. Fortan muss jedes entail with all its provisions and clauses intabulirt werden, um giltig zu sein. Bis 1848 konnten die schottischen entails ewige sein. Durch 10 Georg III. (1760—1820) c. 51 sind die entail-Besitzer ermächtigt Verpachtungen mit rechtsverbindlicher Kraft für ihre Nachfolger auf ein vorhandenes Leben und vierzehn Jahre, unter Umständen auch auf 31 Jahre vorzunehmen, ebenso zu Bauzwecken Grundstücke von höchstens 5 acres, für die Person, auf 99 Jahre zu verpachten. Auch sind mancherlei Anleihen zu Meliorationszwecken gestattet; durch 3 und 4 Victoria c. 54. besonders zu Drainirungszwecken, wo hernach die Tilgung mittelst einer 18jährigen Annuität geschieht.

C. In Irland⁴⁰⁾ bestand von Alters her gleiche Erbtheilung und besteht sie unter den eingeborenen Irländern auch jetzt noch. Die eingewanderten Engländer brachten dann das englische Intestaterbrecht und die unbedingte Testirfreiheit mit. Ein eigenthümliches Erbrecht bestand in der Grafschaft Waterford: der Vater theilte hier sein Ver-

der Whigs und Tories eingliedert, sondern seinen Ausdruck in rasch wechselnden Fractionen und einer wachsenden Schaar von Wilden findet. Treitschke, Parteien und Fractionen I. Preuss. Jahrbücher Bd. 27. S. 205.

38) Londoner Correspondenz vom 26. Nov. in der Augsburger Allgemeinen Zeitung vom 30. Nov. 1872 Nr. 335.

39) Helferich a. a. O. S. 144 ff. Roscher, a. a. O. § 91 Anmerk. 7, 9. 11.

40) Helferich a. a. O. S. 145 ff.

mögen mit der zuerst heirathenden Tochter, den Rest mit der zweiten u. s. f., die Söhne erhielten gewöhnlich nichts.

Mit den sonstigen Einrichtungen, Rechtsgebräuchen und Sitten folgte auch das englische Erbrecht (Primogenitur, Testirfreiheit) den Auswanderern in die später als Vereinigte Staaten Nordamerikas⁴¹⁾ constituirten englischen Colonien. Doch wurde die Primogeniturerbfolge in den Grundbesitz aufgehoben und statt dessen die gleiche Theilung desselben unter sämtliche Erben in den meisten Staaten mit oder doch bald nach der Revolution eingeführt. Während bei der Theilung des Immobiliarnachlasses zwischen Söhnen und Töchtern in den meisten Staaten kein Unterschied gemacht wird, hat ausnahmsweise in Tennessee das männliche Geschlecht einen Vorzug vor dem weiblichen.

Bis zur Revolution waren auch entails in den englischen Colonien üblich, nur in Süd-Carolina und dem ehemals französischen Louisiana sind sie immer unbekannt geblieben. Nach englischem Muster fand auch bei ihnen common recovery und fine statt. 1776 werden jedoch die entails mittelst Gesetzes aufgehoben in Virginien, dann auch in New-York, Nord-Carolina, Tennessee, Kentucky, Georgia und New Jersey. In mehreren anderen Staaten bestehen sie jedoch noch fort, wenn auch in etwas veränderter Form. Massachusetts hat im Jahr 1835 und New-Hampshire im Jahr 1837 das englische Gesetz von 1833 seinem wesentlichen Inhalt nach angenommen und eingeführt.

3. Frankreich¹⁾.

Frankreich zerfiel im Mittelalter dem Recht nach in das pays du droit écrit, die südlichen Lande, und das pays du droit coutumier, die nördlichen Theile. Im Süden waren das römische und canonische Recht durchgedrungen, im Norden dagegen die alten Gewohnheitsrechte aus der Zeit der Franken herrschend geblieben. Einige von diesen gestatteten Schenkungen von Erbgütern entweder gar nicht, oder nur zu einem bestimmten Theile; Testirbefugniss wird dem Erblasser nur über eine Quote seiner Erbgüter, gewöhnlich ein Fünftel, gegeben. Onerose Veräußerun-

gen sind an die Erblosigkeit (droit lignager) gebunden. Diese selbst ist aus dem alten Einspruchsrecht der Erben hervorgegangen, das sich zuerst auf jede Veräußerung von Grundeigenthum erstreckte, dann auf Erbgut beschränkt wurde und endlich aus dem Vorkaufsrecht der nächsten Erben im Fall der echten Noth zum Retract wurde. Ueber die Substitutionen schweigen die alten französischen Rechtsquellen, sowie die coutumes noch gänzlich. Sie erscheinen demnach wie in Deutschland, Spanien²⁾ und Italien³⁾ als ein aus missdeuteten Grundsätzen des römischen Rechts von der Theorie ausgebildetes Institut, das für das Bestreben des Adels, sich seine Güter zu erhalten, die Form hergab. Einer umfangreichen Literatur wollte es nicht gelingen, den schwankenden Rechtszustand zu befestigen. Es suchten daher die Ordonnanzen von Orléans und Moulins dem Unwesen zahlloser Processe zu steuern; doch schnitt erst das von Ludwig XV. im Jahre 1747 erlassene Gesetz alle bedeutenderen Controversen ab. Den testamentarischen Fideicommissen wurden auch in Frankreich vertragsmässige an die Seite gestellt; die ersten waren widerruflich, die letzten nicht. Subjectiv scheinen keine Beschränkungen der Substitutionen auf bestimmte Stände üblich gewesen zu sein. Gegenstand derselben konnte entweder eine einzelne Sache oder ein ganzes Vermögen sein. Bei der Errichtung wurden, je nachdem die Substitutionen testamentarische oder vertragsmässige waren, die Grundsätze über Schenkungen oder letztwillige Dispositionen angewendet. Damit das Veräußerungsverbot auch nach Aussen Wirksamkeit erlange, musste dasselbe insinuirt und publicirt d. h. in die öffentlichen Bücher eingetragen und öffentlich vorgelesen werden. Bis zum Eintritt des Restitutionsfalles ist der Onerirte alleiniger Eigenthümer der Fideicommissgüter; alle von ihm vorgenommenen Veräußerungen und dinglichen Belastungen werden im Augenblick der Restitution infirmirt.

2) In Arragonien war dem Adel bereits seit 1307, dem Bürgerstande seit 1311 gestattet das ganze Vermögen mit Ausschluss aller übrigen Kinder nur einem Kinde letztwillig zuzuwenden. In Castilien wird die Nation, seitdem dem Adel im Jahre 1505 das Recht Majorate zu gründen gewährt worden, im XVI. Jahrhundert von einem wahren Fideicommissfieber ergriffen. Selbst mässige Vermögen werden ohne Zuziehung der Obrigkeit zu Fideicommissen erhoben. Roscher, Nat. Oec. d. Ackerb. § 91. Anm. 7. Sugenheim l. c. S. 41.

3) Dem Beispiel Spaniens in der Einführung von Fideicommissen folgte Italien in der zweiten Hälfte des XVI. Jahrhunderts, also zu einer Zeit als sich überhaupt in diesem Lande eine Reaktion gegen republikanisches Wesen geltend machte. Roscher, Nat. Oec. d. Ackerb. § 91. Anmerkung 7. Sugenheim l. c. S. 206, 207.

41) Helferich a. a. O. S. 127 ff., 145 ff.

1) Stein und Warnkönig, Französ. Rechtsgeschichte Bd. II. Buch 4. Kap. 3. § 8. C. S. Zachariae, Handb. des französ. Civilrechts. Heidelberg 1811.

Erst von diesem Augenblick an werden des Substituirtens Befugnisse wirksam; vorher kann er höchstens die zur Sicherung seines Rechts nöthigen Vorsichtsmaassregeln treffen. Er succedirt ex pacto et providentia majorum und hat für die Handlungen seines Vorgängers nicht einzustehen. Besondere Verpflichtungen bei der Antretung des Fideicommisses sind die Errichtung eines Inventars unter Zuziehung eines Substituten oder seines Repräsentanten, die Insinuation und Publication der Substitution. Diese succesiven Vermächtnisse waren anfangs der Zeit nach unbegrenzt; erst die Ordonnance von Orléans act. 59 enthielt das Verbot, dass in Zukunft kein Fideicommiss über 2 Grade hinaus, den Onerirten nicht mit eingerechnet, angeordnet werden dürfe und die Ordonnance von Moulins act. 57 hat diejenigen, welche vor der Ordonnance von Orléans unbegrenzt waren, auf 4 Grad reducirt. Beides hat die neue Ordonnance von 1747 bestätigt. Durch die Edicte von 1771 sind aber die sog. Duchés Pairies ausgenommen worden. Dieser Zustand galt bis zur Revolution in dem grössten Theil Frankreichs; nur im Bezirke von 10 Coutumes, etwa einem Fünftel des Staats entsprechend, waren Fideicommisses (substitutions) völlig untersagt. Durch Gesetze vom 25. October und 24. November 1792 werden Fideicommisses in ganz Frankreich als unvereinbar mit dem Princip der Freiheit und Gleichheit, sowie wegen der nachtheiligen Folgen für die Cultur des Bodens und für das Interesse der Gläubiger aufgehoben, nachdem bereits vorher am 28. März 1790 alle Rechtsungleichheiten der Grundstücke, sowie alle Unterschiede des Alters und Geschlechts bei Erbtheilungen aboliert worden waren. Am 7. März 1793 wurde auch die Errichtung von Testamenten untersagt. Der Code civil, promulgirt am 15. März 1803, sanctionirt dann diesen durch die Gesetzgebung der Revolutionszeit geschaffenen Zustand. Das Eigenthum hat jetzt keine anderen Schranken mehr, als die ihm durch das Gesetz oder die Verordnung gezogenen (C. c. Art. 544). Diese vom Staat gezogenen Schranken sind übrigens wie ein Blick in die Jagd-, Forst-, Weinbergspolizei- und Servitutengesetzgebung nachweist, tief einschneidende⁴⁾. Descendenten beerben ihre Ascendenten ohne Unterschied des Geschlechts und der Erstgeburt zu gleichen Theilen (C. c. Art. 745). Auch haben weder Ursprung noch Natur der Güter einen Einfluss auf ihre Vererbung (C. c. Art. 732). Ferner ist Niemand gezwungen seine Erbschaft auch mit anderen ungetheilt zu behalten; entgegenstehende Verabredungen sind nur für 5 Jahre gültig, können jedoch wieder erneuert werden. (C. c. Art.

4) Bernhardi a. a. O. S. 505.

815). Die Befugnis zu testiren ist beim Vorhandensein von einem Kinde auf $\frac{1}{2}$, beim Vorhandensein von 2 Kindern auf $\frac{1}{3}$, bei 3 und mehr Kindern auf $\frac{1}{4}$ des ganzen Vermögens beschränkt (C. c. Art. 913). Endlich sind Substitutionen im Allgemeinen verboten (C. c. Art. 896). Eine Ausnahme besteht zu Gunsten von Enkeln und Geschwisterkindern (C. c. Art. 897, 1048, 1049). Doch muss die Substitution zu Gunsten aller bereits geborenen und noch zu erwartenden Kinder des Beschwerten ohne Unterschied des Alters und Geschlechts geschehen. (C. c. Art. 1050). Eine zweite Ausnahme wurde unter Napoleon I bezüglich derjenigen Güter, welche der Kaiser behufs Dotirung eines erblichen Titels zu Majoraten erhob, begründet. Diese Majorate beruhen auf folgenden Gesetzgebungsacten: dem Decret vom 30. März 1806, dem Senats-Consult vom 14. Aug. 1806, zwei kaiserlichen Statuten vom 1. März 1808, den Decreten vom 24. Juni, 28. Oct. und 21. Decbr. 1808, vom 2. Febr., 17. Mai und 4. Juni 1809, und vom 3. März 1810. Danach sind die adligen Titel erblich nur so weit sie mit einem Majorat verbunden sind. Die Majorate werden nach dem Recht der Erstgeburt vererbt und stehen unter eigenem, von dem allgemeinen Civilrecht wesentlich verschiedenen Recht, das theils auf die betreffenden kaiserlichen Lehnbriefe, theils auf kaiserliche Statuten als auf seine Quellen zurückzuführen ist⁵⁾. Unter der Restauration wurde das Recht, fideicommissarische Substitutionen zu errichten, erweitert durch Gesetze vom 5. März 1819, 6. Februar 1824 und 17. Mai 1826. Am 2. Februar 1826 brachte das Ministerium Villèle einen Gesetzesvorschlag in die erste Kammer, durch welchen ein schüchterner Versuch zur Einführung des Erstgeburtsrechts gemacht wurde. Als Einleitung zu diesem Gesetzentwurf hatte die officiöse Presse in den vorhergehenden Jahren 1824 und 1825 mit besonderem Nachdruck auf die Nachtheile der Bodenzersplitterung hingewiesen⁶⁾. Der Gesetzesvorschlag bestand in Folgendem: den Theil des Vermögens, über welchen der Code Civil (Art. 913) dem Testator freies Verfügungsrecht gewährt — die sogenannte *quotité disponible*, — sollte beim Vorhandensein directer Descendenten der Erstgeborene vor den Anderen als Voraus erhalten, wenn der Erblasser ein Grundstück, das wenigstens 300 Fr. Grundsteuer zahlt, also durchschnittlich nicht unter 120 Hectaren gross ist, hinterlässt, ohne ein Testament errichtet zu haben. Zur näheren Erklärung dieses Vorschlags

5) Bemerkenswerth ist die in einem Brief Napoléons an seinen Bruder Joseph vom 3. Juni 1806 enthaltene Stelle: „durch den Code civil werden alle Reichthümer bald zerstreut; nur diejenigen Familien bleiben reich im Lande, die Du durch Fideicommisses erhalten willst“.

6) Bernhardi a. a. O. S. 565.

muss noch hinzugefügt werden, dass nach dem damals geltenden Wahlsystem die Entrichtung einer Steuer von 300 Fr. das active Wahlrecht gab. Die Commission der Pairskammer sprach sich dahin aus, dass sie in die 300 Fr. Steuern auch die Centimes additionels mit hineingerechnet wissen wollte. Die Pairskammer selbst verwarf aber den Entwurf mit 120 gegen 94 Stimmen. Der Eifer für die in Frankreich tief eingewurzelte Idee der Gleichheit, welche weder einen Vorzug der Erstgeborenen vor den jüngeren Geschwistern, noch der grösseren Grundbesitzer vor den kleinen gestattet, siegte auch hier über die von dem Ministerium angeführten Gründe, welche in dem Satz gipfelten: das Intestaterbrecht müsse das zur Geltung bringen, was das öffentliche Wohl erfordere, nicht aber das bestätigen, was die Sitte und das gewöhnliche Gefühl gebiete⁷⁾. Mit dem Julikönigthum trat dann vollends eine rückläufige Bewegung ein. Das Gesetz vom 12. Mai 1835 verbot definitiv die Errichtung neuer Fideicommisses; das Gesetz vom 7. Mai 1849 hob die ganze napoleonische Majoratsgesetzgebung auf, so dass jetzt wieder die ursprünglichen Bestimmungen des Code Civil in Geltung sind⁸⁾.

II.

Nachdem im vorhergehenden Kapitel der Entwicklungsgang und der gegenwärtige Rechtszustand der Fideicommisses in Deutschland, der entails in England und der substitutions in Frankreich dargestellt worden, ist nunmehr von dem Verhalten der politischen und national-ökonomischen Theorie zu diesen Instituten Act zu nehmen.

Indem wir in Nachfolgendem diejenigen Schriftsteller aufzählen, deren Ansichten ein Gesamtbild von der Stellung der Doctrin zu dem Familienfideicommiss geben, beginnen wir mit den Vertheidigern des Fideicommisses und gehen dann im weiteren Verlauf zu den Gegnern dieses Instituts über, ohne uns in der Reihenfolge der Aufzählung an die chronologische Ordnung des Auftretens der einzelnen Schriftsteller oder an die nationale Zusammengehörigkeit derselben zu halten. Hierbei wird sich herausstellen, dass die Vertheidiger des Fideicommisses meist von der politischen Bedeutung des Instituts ausgehen, die wirthschaftlichen Folgen desselben dagegen entweder vollständig übersehen oder doch nur flüchtig berühren, die Gegner dagegen das Hauptge-

7) Helferich a. a. O. S. 153 ff.

8) L. v. Stein, Handbuch des Verwaltungsrechts. Stuttgart 1870. S. 410.

wicht auf die wirthschaftliche Seite legen und die politische nur nebenbei behandeln oder auch vollständig ignoriren¹⁾.

Der von den Juristen geltend gemachten Auffassung, dass die Idee des Familienfideicommisses in der Erhaltung des Namens und Glanzes der Familie zu suchen sei, tritt Gerber²⁾ entgegen. Er bestreitet, dass das Familienfideicommiss dem äusserlichen politischen Zweck der Erhaltung einer lebenskräftigen Aristokratie zu dienen die alleinige Aufgabe hat, wenngleich dieser Grund seiner Anwendung auch weitaus der häufigste sein mag. Wie die Sehnsucht, inmitten des ewigen Wechsels der menschlichen Dinge die Wirkungen des Einzeldaseins durch einen Act der Liebe auch für kommende Geschlechter bedeutungsvoll zu erhalten, für Menschen von reicher Willensanlage ein inneres Bedürfniss ist, so liegt auch objectiv dem Fideicommiss der tiefe Gedanke einer Schöpfung zu Grunde, die in den wechselnden Generationen einer Familie das Bewusstsein ihres Zusammenhangs im Denken und Handeln hervorzurufen bestimmt ist. Es stellt sich das Familienfideicommiss dar als Ausdruck des sittlichen Denkens der neueren germanischen Welt. Dem Vaterland vergleichbar, das gewissermaassen von selbst ein grosses Fideicommiss ist, gestiftet und zusammengesetzt für die Gesamtheit des Volks, soll das Familienfideicommiss den Boden einer Familiengeschichte abgeben und den Zusammenhang vergangener und künftiger Geschlechter in der sichtbarsten Weise vermitteln. Das Familiengut ist demnach keine todte Masse, die einmal geschaffen immer dieselbe bleibt, sondern ein lebendiger Baum, der unter der sorgfältigen Pflege der Nachfolger fort und fort mit der Familie wächst und gedeiht.

1) Im Allgemeinen mag hier Erwähnung finden, dass zu den Gegnern des Instituts in England Child, Berkeley, Bentham, Steuart, Adam Smith, Lord Kames, Miss H. Martinau, J. St. Mill, Fawcett, A. Walcker, in Amerika Carey, in Frankreich Mirabeau der Aeltere, Houdart, Mirabeau der Jüngere, Simonde de Sismondi, in Italien Genovesi, Filangieri, Beccaria, in Deutschland Thaer, Rau, Bülow, Reichenperger, Lette, Gneist, L. v. Stein, R. v. Mohl; zu den Vertheidigern desselben in England Harrington, Hale, Temple, Dalrymple, Malthus, Chalmers, Mac Culloch, unter den Italienern Vasco und Ortes, unter den Deutschen Thomasius, Adam Müller, Freiherr v. Stein, F. B. v. Hermann, Dahlmann, Stahl, Gerber, Stüve, Wilhelm v. Humboldt und Roscher zu zählen sind; eine Mittelstellung nehmen ein Schäffle, Beseler, Helferich, Geffken u. Jolly, welche das Fideicommiss in seiner deutschrechtlichen, nicht aber auch in seiner englischen Gestalt verwerfen. Erwähnung haben hier natürlich alle diejenigen Schriftsteller nicht gefunden, welche das Eigenthum schlechthin verwerfen, da sie selbstverständlich auch gegen das Fideicommiss sind.

2) Gerber, Beiträge zur Lehre vom deutschen Familienfideicommiss in seinen gesam. jurist. Abhandlungen. S. 100 ff.

Anders Montesquieu³⁾, der das Fideicommiss im Allgemeinen, weil es die Verkehrsfreiheit beeinträchtigt, verwirft, ausnahmsweise dagegen, in Monarchien, als einen Stützpunkt des Adels, billigt. Nach Montesquieu ist bekanntlich das Princip der Monarchie die Ehre. Wie dieses Princip naturgemäss Vorzüge und Auszeichnungen, also überhaupt Ungleichheiten erzeugt, so sind der Monarchie Rangordnungen aller Art und bevorrechtete Stände, zu denen auch der Geburtsadel gehört, eigen. Eine nothwendige Stütze dieses letztern sind Erstgeburtsrechte, Substitutionen und Retractrechte. Sie müssen daher für den Adel zugelassen werden, nicht aber auch für das übrige Volk, dessen Verkehrsfreiheit vielmehr möglichst zu begünstigen ist, damit es auf die leichteste Weise in den Stand gesetzt werde, die Mittel zur Befriedigung der Bedürfnisse des Fürsten und des Hofes herbeizuschaffen.

Eine in ihrem Resultat mit Montesquieu übereinstimmende, wenn auch anders argumentirende Ansicht geht dahin, dass das Fideicommiss, wie alle anderen, den Fortbestand des historischen Adels sichernden Rechtsinstitutionen, im Interesse des Fortbestands der Monarchie selbst, möglichst erhalten werden müssen. Die Stellung des Monarchen und die des Adels ist eine auf gemeinsamer Rechtsgrundlage ruhende; namentlich die Thronfolgeordnung und das Vermögensrecht des regierenden Hauses entsprechen den Fideicommissen des Adels mit ihrer Singularsuccession. Rüttelt man daher an diesen, so untergräbt man mit der bestehenden Rechtsordnung zugleich das Fundament der Monarchie.

Auch Stahl⁴⁾ erblickt in dem Fideicommiss ein Mittel zur Erhaltung des Adels. Ein aristokratisches Element ist ihm zu allen Zeiten, wenn auch nicht schlechterdings Bedürfniss, so doch ein Vorzug des socialen Zustands. Das aristokratische Element wünscht er vertreten zu sehen durch eine Klasse grosser hervorragender Grundbesitzer, deren Kern von dem historischen, oder wie er ihn nennt, dem romantischen Adel, gebildet wird. Diese Klasse soll eine bestimmte rechtliche Stellung haben, damit sie einen Sammelpunkt der Volkskräfte gegenüber der Unterdrückung durch die Staatsgewalt und zugleich einen Schutz für diese gegen Vergewaltigung durch die Volksmasse abgeben könne. Durch die Identität ihres eigenen Interesses mit der Erhaltung der bestehenden Ordnung und mit der Ehre der Nation wird die Aristokratie diese in einer eminenten Weise vertreten. Der Aristokratie

3) *Esprit des lois* Paris 1844. lib. V. chap. VIII, IX. *Lettres persannes* Nr. 119.

4) *Philosophie des Rechts*. 3. Aufl. Heidelberg 1856. Bd. II. Abth. 2. § 28.

weist er ferner eine hervorragende Stellung in der Landesvertretung und die sogenannte »intermediäre Gewalt« zu (Selbstverwaltungsfunktionen). Weil die gesetzliche Unveräusserlichkeit und Untheilbarkeit des Grundeigenthums, Majorate, Stammgüter und Substitutionen wirksame Mittel zur Erhaltung des Adels sind, so billigt er dieselben. Doch erscheint ihm das Familienfideikommiss keineswegs als das vorzüglichste unter diesen Instituten. Es ist vielmehr nur ein unvollkommenes Surrogat für die viel erspriesslicheren Successionsordnungen des deutschen Rechts. Die Rechtfertigung der Ausschliessung der jüngeren Kinder von der Succession in die Fideicommissgüter findet er in dem öffentlichen Beruf der Familie und in der Bedeutung des Grundeigenthums als eines Trägers der politischen Macht und Gesinnung.

Stüve⁵⁾ findet in dem Fideicommiss wie überhaupt in dem gebundenen Besitz die Grundlage eines geeigneten Personals für ländliche Selbstverwaltung. Fideicommissbeugen den sonst drohenden Dismembrationen des Grund und Bodens vor, durch welche das platte Land immer mehr und mehr der selbständigen Elemente beraubt wird und fast mit unumgänglicher Nothwendigkeit der Beamtenherrschaft verfällt.

Dahlmann⁶⁾ hält die Majoratsbesitzer für einen sich für eine erste Kammer eignenden Bestandtheil und wünscht daher die bestehenden Majorate zu erhalten und erforderlichen Falls neue zu bilden.

Nach W. v. Humboldt⁷⁾ hängen Fideicommissbeugen und Landstandschaft so genau zusammen, dass man sie nicht trennen kann. Uebrigens verkennt er die Nachteile der Fideicommissbeugen keineswegs. Zu grosse Häufigkeit der Familienfideicommissbeugen, sagt er, macht unleugbar eine grosse Masse von Gütern eiserne d. h. dem Einfluss der Industrie zu wenig zugänglich, was gewiss auch nicht ohne moralisch nachtheilige Folgen ist.

Auf einem ähnlichen Standpunkt wie Stahl, Stüve, Dahlmann und W. von Humboldt steht Roscher⁸⁾. Er geht von der geschichtlichen Betrachtung des Familienfideicommisses aus, dessen Blüthe im Mittel-

5) *Wesen und Verfassung der Landgemeinden und des ländlichen Grundbesitzes in Niedersachsen und Westphalen*. Jena 1851. S. 225.

6) *Die Politik auf den Grund und das Maass der gegebenen Zustände zurückgeführt*. Leipzig 1847.

7) In einem Briefe an den Freiherrn v. Stein, vom 14. Mai 1815. cf. Pertz, *des Ministers Freiherrn v. Stein Leben*. Bd. 5. Berlin 1854. S. 375.

8) *Grundlagen der Nat. Oec.* 9. Aufl. 1871. §§ 159, 205 und *Nat. Oec. des Ackerbaues*. 7. Aufl. 1837 §§ 91, 94, 95, 100, 182, 189.

alter er durch die, diesem Zeitalter eigenthümlichen wirthschaftlichen und politischen Faktoren zu erklären sucht. Obgleich dasselbe unter den veränderten Bedingungen der neueren Zeit zum Theil seine früheren Vorzüge eingebüsst hat, so brauchen doch auch auf höherer Wirthschaftsstufe juristisch wohl eingerichtete Fideicommissse von mässiger Zahl, die im Lande gut vertheilt sind und Besitzern von grösserem Reichthum gehören, nicht unwirtschaftlich zu wirken⁹⁾. Ihre Bedeutung besteht nach Roscher auch heute noch in der Sicherung einer continuirlichen und unabhängigen Aristokratie, deren Aufgabe er in der Bekleidung unbesoldeter, mit Aufwand verbundener Aemter, in der Führung der wichtigsten Staatsgeschäfte, wie sie namentlich im auswärtigen Staatsleben vorkommen und in der Bildung einer wahrhaft unabhängigen, zwischen Krone und Volk vermittelnden Kammer erblickt.

Mit Roscher stimmt fast völlig überein Schöffle¹⁰⁾; jedoch betont er, gegenüber dem deutschrechtlichen Fideicommiss, die Vorzüge der englischen entails, deren Nachbildung auf dem Continent er empfehlen zu können glaubt. Aehnliche Ansichten vertreten Beseler¹¹⁾, Helferich¹²⁾ und Jolly¹³⁾, welcher letztere der auf eine Generation beschränkten Fideicommissstiftung den entschiedenen Vorzug vor den immerwährenden Familienfideicommissen giebt.

Geffken¹⁴⁾ der aus politischen Gründen einen mit umfangreichem Grundbesitz ausgestatteten blühenden Adel erhalten zu sehen wünscht, weil er in ihm, ähnlich wie W. v. Humboldt, Stahl und Roscher, ein nothwendiges Element zur Bildung einer ersten Kammer erblickt, meint doch im Unterschiede zu den letztgenannten Schriftstellern, dass es zur Erhaltung eines solchen Adels genügen würde, wenn man den Grund-

9) Roscher ist der einzige von den hier aufgeführten Schriftstellern, welcher den Familienfideicommissen als solchen auch in der Gegenwart sogar bestimmte für die Volkswirtschaft günstige Seiten abgewinnt: in § 182 und 189 der Nat. Oec. des Ackerbaues mit Rücksicht auf die Förderung der Vieh- und namentlich der Pferdezucht, sowie auf die Erhaltung der Waldungen.

10) Das gesellschaftliche System der menschlichen Wirthschaft. 3. Aufl. 1873. Bd. II. S. 247.

11) System des gemeinen deutschen Privatrechts. Bd. 3. § 176.

12) Studien u. s. w. in der Tübinger Zeitschrift für gesammte Staatsw. 1854. S. 123 ff.

13) In einer in der Münchener kritischen Ueberschau der deutschen Gesetzgebung und Rechtswissenschaft. Bd. 6. Heft 3. S. 330—384 enthaltenen ausführlichen Besprechung des von Gerber herausgegebenen Hausgesetzes der Grafen von Giech.

14) Die Reform der preussischen Verfassung. Leipzig 1870. S. 113.

eigenthümern gestatten wollte, über ihren Besitz für den nächsten Erbfall frei zu verfügen. Der Wunsch die Grundlage der aristokratischen Existenz zu erhalten, wird, nach Geffken, stark genug sein, um den Besitz vor Zersplitterung zu schützen, zumal wenn von dem ungetheilten Besitz die Landstandschaft abhängig gemacht wird.

R. von Mohl¹⁵⁾, behandelt, die Fideicommissse unter den Gründen, welche die Erwerbung von Grundeigenthum erschweren. Er erblickt die wirthschaftlichen Vortheile dieses Instituts in den Vorzügen des grossen Grundeigenthums, dessen Erhaltung sie begünstigen; die politischen Vortheile dagegen darin, dass Fideicommissse die Unabhängigkeit ihrer Besitzer sichern und ihnen die Mittel gewähren, dem öffentlichen Wesen Opfer zu bringen. Somit dienen Fideicommissse zur Schaffung und Erhaltung einer Klasse von Staatsbürgern, die ihre Unabhängigkeit durch Zurückweisung von Ungesetzlichkeit und Unrecht sowie durch offenen Tadel schädlicher Regierungsmaassregeln auf nützliche Weise zur Geltung bringen können und im Stande sind, dem allgemeinen Besten unentgeltlich Dienste zu leisten. Gegenüber diesen Vortheilen erscheinen ihm die Nachtheile aber doch zu überwiegen. Diese bestehen darin, dass FC. die Ansammlung grosser Grundbesitzmassen in wenigen Händen begünstigen. Die Gebundenheit des Grundbesitzes bewirkt ferner einen Mangel an freierwerbbaarem Eigenthum und zugleich, wegen der schlechten Bewirthschaftung der zu grossen Güter, einen Ausfall im Volkseinkommen. Die Unbilligkeit gegen die Nachgeborenen hat nicht selten zur Folge, dass diese, wenn die Sitte ihren Uebergang in die gewerbtreibenden Stände nicht billigt, oder es überhaupt an ausreichender Erwerbsgelegenheit mangelt, dem Staat und der Gesellschaft zur Last fallen. Endlich leiden die begünstigten Fideicommissbesitzer selbst durch die Gebundenheit und Unverschuldbarkeit ihres Besitzes, indem Mancher von ihnen ein reicher Mann sein würde, wenn er einen Theil seiner Güter veräussert und den Erlös als Betriebskapital auf den Rest verwenden könnte.

Rau¹⁶⁾, der überhaupt ein Gegner des sehr grossen Grundbesitzes ist, weil bei demselben leicht eine sorglose und unergiebigste Benutzung des Bodens stattfindet und die Grundrente in wenige Hände zusammenfliesst, unterzieht das Familienfideicommiss hinsichtlich seines volkswirtschaftlichen Werths keiner principiellen Untersuchung. Doch glaubt

15) Polizeiwissenschaft. 3. Aufl. Tübingen 1866. Bd. 2. § 119.

16) Grundsätze der Volkswirtschaftspolitik. 5. Aufl. Heidelberg 1863. Abth. 1. § 83.

er die Beschränkung der Errichtung neuer, sowie die Erleichterung der Auflösung bestehender Fideicommisses und die Gestattung der parcellenweisen Vererbpachtungen derselben befürworten zu müssen. Er verkennt den günstigen Einfluss nicht, den eine begüterte, gebildete und gemeinnützigen Bestrebungen obliegende Grundaristokratie auf das Staatsleben äussern kann, vorausgesetzt dass ihre Stellung sie nicht in Versuchung führt ihren Vortheil auf Kosten der übrigen Klassen zu suchen, behauptet aber, dass erfahrungsmässig adlige Geschlechter durch Majorate nicht sicherer erhalten werden, als ohne dieselben.

Entschiedener als die oben angeführten Schriftsteller äussern sich die nachfolgenden gegen das FFC. und unter ihnen in erster Linie R. Gneist¹⁷⁾. Obgleich er bei der Beurtheilung des Fideicommisses an die Zustände des französischen Adels zur Zeit des ancien regime anknüpft, so steht sein Urtheil doch unter dem entschiedenen Einfluss zeitgenössischer Zustände. Das Wesen der erblichen Aristokratie, sagt Gneist, fand man in dem erblich gesicherten Genuss und in den Resten des Lehenswesens, die von den alten Pflichten vollständig abgetrennt nun den Charakter von öconomischen Schutzrechten annahmen. Das Erstgeburtsrecht, einst aus der Kriegspflicht des Grundbesitzes entstanden, wird später verkünstelt in Familienfideicommisses zur Erhaltung des Glanzes der Familie und zwar auf Kosten anderer Besitzweisen, Erwerbsrechte und Gläubigerrechte. Diese Befestigungen erzeugten im günstigsten Fall eine gesonderte Klasse privatisirender Gentlemen, als solche unfähig andere Besitzweisen zu repräsentiren; im ungünstigeren Fall wirkten sie wie Verschwendungserklärungen, entbanden legal von der Sorge für die verständige Verwaltung des eigenen Vermögens und erzeugten eine standesmässige Leichtfertigkeit im Schuldenmachen, im Schuldenbezahlen und immer neue Schuldenprivilegien auf Kosten anderer Klassen. Sie erzogen jenes Geschlecht, welches zuletzt nur noch ernste Dinge frivol und frivole Dinge ernst zu nehmen wusste.

Wie bei Gneist, so tritt auch bei Lorenz v. Stein¹⁸⁾ eine historische Auffassung des Fideicommisses zu Tage. Dasselbe gehört, nach Stein, einer überwundenen Wirthschafts- und Gesellschaftsperiode an, in der die Geschlechterordnung herrschte. An die Stelle dieser ist später die Standes- und Berufsordnung und gegenwärtig die Ordnung

17) Geschichte und heutige Gestalt der englischen Communalverfassung. Berlin 1863. Bd. II. S. 1286, 1261.

18) Handbuch der Verwaltungslehre und des Verwaltungsrechts. Stuttgart 1870. S. 405 ff.

der staatsbürgerlichen Gesellschaft getreten. Das Fundament der Geschlechterordnung ist die Familie, deren geistiges Element die Tradition bestimmter öffentlicher Leistungen und die damit verbundene Ehre bildet, welcher zugleich eine bevorzugte äussere Stellung entspricht. Um nun diese Stellung für das ganze Geschlecht zu erhalten, sucht man der Familie die reelle Basis eines bestimmten zu ihrem standesmässigen Unterhalt erforderlichen Besitzes zu sichern. Solches kann nun geschehen, entweder durch gesetzliche Vermögens- und Erbfolgeordnungen, wie sie in dem alt-deutschen, auf alle freien Volksgenossen berechneten Geschlechtererbrecht bestanden, oder durch Acte der Autonomie, wie sie das Vorrecht adliger Geschlechter sind. In der staatsbürgerlichen Gesellschaft treten diese Ueberreste der Geschlechterordnung in unauf löslichen Widerspruch mit dem freien Princip der auf- und absteigenden Klassenbewegung. Die Fideicommisses schliessen die ganze bürgerliche Gesellschaft von ihrem Gebiet aus, indem sie einen, für jeden Dritten, somit also auch für den Gläubiger unerwerbba ren Besitz schaffen und geben dem Besitzer eine gesellschaftsrechtliche Stellung ganz unabhängig von seiner persönlichen Tüchtigkeit. Das Verschwinden der Fideicommisses ist daher eine nothwendige Consequenz der staatsbürgerlichen Gesellschaft.

Eine relative Berechtigung gesteht dem Fideicommiss auch Adam Smith¹⁹⁾ zu. Während bei den Römern, so sagt Smith, der Grund und Boden in rechtlicher Beziehung dem Mobiliarvermögen gleich gestellt war, ist es bei den Germanen anders. Der Grund dieser Verschiedenheit ist darin zu suchen, dass der Landbesitz bei den letzteren nicht nur Unterhalt und Genuss, sondern auch Macht und Herrschaft gewährte. Im Mittelalter war jeder freie Grundbesitzer seinen Hintersassen gegenüber zugleich Richter und Gesetzgeber im Frieden, Beschützer und Anführer im Kriege. Die Rücksicht auf einen möglichst wirksamen Schutz dieser Hintersassen macht die ungetheilte Erhaltung der bestehenden Grundstücke in bestimmten Familien, welche man bei ungeschmälerter Kraft erhalten wollte, wünschenswerth. Zu diesem Zweck werden Primogenitur und entail eingeführt. Doch cessante ratione legis, non cessat lex ipsa. Bei der jetzigen Lage Europas, wo kleiner und grosser Grundbesitz sowie Besitzliche und Nichtbesitzliche unter dem gleichen Schutz des Staats stehen, kann es nichts albernere s geben, als ein Recht, das »um ein Kind zu bereichern, alle andern zu Bettlern macht.« Statt anzuerkennen, dass

19) Ueber die Quellen des Volkswohlstands, neu bearb. v. Ascher. Stuttgart, Engelhorn 1861. Buch 3 Kap. 2.

jede Generation ein gleiches Recht an der Erde und allem, was darin ist, besitzt. werden die Eigenthumsverhältnisse der lebenden Generation durch das Gutdünken derer beschränkt und geordnet, die vielleicht bereits vor 500 Jahren gestorben sind. Die fideicommittirten Latifundien befinden sich, verglichen mit den sie umgebenden Grundstücken, in keiner erfreulichen Lage, denn weder besitzen ihre Nutzniesser Neigung, noch auch gewöhnlich die nöthigen Fähigkeiten, noch endlich die gehörigen Mittel, um ihre Güter in rechter Cultur zu erhalten. Statt auf die Erhöhung ihrer Einnahmen bedacht zu sein, was ihnen jedenfalls Anstrengungen kosten würde, suchen sie ihre Grundstücke für die zehnfachen Kosten dessen, was das Land nachher werth ist, zu verschönern, weil dieses ihrer Sinnesrichtung entspricht.

Mit Adam Smith stimmt im Wesentlichen überein J. St. Mill²⁰⁾. Wenngleich die Möglichkeit, sagt Mill, das Schicksal eines Vermögens für alle Zukunft festzustellen, ohne Zweifel gelegentlich ein Motiv eifrigster Anstrengung werden kann, um ein Vermögen zu erwerben und zu vergrössern, so überwiegen die Nachtheile, die der Gesellschaft aus solchen ewigen Anordnungen erwachsen, doch bei Weitem den Werth dieses Reizmittels zu erhöhter Anstrengung, und auch ohne dasselbe scheint der Antrieb zum Vermögenserwerb stark genug zu sein. Weiter, führt er aus, bestehen die Nachtheile der Fideicommisses in einer kolossalen Ansammlung von Vermögen in der Hand Einzelner, welchen sie dann zum Prunk oder zu ungebührlicher Macht dienen, statt dass sie, besser vertheilt, die Zahl wohlhabender Familien, welche sich im Besitz der gehörigen Musse und aller wahren Genüsse des Reichthums befinden, beträchtlich vermehren würden.

Den energischsten Gegner findet das Fideicommiss in Simonde de Sismondi²¹⁾. Er geht davon aus, dass die Frage, ob die Monarchie zu ihrer Stütze einer Aristokratie bedarf, sowie ob und in wie weit das Bestehen dieser von Erbgütern abhängig ist, in die Politik gehört. Die Nationalökonomie dagegen hat nur den Werth der Fideicommisses für die Volkswirtschaft zu prüfen. Einen cardinalen Mangel dieses Instituts findet Sismondi darin, dass es das bewegliche Kapital hindert, sich mit dem fideicommittirten Boden zu verbinden, während doch aller Fortschritt der Landwirthschaft auf einer möglichst engen Verbindung dieser beiden Produktionsfactoren beruht. Wenn der Stifter auch in grösserem

Umfange bewegliches, nicht zum Fideicommiss gehöriges Kapital besitzt, so wird dieses durch die successiven Theilungen bereits in den nächsten Generationen bedeutungslos. Ist aber der Fideicommissbesitzer ohne jedes bewegliche Kapital, so wird er ausser Stande sein, alle diejenigen Verwendungen auf sein Grundstück zu machen, die theils der Natur der Sache nach periodisch erneuert werden müssen, theils aber auch unabhängig hiervon dem Grundstück einen grösseren Ertrag abzugewinnen im Stande wären. Fremdes Kapital heranzuziehen ist dem Fideicommissbesitzer durch das Verbot des Schuldenmachens verwehrt. So wird denn die Schranke, die eine mögliche Verminderung des Familienguts verhindern soll, zugleich zum Hemmschuh jedes landwirthschaftlichen Fortschritts. Solche Nachtheile bietet schon der normale Verlauf der Dinge dar. Wie viel grösser müssen diese Nachtheile aber noch sein, wenn ein Fideicommissbesitzer, der keine legitimen Nachkommen besitzt, sein Interesse darin findet, während seiner Besitzzeit dem Fideicommiss — durch Raubbau — möglichst viel zu entnehmen und damit diejenigen auszustatten, die seinem Gefühl näher stehen, als die in das Fideicommiss succedirenden Anwärter, oder wenn ein mit vielen Kindern gesegneter Vater ein Gleiches thut, um auf Kosten seines vom Recht begünstigten Nachfolgers den übrigen Kindern möglichst viel zuzuwenden. Sismondi zweifelt nicht an dem häufigen Eintreten dieser Möglichkeiten und erblickt überhaupt in dem Fideicommiss eine Quelle der Verbitterung und des Familienzwists. Doch nicht nur vom volkswirtschaftlichen Standpunkt glaubt er das Familienfideicommiss entschieden verwerfen zu müssen; er hält auch für historisch erwiesen, dass es seinen eigentlichen Zweck, den Glanz bestimmter Familien dauernd zu erhalten, keineswegs erreicht. Wenn diese in grellen Farben geschilderten Folgen in England noch nicht zu Tage getreten sind, so liegt das daran, dass den nachtheiligen Folgen dort ausnahmsweise besonders günstige Momente entgegenwirken. Als Beweis für das regelmässige Eintreten der Nachtheile glaubt er sich auf die in Spanien, Italien, Deutschland und dem alten Frankreich vorliegenden Erfahrungen berufen zu können.

Die oben vorgetragenen Ansichten, kurz recapitulirt und auf einheitliche Gesichtspunkte zurückgeführt, ergeben folgendes Resultat.

Unter den Vertheidigern des Fideicommisses sind Allem zuvor zu unterscheiden diejenigen, welche die deutschrechtliche Bildung desselben vertreten, von denjenigen, welche nur eine, auf eine oder wenige Generationen beschränkte Vinkulirung des Grundbesitzes, nach Art der englischen entails, befürworten. Zu den Erstern gehören W. von Hum-

20) Grundsätze der Nat. Oec., übersetzt von Sötbeer. Leipzig 1869. Bd. 1. Buch 2. Kap. 2. § 4.

21) *Nonveaux principes d'économie politique*. Paris 1827. Chap. 12.

boldt, Dahlmann, Stahl, Gerber, Stüwe und wohl auch Roscher; zu den Letzteren Schäffle, Helferich, Beseler, Jolly und Geffken. Die Vertheidiger des Fideicommisses gehen sämmtlich von der Bedeutung derselben für die Familie aus; während aber Gerber die Familie als Selbstzweck auffasst, erblicken Montesquieu, W. von Humboldt, Stahl, Roscher und Schäffle in ihr das Mittel zur Erhaltung einer lebensfähigen Aristokratie. Die Aristokratie ist nach Montesquieu und Stahl der Eckstein der monarchischen Staatsordnung, und nach Stahl ausserdem ein Bollwerk gegen etwaige Umsturzversuche der Massen; nach Stahl, Stüwe und Mohl die legitime Vertheidigerin der Volksfreiheit gegen Staats- und Beamtenwillkür; nach W. von Humboldt, Dahlmann, Stahl, Mohl und Geffken ein nothwendiges Element zur Bildung einer ersten Kammer, und nach Stüwe, Stahl und Roscher auch zur Durchführung der Selbstverwaltung. Während die Gegner des Fideicommisses die Bedeutung desselben für die Erhaltung einer lebenskräftigen Aristokratie entweder vollständig ignoriren oder geradezu leugnen (Sismondi und Rau) oder auch zugeben (Robert von Mohl), halten sie in jedem Fall die mit diesem Institut verbundenen volkswirtschaftlichen und sittlichen Nachtheile für so bedeutend, dass sie sich gegen dasselbe erklären. Diese Nachtheile sollen darin bestehen 1. dass Fideicommissgrundstücke für die Gesamtproduktion des Volks nicht dasjenige leisten, was sie als freies Eigenthum leisten könnten und leisten würden (Mohl, Sismondi, Adam Smith und Mill); 2. dass Fideicommissse eine ungünstige Vertheilung des Bodens bewirken, indem sie grosse Massen von Grundbesitz in wenigen Händen vereinigen und den ausserhalb Stehenden den Erwerb von Grundbesitz erschweren (Mill, Mohl, Sismondi, Rau); 3. dass durch die den Fideicommissbesitzern zustehenden Privilegien ihre Gläubiger in Schaden kommen können (Sismondi, Gneist); 4. dass die jüngeren Kinder der Fideicommissbesitzer dem Gemeindewesen nicht selten zur Last fallen (Mohl), und 5. endlich, dass Familienfideicommissse den Familienfrieden stören und auf die persönliche Entwicklung der Besitzer schädlich einwirken (Smith, Sismondi, Gneist).

III.

Die Untersuchung der volkswirtschaftlichen Wirkungen des Familienfideicommisses¹⁾ hat den günstigsten Zustand der Volkswirtschaft,

1) Bei dieser Gelegenheit sei es dem Verfasser gestattet sein Bedauern dar-

der sich bei der heutigen Produktionsweise erreichen lässt, ins Auge zu fassen und dann zu fragen, ob und wie weit das zu behandelnde Institut die Herbeiführung dieses Zustands begünstigt oder beeinträchtigt oder endlich sich gleichgiltig gegen denselben verhält.

Zur Erreichung dieses Zustands oder auch nur zur Annähe-

über auszusprechen, dass ihm nur wenige statistisch festgestellte Thatsachen zu Gebote gestanden haben, an denen er die Richtigkeit der für die Beurtheilung des Familienfideicommisses gegebenen Voraussetzungen, sowie der aus der Natur dieses Instituts auf deductivem Wege abgeleiteten volkswirtschaftlichen Wirkungen hätte prüfen können. Solche Thatsachen fanden sich für Deutschland und Oesterreich in dem trefflichen Werk von A. Meitzen, der Boden und die landwirthschaftlichen Verhältnisse des preussischen Staats nach dem Gebietsumfange von 1866, 4 Bände, Berlin 1868 bis 1871 und in den auf Grundlage amtlicher Quellen und Erhebungen herausgegebenen Tafeln für die Statistik der Land- und Forstwirtschaft des Königreichs Böhmen, von dem bisher 12 Hefte, entsprechend 12 Kreisen des Königreichs Böhmen, Prag 1861—1873 erschienen sind, so dass demnach nur noch die Tafel für den Egerer Kreis fehlt. Während die böhmischen Tafeln den gesammten Grund und Boden verzeichnen und somit auch werthvolle Aufschlüsse über das Verhältniss des produktiven Bodens zu dem unproduktiven überhaupt, sowie auf Fideicommissgütern insbesondere geben, erstrecken sich die preussischen Erhebungen nur auf das ertragsfähige Land. Mit dieser Beschränkung bringt das Meitzensche Werk aus den Grundsteuerkatastern des preussischen Staats, in seinem Gebietsumfange vor 1866, einen Nachweis über den Flächeninhalt und Reinertrag der Fideicommiss- und Lehngüter nach Kreisen, Regierungsbezirken und Provinzen. Freilich sind die Fideicommissgüter hier nicht von den Lehen gesondert; doch dürften die auf die Fideicommissgüter bezüglichen Zahlen über den Grundsteuerreinertrag durch die Zahlen der Lehngüter keine wesentliche Abänderung erleiden, da im Allgemeinen „die Lehngüter in das Wesen der Fideicommissse übergegangen sind“. (Meitzen a. a. O. Bd. I. S. 527). Eine Ausnahme von dieser Gleichstellung der Lehen und Fideicommissgüter bilden nur die Thronlehen, deren Zahl jedoch nicht bedeutend genug ist, um einen wesentlichen Einfluss auf die Gesamtdaten auszuüben. Die böhmischen Tafeln dagegen unterscheiden den Fideicommissbesitz von allen übrigen Besitzeskategorien (todte Hand, Lehen und Allodialgüter), indem sie sowohl den Umfang seiner Fläche, als auch das Verhältniss der auf dieser Fläche vorkommenden Culturarten verzeichnen. Ausser diesen beiden Quellen haben die übrigen agrarstatistischen Erhebungen Deutschlands, deren Resultate in den offiziellen Publikationen Württembergs, Bayerns, Braunschweigs, Gothas, Sachsens, Thüringens enthalten sind, für unsere Arbeit keinerlei Ausbeute geliefert, so dass die in der agrarstatistischen Publikation der Thüringenschen Staaten enthaltene Aeusserung: „nur ganz vereinzelte Nachrichten gingen uns über die bestehenden Familienfideicommissse zu; in den meisten (thüringenschen) Staaten besitzen selbst die Regierungen keine Nachrichten“ (Statistik Thüringens, Bd. 2: Agrarstatistik, erste Hälfte S. 10) gleichsam von genereller Bedeutung für die Statistik der Fideicommissse ist. Noch dürftiger war die Ausbeute an statistischem Material für die nicht deutschen Staaten, und haben wir uns hier auf die Wieder-gabe einiger auf Schottland und Dänemark bezüglichen Zahlen beschränkt.

rung an denselben sind folgende Zielpunkte aufzustellen: der Produktion ist eine solche Richtung zu geben, dass sie, bei harmonischer Ausbildung ihrer einzelnen Zweige, die mannigfach gegliederten Bedürfnisse des Volks möglichst vollständig und leicht befriedige. Hinsichtlich der Vertheilung des aus der Produktion erzielten nationalen Einkommens ist dann zu erstreben, dass jedem Gliede des Volksganzen ein seinem Antheil an der Produktion wenigstens annähernd entsprechendes Einkommen zu Theil werde²⁾. Wo der Grund und Boden Sondereigenthum geworden ist, Kapital sich in den Händen Einzelner angesammelt hat, wo Theilung der Arbeit stattfindet und sein eigentliches Einkommen einem Jeden auf dem Wege des Tausches oder Verkehrs zugeführt wird, da ist freilich die Wirklichkeit von einem solchen Zustande der Vertheilung des Nationaleinkommens weit entfernt. Während die Produktion unserer Tage staunenswerthe Resultate aufzuweisen hat, ist die Sorge der Zeit auf eine bessere Vertheilung des Nationaleinkommens im Sinn einer Annäherung an dieses Ziel gerichtet. Für die Grösse der einzelnen Quoten, in welche sich das Gesamteinkommen vertheilt, muss es ausserdem ein Maximum und Minimum geben, so dass die geringsten Einkommen noch ausreichen, um eine menschenwürdige Existenz zu begründen und die höchsten nicht zu gross sind, um weder eine Verwendung zu vernünftiger Bedürfnissbefriedigung mehr zu finden, noch auch einen Anreiz zum Kapitalisiren mehr darzubieten, noch endlich eine zweckmässige Verwaltung in einer Hand zu ermöglichen. Von den dazwischen liegenden Einkommen ist dann zu wünschen, dass sie eine allmählig von der untersten Einkommensstufe aufsteigende und an die oberste heranreichende Scala bilden. Eine, diese beiden Extreme ausschliessende Scala aufsteigender Einkommen wird, weil sie keine solche Bevölkerungsklasse erzeugt, die an dem Bestand und Gedeihen des Ganzen nicht mehr interessirt ist, ein conservatives und weil sie für die Meisten den Anreiz bietet in eine höhere Klasse zu gelangen, zugleich ein fortschrittliches Element enthalten. Dieses letztere, Leben, Anspannung und Bewegung in die Volkswirtschaft bringende Element wird um so stärker wirken, je weniger dem Einzelnen der Uebergang aus der einen Klasse in die andere durch künstliche Schranken erschwert wird. Ein solcher Zustand ungleicher Einkommensvertheilung wird, verglichen mit dem Zustand einer, von der falschen Prämisse der Gleichheit aller Menschen

2) Schmoller. Zur Geschichte der deutschen Kleingewerbe im 19. Jahrhundert. Halle 1870. S. 672.

ausgehenden, gleichmässigen Einkommensvertheilung den Vorthail darbieten, dass es in demselben niemals an Kräften fehlen wird, welche die gröberen Arbeiten übernehmen, wodurch den geistig höher Stehenden und Talentvolleren die Möglichkeit gegeben ist, sich ausschliesslich der Ausbildung und Uebung ihrer specifischen Gaben hinzugeben.

Hinsichtlich der landwirthschaftlichen Produktion im Speciellen ist zu erstreben, dass dieselbe durchgängig mit demjenigen Grad von Intelligenz, sowie mit demjenigen Kapital- und Arbeitsaufwand betrieben werde, welche der volkswirthschaftliche Bedarf an Bodenprodukten, dessen sicherster Barometer in den Preisen der landwirthschaftlichen Erzeugnisse zu finden ist, im gegebenen Augenblicke zu seiner Befriedigung verlangt. Dass die Erzeugnisse der Landwirthschaft neben der nöthigen Menge auch die nach Art und Beschaffenheit richtige Gliederung finden, hängt ausser von andern Momenten auch von dem Vorhandensein entsprechender Wirthschaftseinheiten ab, da diese, je nach ihrer Grösse die Tendenz zur Waldwirthschaft, zur Viehzucht oder zum Bau von Getreide, Gemüse, Obst, Handelsgewächsen u. s. f. haben. Die möglichst vollkommene Versorgung des volkswirthschaftlichen Bedarfs durch die eigene Landwirthschaft, worauf ein um so grösseres Gewicht zu legen ist, je mehr im Vergleich mit den Producten der gewerblichen Industrie der Bedarf eines Volks an Erzeugnissen der Landwirthschaft vorzugsweise aus unmittelbarer Nähe herbeigeschafft werden muss³⁾, wird daher nächst der gehörigen Intelligenz und Intensität, mit der der Landbau betrieben wird, auch eine entsprechende Bildung kleiner, mittlerer und grösserer Besitz- und Wirthschaftseinheiten zur Voraussetzung haben.

Die Vertheilung des Grund und Bodens ist aber auch, abgesehen von ihrer Bedeutung für die Produktion und die Befriedigung des volkswirthschaftlichen Bedürfnisses, von der tiefeingreifendsten Wichtigkeit für die Vertheilung des Nationaleinkommens. In einem Lande mit ausschliesslich oder doch vorwiegend grossem Grundeigenthum, wo sich die Besitzer grosser Landgüter und die besitzlosen Lohnarbeiter gegenüberstehen, wird zwischen beiden eine wirthschaftliche und sociale Kluft bestehen, welche durch Wirthschaftsinspectoren, Pächter grösserer und kleinerer Güter, ländliche Handwerker u. s. w. nicht ausgefüllt

3) Nach Roscher, Nat. Oec. d. Ackerb. § 48 hat der Handel mit Getreide noch immer solche natürliche Schwierigkeiten, dass kein bedeutendes Land und kaum eine irgend bedeutende Provinz umhin kann ihren Brodbedarf zum grössten Theil durch eigenen Landbau zu befriedigen.

werden kann⁴⁾. Es muss sich in einem solchen Fall das Gegentheil jenes oben als erstrebenswerth hingestellten Zustandes allmählig aufsteigender Einkommen herausbilden d. h. es wird der Uebergang von einer Einkommensstufe zur andern entweder überhaupt unmöglich oder doch sehr erschwert. Zu diesen Rücksichten auf die Vertheilung des Nationaleinkommens unter die einzelnen Glieder der landbautreibenden Bevölkerung gesellen sich noch andere Momente, welche die Theilnahme möglichst Vieler an den Segnungen des Grundeigenthums wünschenswerth erscheinen lassen. Dasselbe steigert nämlich die Rührigkeit und den Fleiss in der Bewirthschaftung so sehr, dass Arthur Young mit Recht der magischen Gewalt des Eigenthums nachgerühmt hat, sie wandle Sand in Gold um. Es wirkt ferner günstig auf die Intelligenz, sowie die moralischen Eigenschaften der Voraussicht, Mässigung und Selbstbeherrschung⁵⁾. Auch ist ein kräftiger Stand von Grundbesitzern nicht nur die sicherste Basis der bestehenden socialen Ordnung, sondern auch eine ergiebige Finanzquelle für den Staat.

Es wächst die Kraft des Riesen
Aus Bauernmark empor.

Haben wir hiermit in flüchtigen Zügen diejenigen Zielpunkte festgestellt, welchen in der Volkswirtschaft im Allgemeinen und in der Landwirthschaft im Speciellen zuzustreben ist, so drängt sich uns jetzt unwillkürlich die Frage nach der Stellung des Staates zu dieser Entwicklung auf. Wir wissen sehr wohl, dass das Geflechte des wirthschaftlichen Lebens ein ungemein feines und zartes ist, ferner dass dieses Leben zu seinem Gedeihen der freien Selbstbestimmung des selbstverantwortlichen Individuums bedarf und endlich, dass die wirthschaftliche Freiheit einen wesentlichen Theil der menschlichen Freiheit überhaupt ausmacht. Daraus folgt aber nur, dass der Staat diese Freiheit zu schonen, nicht aber dass er sich jeder Einwirkung auf das wirthschaftliche Leben zu enthalten hat. Denn es wäre ein seltsamer Widerspruch, wenn man auf der einen Seite zugiebt, dass die Bestimmung des Menschen in dem rastlosen Streben zu suchen ist, sich mehr und

4) So in England, wo, weil es keinen grundbesitzlichen Bauerstand mehr giebt, von dem vornehmen Grundbesitzer, dem reichen Landlord, im Allgemeinen, über den Pächter hinweg, nur ein Sprung zum armen abhängigen Tagelöhner ist. Schulze, Nat. öconomische Bilder. S. 155.

5) J. St. Mill, Grundsätze der pol. Oec. Buch 2. Kap. 7.

mehr zum Herrn der Dinge zu machen und Alles, was ihm dient, seinen mit Bewusstsein verfolgten Zwecken gemäss zu gestalten, und auf der andern Seite den Grundsatz aufstellen wollte, dass der Staat, dessen Aufgabe in der Ergänzung und Förderung aller einzelnen Volksgenossen, sowie in der Wahrung des dauernden Gesamtinteresses eines Volks besteht, sich der Herrschaft über die wirthschaftlichen Dinge begeben, diese ihrer eigenen Schwerkraft überlassen und sich von ihr bestimmen lassen soll. Die Aufstellung eines solchen Grundsatzes ist nur unter der Annahme möglich, dass, während alle übrigen Lebenskreise dieser Welt Unvollkommenheiten und Widersprüche aufweisen, nur das wirthschaftliche Leben, beherrscht von Naturgesetzen⁶⁾ zur vollständigsten Befriedigung und Harmonie aller momentanen einzelnen Interessen, sowie zur Wahrung des dauernden Interesses der Gesamtheit führe⁷⁾. Wie diese Hypothese aber durchaus unrichtig ist, so ist auch ihre Consequenz, das berühmte und viel empfohlene *laissez faire. laissez passer* nie und nirgends zur vollständigen Ausführung gelangt.

Den fundamentalsten Einfluss auf die Volkswirtschaft übt der Staat durch die Anerkennung und den Schutz der wirthschaftlichen Rechtsordnung aus, die sich anfangs auf dem Wege der Gewohnheit festzustellen pflegt, und dann gewöhnlich im Laufe der Zeit durch die Gesetzgebung abgeändert wird. Ist aber die Anerkennung und nöthigenfalls Abänderung der wirthschaftlichen Rechtsordnung, zu der auch das Erbrecht gehört, Sache des Staates und ist diese Ordnung von der weitgreifendsten Wirkung auf die Volkswirtschaft, so wird er auch die Pflicht nicht von sich weisen können, auf diesem Wege den als erstrebenswerth hingestellten volkswirtschaftlichen Zustand zu fördern oder doch mindestens der Herbeiführung desselben durch seine Einrichtungen nicht entgegen zu wirken⁸⁾.

Hiermit ist denn die Grundlage gelegt, von der unsere Untersuchung über die volkswirtschaftlichen Wirkungen des Fideicommisses auszu-

6) Wie unbegründet die Annahme von Naturgesetzen in der Volkswirtschaft ist, hat schlagend nachgewiesen B. Hildebrand, Die gegenwärtige Aufgabe der Wissenschaft d. Nat. Oec. in Hildebrands Jahrb. Bd. I. S. 19.

7) „Ein wahrer Türkenglaube“ wie Const. Franz, Kritik aller Partheien. Berlin 1862. S. 60 sagt.

8) Der von dem Minister Villèle im Jahre 1826 in d. französ. Pairskammer gethane Ausspruch, dass das Intestaterbrecht das zur Geltung zu bringen habe, was das öffentliche Wohl erfordert, nicht das, was die Sitte und das gewöhnliche Gefühl verlangt, enthält eine, einseitig ausgedrückte aber immerhin beherzigenswerthe Wahrheit.

gehen hätte. Diese letzteren, treten wie alle Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens, nicht mit Naturnothwendigkeit immer und überall ein, sondern können durch die mannigfachsten ihnen entgegenwirkenden Umstände, theils modificirt, theils sogar zeitweilig aufgehoben werden⁹⁾. Es wird sich somit bei Feststellung der Wirkungen des Familienfideicommisses um die Feststellung der in der Natur dieser Rechtsinstitution begründeten und zur Geltung kommenden Tendenzen handeln. Sind nun auch im Allgemeinen diese Tendenzen bei verschiedenen Völkern auf derselben wirtschaftlicher Kulturstufe identisch, so gilt ein Gleiches doch nicht für Völker auf verschiedener wirtschaftlicher Entwicklungsstufe. Hier können die Wirkungen ebenso verschieden sein, wie es die allgemeinen wirtschaftlichen Voraussetzungen sind. Wir werden daher bei der Beurtheilung des Familienfideicommisses Zeiten niedriger Kultur von solchen hoher Kultur unterscheiden müssen. Wo noch nicht aller vorhandene Grund und Boden in Besitz, geschweige denn in Kultur genommen ist, wo bei spärlicher Bevölkerung und niedrigen Fruchtpreisen der Naturfaktor in der Landwirtschaft vorherrscht und das bewegliche Kapital so selten ist, dass es weder als Hypothek noch als Anlage im Kauf von Grundbesitz die Landwirtschaft aufsucht; wo ferner zum Landbau keine grössere Kunstfertigkeit gehört als die traditionell von dem Vater auf dem Sohn sich vererbende; wo überhaupt die Produktion für den eigenen Bedarf, verbunden mit Naturalwirtschaft und gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnissen vorherrscht und eine grosse Stabilität der vorhandenen Wirtschafts- und Besitzeinheiten bewirkt; wo es noch keinen Staat im heutigen Sinn giebt und die wichtigsten öffentlichen Funktionen an den grossen Grundbesitz geknüpft sind, wodurch die politische Verfassung einen aristokratischen Charakter erhält; wo ferner die Bedeutung der Familie sich auch auf das öffentliche Leben erstreckt und der Familiensinn stärker ist als das Selbstständigkeitsgefühl des Individuums; wo endlich die jüngeren Söhne der Grundbesitzer, so fern sie die reichlich gebotene Gelegenheit zur inneren Colonisation auf brach liegendem Boden nicht benutzen wollen, auch sonst leicht ihre Versorgung finden, — da wird die Gebundenheit des Besitzes im Allgemeinen und das Familienfideicommiss im Speziellen der Natur dieser wirtschaftlichen, politischen und socialen Voraussetzungen entsprechen und gleichsam aus denselben herausgewachsen erscheinen.

9) Fawcett, Manual of political economy, London 1863, S. 90: principles of political economy are describing tendencies instead of actual results.

Andere Wirkungen wird das Fideicommiss dagegen in Zeiten hoher Kultur äussern und zur Feststellung derselben haben wir nunmehr überzugehen.

IV.

Der Zustand hoher wirtschaftlicher Kultur, wie er den Völkern des westlichen Europa in der Gegenwart eigen ist, wird durch folgende Momente charakterisirt: der Boden ist vollständig occupirt und auch zum grössten Theil angebaut oder doch wirtschaftlich benutzt. Zur inneren Colonisation ist somit nur wenig Gelegenheit vorhanden. Eine hohe Bevölkerungsziffer und zunehmender Volkswohlstand rufen eine starke Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten hervor. Während Kapitalien und Menschenkräfte das Streben nach unbegrenzter Vermehrung haben, ist der Boden beschränkt; es müssen daher, um die quantitativ und qualitativ gesteigerte Nachfrage nach Bodenprodukten zu befriedigen, steigende Quantitäten an Arbeit und Kapital in zweckmässigster Weise mit dem Boden verbunden werden. Diesem Bedürfniss entspricht das massenhaft angesammelte Kapital, das der Landwirtschaft aus der Industrie und dem Handel zuströmt. Die auf die Landwirtschaft angewandten Errungenschaften der Naturwissenschaften haben die Agronomie zu einer Wissenschaft erhoben. Die an die Stelle der Naturalwirtschaft getretene Geldwirtschaft, die Verbesserung der Communications- und Transportmittel, so wie die hiermit in Zusammenhang stehende nationale und internationale Arbeitstheilung bewirken ferner, dass auch die Landwirtschaft für den Markt produciren muss und von seinen wechselnden Conjunctionen beeinflusst wird. Sie hat daher ihre frühere Stabilität zum Theil aufgegeben und sich bei der Wahl der passendsten Gütergrössen, Kulturarten, Wirtschaftsmethoden und Intensitätsgrade an Beweglichkeit der gewerblichen Industrie genähert¹⁾. Hieraus folgt, dass die Landwirtschaft gegenwärtig hervorragender wirtschaftlicher Intelligenz bei Entwerfung und Durchführung rationeller, alle Verschiedenheiten der Bodenart und Güte, der Preise und sonstigen Marktconjunctionen in Erwägung ziehender Wirth-

1) Jedoch darf nicht übersehen werden, dass die Bodenbeschaffenheit, das Klima, die Nothwendigkeit bestimmte Früchte in regelmässiger Folge zu bauen u. s. w. dem Landbau immerhin eine bestimmte nicht willkürlich abzuändernde Richtung geben. Schmoller, Schafstatistik, Schafhaltung und Wollpreise in der Tübinger Zeitschrift für gesammte Staatswissenschaft 1869. S. 57.

schaftspläne bedarf, sowie dass alle diejenigen Schranken, welche die Beweglichkeit der Landwirthschaft hemmen, hinweggeräumt werden müssen. Die zunehmende Intensität des Landbaus führt zu einer Theilung des Grund und Bodens in zahlreiche, und, wie sich von selbst versteht, im Durchschnitt kleinere Besitz- und Wirthschaftseinheiten, sofern nicht bestimmte Gesetze oder die Landessitte einer solchen naturgemässen Tendenz entgegenwirken. Im Zusammenhang mit dieser wirthschaftlichen Entwicklung steht denn auch die übrige Kulturentwicklung, welche sich durch das allmälige Zurücktreten des Familiensinns hinter das erstarkte Selbstständigkeitsgefühl des Individuums, die Ausbreitung des, aristokratischen Existenzen und Institutionen feindlichen demokratischen Princip²⁾, sowie die Zusammenfassung verschiedener grösserer und kleinerer Herrschaften zu einheitlichen Staatsganzen charakterisirt. Die Familie ist jetzt weder eine Sicherheitsanstalt für die Blutsverwandten, noch überhaupt ein Organismus, der seinen Genossen zum Theil den Staat zu ersetzen bestimmt ist, sondern eine ausschliesslich sittliche Gemeinschaft. Es braucht als selbstverständlich hier nur angedeutet zu werden, dass dieser Zustand sich nur innerhalb längerer Zeiträume, nach schweren Kämpfen und Uebergängen, aus jenem oben skizzirten Zustand niedriger Kultur zu entwickeln pflegt.

Unsere Untersuchung hat abgesehen 1. von der eben geschilderten Kulturstufe noch von folgenden Voraussetzungen auszugehen. Sie muss 2. annehmen, dass die Fideicommissgüter zu den grossen Gütern eines Landes gehören, deren Ertrag bei entsprechender Bewirthschaftung wenigstens hinreicht dem Besitzer und seiner Familie eine unabhängige Stellung und die Wohlhabenheit der höheren Stände zu sichern. Diese Annahme gründet sich auf den Zweck des Fideicommisses, den Familien höherer Stände ihre wirthschaftliche Basis zu erhalten, der auch durch die gegenwärtig auf alle Stände ausgedehnte Befugniss der Fideicommisserrichtung faktisch nicht alterirt wird, da, wie Gerber³⁾ richtig bemerkt, »eine bürgerliche Familie in welcher ein ausschliesslich auf den Mannsstamm vererbliches Familienfideicommiss besteht, das innere Wesen des Adels in sich aufgenommen« und — fügen wir hinzu — wohl auch die äussere Stellung desselben mit seinen wirthschaftlichen Ansprüchen

2) Tous les hommes de nos jours sont entraînés par une force inconnue, qu'on peut espérer régler et ralentir, mais non vaincre, qui tantôt les pousse doucement et tantôt les précipite vers la destruction de l'aristocratie. Tocqueville, l'ancien regime et la revolution. Cinq. edit. Paris 1866. p. V.

3) Beiträge zur Lehre vom deutschen FFC. in seinen jurist. Abhandlungen. Jena 1873. Bd. I. S. 137.

sich zu eigen gemacht hat. Die wenigen uns vorliegenden statistischen Daten beweisen denn auch wenigstens, dass die Fideicommissbesitzeinheiten ihrem Umfang nach die Allodialbesitzeinheiten bei Weitem überragen. So in den 12 Kreisen Böhmens⁴⁾, für welche die agrarstatistischen Tabellen publicirt sind, wo die Durchschnittsgrösse eines Allodialguts nur 11 Joch 32 Klafter, dagegen die Durchschnittsgrösse eines Fideicommissguts 8273 Joch 1092 Klafter beträgt. In der von dem Dr. Lorenz für zwei Gebietsabschnitte Oberösterreichs aufgenommenen und herausgegebenen landwirthschaftlichen Specialstatistik⁵⁾ finden sich auf Seite 47 für die in den Vorbergen der Alpen belegene Umgebung von Grünburg folgende Daten:

Besitzeskategorien:	Zahl der Besitzeinheiten.	Gesamtarea	
		Joch.	Klafter.
Besitz in todter Hand	9	100	83
Gebundener Familienbesitz	2	1306	200
Allodialbesitz	782	9045	127

Demnach beträgt hier die Durchschnittsgrösse eines Besitzstands:
in todter Hand 11 Joch 187 Klafter.
eines Allodialbesitzstands 11 „ 906 „
eines geb. Familienbesitzstands . 653 „ 100 „

So viel uns bekannt geworden, ist der einzige Versuch der Gesetzgebung die Errichtung von Fideicommissen aus kleinem Eigenthum direkt zu begünstigen nur in Bayern und zwar mittelst Gesetzes, die landwirthschaftlichen Erbgüter betreffend, vom 22. Februar 1855 gemacht worden. Dieses Gesetz bezweckt die Bildung geschlossener und mit einheitlicher Erbfolge an bestimmte Geschlechter gebundener Bauerngüter. Doch sind die bayrischen Bauern, wenigstens in den nächsten Jahren nach Erlass dieses Gesetzes, nicht geneigt gewesen, von der ihnen eingeräumten Befugniss, mittelst Stiftungsakts ihre Güter fideicommissarisch zu vinkuliren, Gebrauch zu machen⁶⁾. Die Scheu vor der Berührung

4) Nach den vom Centralcomité für die land- und forstwirthschaftliche Statistik des Königr. Böhmen publicirten Tafeln. Prag 1861—73. Heft 1—12.

5) Wien C. Gerolds Sohn 1867.

6) Diese Thatsache wird von K. Maurer in seinem Art. Erbgüter in Bluntschli und Braters Staatswörterbuch, im Jahre 1857 berichtet.

mit dem Gericht, vor dem die betreffenden Stiftungen errichtet werden müssen, sowie die an dem Bauern auch sonst beobachtete Abneigung vor letztwilligen Anordnungen überhaupt, scheinen den Bauernstand hier wie anderswo von der Begründung fideicommissarischer Verhältnisse abgehalten zu haben. Bei der geringen Bedeutung solcher bauerlichen Fideicommisses für das Leben glauben wir demnach von ihrer Berücksichtigung hier vollständig absehen zu dürfen⁷⁾.

Eine weitere für die nationalöconomische Beurtheilung der Fideicommisses nothwendige Voraussetzung ist 3. dass die vorhandenen Fideicommissgüter einen bedeutenden Theil der Gesamtfläche eines Landes einnehmen, da bei nur vereinzeltem Vorkommen derselben ihre Wirkungen für die Gesamtheit nicht recht hervortreten können. Diese Annahme stimmt nun freilich nicht überall mit der Wirklichkeit überein. Denn der Antheil, den die Fideicommissgüter an dem gesammten Grund und Boden eines Landes haben, ist ein sehr verschiedener, nicht nur bei verschiedenen Völkern⁸⁾, sondern auch bei einem und demselben Volk in verschiedenen Provinzen eines Staats⁹⁾, ja sogar in verschiedenen

7) Meitzen, Der Boden u. s. w. Bd. I. S. 528 führt an, dass auch in Preussen nach Aufhebung der Unterthänigkeit im Bauernstande sich keinerlei fideicommissarische Besitzverhältnisse gebildet haben. Eine ähnliche Erfahrung in Bezug auf Württemberg theilt Helfferich in der Tübinger Zeitschrift für gesammte Staatswissenschaft 1854. S. 143 mit.

8) Während nach Mac Culloch, On succession to property S. 55 ff. bei Roscher, Nat. Oec. des Ackerbaus § 91. Anm. 7 im Jahre 1848 in Schottland die entails commisse 20% des Grundwerths des ganzen Landes repräsentirten, beträgt den in 12 Kreisen Böhmens, für welche bis jetzt die statistischen Tafeln erschienen sind, gegenwärtig der Familienfideicommissbesitz seiner Flächenausdehnung nach 11,09 % der Gesamtarea und nehmen nach Meitzen (der Boden u. s. w. Bd. I. S. 526) in den 8 alten Provinzen Preussens die Fideicommisses und Lehen zusammen nur 6,45% des gesammten ertragsfähigen Bodens ein.

9) Auf die 8 alten Provinzen Preussens vertheilt sich der Fideicommiss- und Lehnbesitz, in Procenten des gesammten ertragsfähigen Bodens ausgedrückt, folgendermaassen (cf. Meitzen l. c. Bd. I. S. 526).

Pommern.	Schlesien.	Brandenburg.	Sachsen.	Westphalen.	Preussen.	Posen.	Rheinlande.
15,1	11,0	8,4	7,9	6,8	1,7	1,6	1,5

Kreisen einer Provinz¹⁰⁾. Dennoch ist die obige Annahme zulässig, weil das Eintreten des vorausgesetzten Zustandes, auch wo er noch nicht vorliegt, die Errichtung von Fideicommissen aber gestattet ist, immerhin für die Zukunft nicht ausgeschlossen bleibt¹¹⁾.

4. Endlich muss bei der Beurtheilung des Fideicommisses von einer bestimmten juristischen Gestaltung desselben ausgegangen werden. Da das Fideicommiss seine consequenteste Ausbildung im gemeinen deutschen Recht gefunden hat, so gehen wir bei unsrer Untersuchung von der gemeinrechtlichen Form dieses Instituts aus und werden dann im weiteren Verlauf desselben zeigen, ob und in wie fern die von den einzelnen Gesetzgebungen vorgenommenen Veränderungen des gemeinen Rechts die volkswirtschaftlichen Wirkungen des Familienfideicommisses in seiner gemeinrechtlichen Gestalt zu modificiren vermögen.

Indem nun die unter den gegebenen Voraussetzungen eintretenden Wirkungen festgestellt werden sollen, beginnen wir zuerst mit den volkswirtschaftlich nachtheiligen Wirkungen, gehen dann auf die günstigen über und ziehen schliesslich die Bilanz zwischen beiden¹²⁾.

Den bedeutendsten Einfluss auf den Gang der wirtschaftlichen

10) In den 12 Kreisen des Königreichs Böhmen nehmen die Fideicommissgüter folgende Procentsätze der Gesamtarea ein:

Budweis.	Jičin.	Saaz.	Leitmeritz.	Pilsen.	Königgrätz,	Bunzlau.	Chrudim.	Prag.	Tabor.	Pisek.	Časlau.
26,662	14,774	14,647	13,372	11,909	11,789	11,106	8,647	7,79	5,055	4,079	3,368

11) So weist Schottland eine im Laufe der Zeit wachsende Zahl von entails auf und zwar werden in den Jahren 1685—1704: 79 entails begründet. 1705—24: 125. 1725—44: 158. 1745—64: 138. 1765—84: 272. 1785—1804: 360. 1805—24: 459. 1825—45: 400, im Ganzen also zwischen 1685—1845: 2031. Während im J. 1764 reichlich $\frac{1}{3}$ (Ad. Smith), 1811 ungefähr $\frac{1}{3}$ des schottischen Bodens (Sinclair) mit entails belegt war, soll 1848 sogar $\frac{1}{2}$ desselben (Mac Culloch) rechtlich vinkulirt gewesen sein. Roscher, Nat. Oec. d. Ackerb. § 91. Anm. 7.

12) Hinsichtlich der bereits von Anderen beobachteten und von uns reproducirten Wirkungen des Familienfideicommisses auf die Volkswirtschaft verweisen wir hier im Allgemeinen auf den zweiten Abschnitt dieser Arbeit, in welchem sowohl diese einzelnen Wirkungen, als auch die Autoren, von denen sie beobachtet wurden, genau angegeben sind; hinsichtlich der deutschen und englischen Fideicommissgesetzgebung, welche wir im Nachfolgenden vielfach zu erwähnen haben werden, verweisen wir dagegen auf den ersten Abschnitt.

Entwicklung üben Fideicommisses dadurch aus, dass sie der Verbindung des beweglichen Kapitals mit dem Grund und Boden künstliche Hindernisse entgegenstellen. Eine solche Verbindung ist schon in jeder Wirthschaft und auf jeder Kulturstufe durch das periodisch zu erneuernde Anlagekapital und das täglich zu verwendende Betriebskapital erforderlich; auf der reichlichen Verwendung beweglicher Kapitalien auf den Grund und Boden, zum Zweck der Durchführung grösserer Meliorationen, wie z. B. Ent- und Bewässerungen u. s. w. beruht sodann der spezifische Werth des grossen Grundeigenthums, zu dem die Fideicommissgüter unserer Annahme nach gehören; ferner kann dem volkswirtschaftlichen Bedarf an Produkten des Landbaues auf hoher Wirthschaftsstufe nur durch Verwendung immer grösserer Quantitäten von Kapital auf den Boden genügt werden; endlich setzt auch die immer beweglicher werdende Landwirthschaft zum Zweck des Uebergangs von einer Kulturart und Wirthschaftsmethode zur andern disponibles Kapital voraus. Dieses befruchtenden Kapitals wird der Fideicommissboden aber dann entbehren müssen, wenn die Erträge des Guts nur zur Befriedigung der persönlichen Bedürfnisse des Fideicommissbesitzers verwendet werden und dieser sich ausserdem nicht noch im Besitz anderer Kapitalien befindet. Denn durch das Verbot das Fideicommissgut zu verschulden ist die Heranziehung fremder Kapitalien unmöglich gemacht oder doch wenigstens sehr erschwert. Wenn das gemeine Recht das strenge Princip der Unverschuldbarkeit in Fällen ausserordentlicher Noth auch zu durchbrechen gestattet, so ist diese Ausnahmebestimmung, dem schon durch den regelmässigen Verlauf der Dinge gegebenen Kapitalbedürfniss und der Unmöglichkeit seiner Befriedigung gegenüber, nur von geringer Bedeutung. Durch die gesetzliche Untheilbarkeit des Fideicommissgrundstücks ist ferner die Möglichkeit abgeschnitten einen Theil des Fideicommissguts zu veräussern und den erzielten Kaufschilling auf die Kultur des Rests zu verwenden. Endlich ist der jeweilige Fideicommissbesitzer durch die Unveräusserlichkeit des Fideicommissgrundstücks sogar verhindert zu dem äussersten Auskunftsmittel zu greifen und das Fideicommissgut durch Veräusserung in andere, kapitalreichere Hände gelangen zu lassen.

Kann nun von Aussen durch Parcellirung und theilweise Veräusserung sowie durch Verschuldung des Fideicommissguts das nöthige Kapital nicht herbeigeschafft werden, so steht auch von dem Fideicommissbesitzer, zu dessen Lebensaufgaben die Erhaltung des Glanzes und der Ehre der Familie gehört, weniger als von jedem anderen, durch solche Rücksichten nicht gebundenen Besitzer zu erwarten, dass er seine Ausgaben beschränken wird, um sich durch Ersparnisse, aus seinen Ein-

nahmen, das nöthige Kapital zu verschaffen, dessen seine Wirthschaft vielleicht dringend bedarf. Aber selbst, wenn der Fideicommissbesitzer den Willen zur Einschränkung seiner Bedürfnisse besitzen sollte, so ist ihm die Möglichkeit der Durchführung seiner Absicht dort genommen, wo das aus dem Fideicommiss erzielte Einkommen ohnehin nur den Minimalbedarf des Fideicommissbesitzers und seiner Familien zu decken im Stande ist.

Doch angenommen, der Fideicommissbesitzer befinde sich auch im Besitz des nöthigen Kapitals, oder doch des nöthigen Einkommens aus dem Fideicommissgut, um seiner Wirthschaft denjenigen Grad von Intensität zu geben, den der Stand der gesamten wirthschaftlichen Entwicklung eines Landes verlangt, so ist es doch auch in diesem Fall zweifelhaft, ob er diese Mittel, über die ihm freie Disposition zusteht, auf das nur einem einzigen seiner Kinder zufallende Gut verwenden und dadurch die Erbtheile der übrigen Kinder schmälern wird. Eine solche Verwendung erscheint aber durchaus unwahrscheinlich, wenn der präsumtive Fideicommissnachfolger eine dem jeweiligen Besitzer fernstehende, gleichgültige oder gar missliebige Person ist.

Die Fideicommisseseigenschaft eines Guts hindert aber nicht nur das bewegliche Kapital sich mit dem Grund und Boden zu verbinden; sie wirkt auch der natürlichen Tendenz entgegen, dass der Grund und Boden in die tüchtigsten Hände gelange. Denn bietet schon der Zufall der Geburt keine Gewähr dafür, dass die zur Succession berufene Person sowohl die nöthigen Anlagen, als auch die wünschenswerthe Neigung für den landwirthschaftlichen Beruf besitzt, so ist auch die Erziehung des Fideicommissbesitzers häufig keine solche, dass sie das an den Anlagen Fehlende etwa zu ergänzen vermöchte. Ein solcher Mangel muss aber besonders lebhaft in einer Zeit empfunden werden, in der die Landwirthschaft, will sie die ihr gestellten Aufgaben lösen, von ihren Jüngern nicht nur wissenschaftliche Bildung, sondern zugleich auch Talent und volle Hingabe an den Beruf verlangt.

Wenn dem Fideicommiss ferner nachgerühmt wird, dass die Aussicht auf seine Errichtung einen Sporn zu erhöhter Erwerbsthätigkeit und Kapitalansammlung darbieten könne, so muss dem gegenüber doch auch auf den Nachtheil hingewiesen werden, der in der Schwächung des absoluten Inhalts des Eigenthums für alle Zeiten, sowie in der Versetzung des Grundeigenthums in eine völlige Erstarrung enthalten ist. Wo einem Eigenthümer seine Dispositionsfreiheit so stark beschränkt ist, wie dem jeweiligen Fideicommisseseigenthümer, da muss auch jene

magische Gewalt des Eigenthums nachlassen, der J. St. Mill¹³⁾ nachrühmt, dass sie Hunger und Durst, Hitze und Kälte geduldig ertragen hilft und zu unverdrossener Arbeit früh und spät anspornt.

Alle diese eben angeführten Momente wirken neben dem in der Unveräusserlichkeit und Untheilbarkeit des Fideicommissguts begründeten Unvermögen desselben, sich seiner Grösse nach dem jeweiligen volkwirtschaftlichen Bedürfniss anzuschmiegen, dahin, dass die Landwirtschaft auf Fideicommissgütern nicht dasjenige leistet, was sie im Vergleich mit der Kultur auf den freieigenen Gütern leisten könnte und leisten sollte. Es wird mithin die Wirthschaft auf diesen Gütern entweder weite Strecken vollständig unbebaut lassen oder doch vorzüglich sich solche Kulturarten wählen, welche wenig Kapital und Arbeit erfordern oder endlich überhaupt nicht mit der gehörigen Intensität und Sorgfalt zu Werke gehen.

Diese auf deductivem Wege gewonnenen Sätze werden durch die uns vorliegenden Zahlen, welche sowohl über den Ertrag der Fideicommissgüter im Vergleich mit dem Ertrage der freieigenen Güter, als auch über das Verhältniss der von verschiedenen Kulturarten auf den Gütern dieser beiden Besitzeskategorien eingenommenen Flächen Aufschluss geben, bestätigt. In Preussen betrug nach Meitzen, der Boden u. s. w. Bd. IV. Anl. K. S. 330—475, der Grundsteuerreinertrag der ertragsfähigen Liegenschaften in Silbergroschen pro Morgen¹⁴⁾.

Besitzeskategorie:	Preussen.	Pommern.	Posen.	Brandenburg.	Schlesien.	Sachsen.	Westphalen.	Rheinlande.	Staat.
Freier Privatbesitz . . .	21	26	22	29	41	66	44	65	35
Fideicommiss- u. Lehnbesitz . . .	23	23	20	25	22	49	36	45	28

Dieser im Vergleich mit dem Reinertrag des freien Privatbesitzes geringere Reinertrag der Fideicommissgüter kann nur aus der weniger sorgfältigen Bodenkultur und speciell aus dem Ueberwiegen solcher Kul-

13) Grundsätze der politischen Oeconomie. Buch 2. Kap. 7.

14) Weil die Decimalstellen der für die einzelnen Provinzen im Meitzen'schen Werk mitgetheilten Zahlen beseitigt sind, bei der Summation aber doch berücksichtigt zu sein scheinen, so sind die für den Staat mitgetheilten Zahlen andere, als sich aus den für die Provinzen mitgetheilten runden Zahlen eigentlich ergeben: statt 35 erhalten wir 39,2; statt 28 — 30,7.

turarten, welche an sich einen geringen Reinertrag geben, erklärt werden, da die Annahme, dass der von den Fideicommissen eingenommene Boden durchschnittlich ein weniger ergiebiger sei, als der der im freien Privatbesitz befindlichen Güter, unschlüssig erscheint.

Die Annahme, dass auf Fideicommissgütern solche Kulturarten vorwiegen, welche einen geringen Kapitalaufwand erfordern, aber auch einen geringen Ertrag geben, wird durch die uns für Böhmen vorliegenden Zahlen vollständig bestätigt. Hier vertheilt sich die von den verschiedenen Kulturarten eingenommene Fläche, in Procenten der Gesamtarea jeder Besitzeskategorie ausgedrückt, auf den Allodial- und Fideicommissbesitz der 12 Kreise, für welche die Daten publicirt sind, folgendermaassen¹⁵⁾:

Besitzeskategorie:	Aecker	Wiesen.	Gärten.	Weiden.	Holzland.	Ueberhaupt prod. Boden.	Ueberhaupt unprod. Bod.	Gesamtboden.
Allodialbesitz . . .	60	12	1	4	21	98	2	100
Fideicommissbesitz .	24	8	1	6	56	95	5	100

Aus diesen Zahlen ist ersichtlich, wie sehr der Waldbau auf den Fideicommissgütern den Waldbau auf den Allodialgütern seiner Flächenausdehnung nach übertagt (56 : 21). Auch die Ausdehnung der Weiden ist auf den Fideicommissgütern grösser, als auf den Allodialgütern (6 : 4). Dagegen nimmt das Ackerareal auf den Fideicommissgütern einen geringeren Bruchtheil der Gesamtarea dieser Besitzeskategorie ein, als auf den Allodialgütern (24 : 60). Auch das Verhältniss des gesammten produktiven Bodens zu dem unproduktiven Boden ist bei dem Fideicommissbesitz ungünstiger als bei dem Allodialbesitz (produktiver Boden 95 : 98; unproduktiver Boden 5 : 2).

Ist die Zahl und der Flächenumfang der Fideicommissgüter eines Landes, wie oben angenommen wurde, bedeutend, so leidet die gesammte landwirtschaftliche Produktion unter der künstlichen Stagnation der Fideicommisswirthschaften. Durch das Zurückbleiben eines Produktionszweiges kann aber leicht auch die für die verschiedenen Produktionszweige eines Landes unter einander wünschenswerthe Har-

15) Der Uebersichtlichkeit wegen sind die Decimalstellen überall beseitigt worden; dabei hat, wenn Zahlen von 5 und mehr abgestrichen wurden, eine Erhöhung der letzten Stelle um 1 stattgefunden.

monie gestört werden. Denn entweder ist, entsprechend dem Zustande der Landwirthschaft, auch der Stand der ländlichen Bevölkerung ein stationärer oder die Vermehrung derselben läuft nicht parallel mit den eröffneten Erwerbsgelegenheiten. In diesem letzteren Fall werden diejenigen Arbeitskräfte, welche im Landbau zum Theil wegen der, einen geringen Kapital- und Arbeitsaufwand erfordernden Kulturarten (Waldbau, Viehzucht u. s. w.), zum Theil aber überhaupt wegen der unnatürlichen Extensität der Wirthschaft keine Verwendung finden, aus ihrer bisherigen Beschäftigung gedrängt und strömen, so weit sie nicht in fremde Länder auswandern, in die Industriestädte. Diese schon durch die moderne Grossindustrie, die ausserordentlichen Fortschritte der Kommunikationsmittel, die Freizügigkeit, sowie die ungesunde Gruppierung der gewerblichen Etablissements um die politischen und Verkehrsmittelpunkte, gegebene und unserer Zeit eigene Concentration der Bevölkerung in den Städten wird durch das Bestehen grosser Fideicommissgüter, welche einer Decentralisation der Bevölkerung künstlich entgegen wirken, noch begünstigt. Wegen der geringen Nachfrage der ländlichen Bevölkerung nach den Erzeugnissen der inländischen Industrie, welche ihren Grund in der relativ niedrigen Zahl dieser Bevölkerung, in dem geringen Einkommen und den diesem entsprechenden geringen Bedürfnissen der ländlichen Lohnarbeiter, sowie in den vielfach auf, aus dem Ausland bezogene Luxusgegenstände gerichteten Bedürfnissen der grossen Grundbesitzer hat, bilden sich in der grossen Industriezentren leicht solche Produktionszweige aus, welche vorzugsweise für den Export arbeiten. Eine Richtung der nationalen Produktion, welche hinsichtlich der Erzeugnisse gerade ihres blühendsten Zweigs hauptsächlich von auswärtiger Nachfrage abhängig ist, wird aber leichter Erschütterungen und Krisen ausgesetzt sein, als eine auf grösserer Harmonie ihrer einzelnen Zweige beruhende Gestaltung der nationalen Produktion, indem im letzteren Fall die einzelnen Produktionszweige sich zugleich gegenseitig die Konsumenten liefern.

Diesem unsichern Zustand der Industrie vermögen dann auch diejenigen, welche sowohl das nöthige Kapital, als auch die erforderlichen persönlichen Eigenschaften zum Uebergang in den landwirthschaftlichen Beruf besitzen, nur schwer zu entgehen. Denn einmal ist ein grosser Theil des Bodens überhaupt in festen Händen, dann aber ist der veräusserliche Rest, in Folge der starken Nachfrage nach Land, die sich einem geringen Angebot gegenüber gestellt sieht, so hoch im Preise, dass der Gewerbetreibende, beim Kauf oder bei der Pachtung ländlicher Grundstücke, seine Rechnung nicht mehr findet.

Doch nicht nur die Kapitalisten werden von dem Ankauf und der Pachtung ländlicher Grundstücke zurückgehalten, noch viel härter wird die ländliche Arbeiterbevölkerung durch die Aussichtslosigkeit, sich durch Fleiss und Sparsamkeit auf eigener Scholle eine wirthschaftliche Existenz mit all ihren Segnungen zu gründen, betroffen. Ist dem Arbeiter, selbst bei hohem Tagelohn, die Möglichkeit abgeschnitten durch Erwerb von Grundbesitz in eine höhere Klasse hinaufzurücken, so ist er jedes in der Richtung seiner bisherigen wirthschaftlichen Thätigkeit liegenden Zielpunkts beraubt. Die Folge eines solchen Zustands wirthschaftlicher Aussichtslosigkeit ist dann, abgesehen von dem Abströmen der überschüssigen Bevölkerung in die Städte, dass auch derjenige Theil der ländlichen Arbeiter, welcher im landwirthschaftlichen Beruf vollauf Beschäftigung findet, zu keinem Gefühl des Behagens gelangt und daher stets bereit ist die heimathliche Scholle zu verlassen und in die Fremde auszuwandern. So urtheilt auch Rodbertus¹⁶⁾ auf Grund in Norddeutschland gemachter Beobachtungen, dass die Auswanderungslust der ländlichen Arbeiter nicht aus ihrer Vermögenslosigkeit entspringt; die Vermögensverhältnisse sind vielmehr so, dass es denselben nicht schwer wird, in wenigen Jahren für eine zahlreiche Familie das Ueberfahrtsgeld nach Amerika zu ersparen, sondern aus ihrer Eigenthumslosigkeit. Diese ist aber nur auf den Mangel an verkäuflichen Eigenthumsstellen zurückzuführen. Auch der anonyme Verfasser einer »Vorschläge zur Beseitigung der Massenauswanderung¹⁷⁾« betitelten Brochüre bezeichnet die Unbeweglichkeit und Untheilbarkeit des Grund und Bodens, sowie die Grösse der Landgüter als den die Massenauswanderung bewirkenden Krebschaden der ländlichen Zustände des deutschen Nordostens. Endlich ist auf der berliner Konferenz ländlicher Arbeitgeber im Jahre 1872 von conservativer Seite ausgesprochen worden, dass der Verkauf von Parzellen an ländliche Arbeiter erleichtert werden müsse, zu welchem Zweck eine Abänderung der Gesetzgebung über Fideicommiss und Lehen erforderlich sei¹⁸⁾.

Doch nicht nur hemmen Fideicommiss die Landwirthschaft in ihrer Entwicklung und drängen zugleich die gesammte Produktion in

16) Zur Erklärung und Abhülfe der heutigen Kreditnoth des Grundbesitzes. Thl. 2. Jena 1869. S. 179.

17) Berlin bei Kortkamp 1873. S. 37.

18) Hiermit stimmt auch Birnbaum, die gegenwärtige Lage der Landwirthschaft, Deutsche Warte, 1873 Juliheft Nr. 1. überein.

eine naturwidrige Richtung; nicht nur erzeugen sie durch Ansammlung und Festmachung grosser Grundbesitzmassen in einigen wenigen Händen, so wie durch Ausschluss der übrigen ländlichen Bevölkerung von dem Erwerb des Grund und Bodens eine ungünstige Vertheilung des National-einkommens, eine wirthschaftliche und sociale Kluft zwischen Besitzlichen und Unbesitzlichen und eine Stimmung des Unmuths und der Verdrossenheit in den untern Klassen; sie wirken auch dem Interesse sämmtlicher Konsumenten entgegen, indem sie durch Hemmung der landwirthschaftlichen Produktion die Preise der für die Befriedigung der nothwendigsten Bedürfnisse erforderlichen Güter künstlich hoch halten.

Durch die eigenthümliche Form, die sie dem Eigenthum geben, dienen Fideicommisses ferner zur Erschütterung der Grundlagen des Eigenthums. Während das Eigenthum an beweglichen Sachen seine wichtigsten Rechtfertigungsgründe in der Arbeit und Sparsamkeit findet, treffen diese beiden Momente beim Grundeigenthum nicht zu; denn dieses wird weder producirt, noch kann es erspart werden. Dagegen ist das private Grundeigenthum wesentlich aus dem Nutzen, den es der Volkswirtschaft bringt¹⁹⁾ abzuleiten. Dieser dem Grundeigenthum zu Grunde liegenden Idee gemäss hat sich dasselbe, entsprechend dem durch die wirthschaftliche Gesamtlage gegebenen erhöhten Bedarf an Produkten des Landbaues und dem hierdurch gebotenen Fortschreiten von extensiver zu intensiver Bearbeitung des Bodens, im Laufe der Zeit aus einem mehr oder minder eingeschränkten Dispositionsrecht zum fast uneingeschränkten Privateigenthum entwickelt²⁰⁾. Indem das Fideicommiss nun eine Form des Eigenthums schafft, welche den Grund und Boden daran hindert, die von der Gesamtheit an denselben gestellten Anforderungen zu befriedigen, beraubt es das Eigenthum in diesem Fall seiner wesentlichsten Stütze. Es darf daher nicht Wunder nehmen, wenn das Vorkommen des Familienfideicommisses, also einer Form des Grundeigenthums, zu den heftigsten Angriffen auf das Grundeigenthum selbst Veranlassung giebt, zumal das Fideicommiss, obgleich es den Anforderungen, welche die Gesamtheit an das Eigenthum stellt, nicht genügt, dennoch fortwährend an den durch diese Gesamtheit erzeugten Vortheilen, welche sich unter Anderem auch im steigenden Werth des Bodens äussert, theilnimmt.

Auch wohnt dem Fideicommissvermögen nicht jene heilende Kraft

19) J. St. Mill, Grundsätze der polit. Oeconomie. Buch. 2. Kap. 2.

20) Adolf Wagner, Die Abschaffung des privaten Grundeigenthums. Leipzig 1870.

inne, welche ungerecht erworbenen Besitz, der durch Erbgang in die Hände der Nachkommen des ersten Erwerbers übergeht und von diesen bei völlig freiem Verkehr durch eigene Tüchtigkeit erhalten wird, im Laufe der Zeit legalisirt. Durch die Fideicommisseseigenschaft eines Grundstücks wird jedes bei dem Erwerb desselben begangene Unrecht gleichsam »gefrieren gemacht«²¹⁾.

Was sodann die Wirkungen des Familienfideicommisses auf das Verhältniss der Familienglieder zu einander betrifft, so werden in Zeiten hoher Kultur, in denen der Familiensinn schwächer geworden und das Selbstständigkeitsgefühl der einzelnen Familienglieder erstarkt ist, die selben der Regel nach nachtheilige seien.

Hinsichtlich der noch kurz zu berührenden Folgen für die Person des Fideicommissbesitzers selbst, sei hier nur erwähnt, dass Fideicommisses, indem sie einen durch persönliche Schuld sowie persönliches Verdienst der Regel nach nur wenig veränderlichen Vermögenszustand schaffen, die Entwicklung jener wirthschaftlichen Kräfte hemmen, welche erst im Kampf um das wirthschaftliche Dasein, in dem Alles zu gewinnen aber auch Alles zu verlieren ist, zur vollen Entfaltung gelangen. Im schlimmsten Fall können sie sogar wie Verschwendungserklärungen wirken, indem sie von der Sorge für verständige Verwaltung des eigenen Vermögens entbinden.

Dagegen vermögen wir aus den Ansprüchen, welche die jüngeren Söhne der Fideicommissbesitzer an den Staat wegen ihrer Versorgung erheben könnten, unter den heutigen Verhältnissen, in denen der Staat stark genug ist, um solche ungerechtfertigte Zumuthungen abzuweisen und in dieser Beziehung von der öffentlichen Meinung aufs Wirksamste unterstützt werden wird, keine solche Uebelstände für das Gemeinwesen zu folgern, wie z. B. Mohl es thut.

Auch ist eine Schädigung der Gläubiger des Fideicommissbesitzers, wegen der gegenwärtig in fast allen Staaten, mit Ausnahme nur Englands, durchgeführten Publicität für alle auf das Fideicommissvermögen bezüglichen Akte, nur durch eigenes Verschulden dieser Gläubiger, möglich.

Im Obigen sind die nachtheiligen Folgen festgestellt worden, welche das Fideicommiss unter den gegebenen Voraussetzungen auszuüben die Tendenz haben wird und welche hauptsächlich darin bestehen, dass sie der Erreichung jenes oben für die Volkswirtschaft als erstrebenswerth hingestellten Zustands entgegenwirken. Trifft die eine oder andere der Voraussetzungen nicht zu, so werden auch diese Wirkungen eine Modifikation erleiden. So wenn wir uns das Fideicommiss versetzt denken in Zeiten nie-

21) Walcker, Sociale Frage. S. VII und 51.

driger Kultur, wo es dann, wie bereits oben erwähnt wurde, gleichsam aus der Natur der Dinge erwachsen erscheint und der volkswirtschaftlichen Entwicklung keinen Zwang anthut. Treten ferner die Fideicommissgüter nur vereinzelt in einem Lande oder in einer Gegend auf und nehmen sie nur einen geringen Theil des gesammten Grund und Bodens ein, so werden sie die oben dargestellten Wirkungen nur in geringem Grade äussern; ja es kann ihr Einfluss auf die Volkswirtschaft in solchem Fall, wie unten gezeigt werden soll, sogar ein günstiger sein. Dagegen vermag eine Verkleinerung der einzelnen Fideicommissgüter unter das angenommene Maass die obigen Wirkungen, soweit sie sich aus dem Missverhältniss zwischen den von der Volkswirtschaft an den einzelnen Grundbesitzer gestellten Forderungen und den Mitteln dieselben zu befriedigen, ergeben, nur noch zu steigern. Endlich kann eine rechtliche Konstruktion, welche, die starre Consequenz des gemeinen Rechts aufgebend, den Anforderungen des freien Verkehrs Rechnung trägt, verschiedene Folgen haben. Bei dem in England eingeschlagenen Wege, den Besitz nur für kürzere Zeit zu vinkuliren, wobei die Sitte aber so stark ist, dass sie nach Ablauf der geschlossenen Zeit immer wieder zur Erneuerung des entail führt, erscheint das Interesse der Freiheit und Beweglichkeit des Grundeigenthums besser gewahrt als in Deutschland. Abgesehen hiervon bewirkt aber das häufige Vorkommen von entails eine ungünstige Vertheilung des englischen Grund und Bodens. Es wird bei der Beurtheilung der englischen entails übrigens stets im Auge zu behalten sein, dass die nothwendige Voraussetzung dieses Zustandes im englischen Intestaterbrecht mit seiner Individualsuccession in Immobilien und in der unbeschränkten Testirfreiheit gegeben ist. Denn es ist undenkbar, dass sich in einem Lande mit gleichem Intestaterbrecht für alle Kinder ohne Unterschied des Alters und Geschlechts und mit durch Pflichttheile beschränkter Testirfreiheit Fideicommissse, welche periodisch erneuert werden müssen, bilden und erhalten werden. Die in Deutschland vorliegenden Erfahrungen scheinen dieses zu bestätigen. Das gemeine Recht lässt nämlich fideicommissarische Substitutionen bis zum vierten Grade zu und auch die einzelnen Partikulargesetzgebungen haben dieses Institut ausdrücklich sanctionirt, die Dauer der Substitutionen aber zugleich abgekürzt. So gestattet das bayrische Recht²²⁾ nur eine Substitution, ebenso das sachsen-weimarsche Recht²³⁾; das preussische Landrecht dagegen zwei Substitutionen.

22) Bayr. Ed. v. 1818 § 19.

23) Sachs.-Weim. Ges. v. 1833 § 2.

Nach österreichischem Landrecht²⁴⁾ ist die fideicommissarische Substitution von Zeitgenossen des Erblassers unbeschränkt; hinsichtlich noch ungeborener Nacherben dagegen können Geldsummen bis auf den zweiten Grad, unbewegliche Güter nur bis auf den ersten Grad vererbt werden. Das badische Landrecht²⁵⁾ wiederholt die Bestimmung des Code civil. Ausserdem ist im Vergleich mit den deutschrechtlichen Familienfideicommissen die Begründung von Substitutionen nach sächsischem²⁶⁾, bayrischem²⁷⁾, sachsen-weimarischem²⁸⁾ und preussischem²⁹⁾ Recht insofern erleichtert, als sie ohne Einholung landesherrlicher Genehmigung erfolgen kann. Obgleich nun in diesen Substitutionen der juristische Anhaltspunkt für die Bildung ähnlicher Rechtsverhältnisse wie in England gegeben ist, so sind doch wegen der sonst verschiedenen Voraussetzungen, deren wichtigste in der Verschiedenheit des englischen und deutschen Intestaterrechts besteht, auf deutschem Boden keine den englischen entails ähnliche Rechtsbildungen entstanden.

Dagegen haben die Gesetzgebungen der einzelnen deutschen Staaten es unternommen, das aus deutschrechtlicher Wurzel erwachsene Familienfideicommiss einer theilweisen Umbildung zu unterziehen. Indem die Idee desselben, als eines auf die Zeit der Dauer einer Familie berechneten Instituts, beibehalten wurde, suchte man die als Consequenzen aus dieser Idee sich ergebenden Härten, namentlich soweit sie dem jeweiligen Fideicommissbesitzer Nachtheil bringen und mit dem Geist der Zeit in Widerspruch stehen, in nachfolgender Weise zu mildern:

1. das im Adel seinen Ursprung habende Institut wurde durch die Gesetzgebung ausdrücklich oder stillschweigend auf alle Volksklassen ausgedehnt, um demselben dem Charakter eines ständischen Sonderrechts zu nehmen. Nur das badische Landrecht und das bayrische Fideicommissdict lassen die Errichtung von Familienfideicommissen auch gegenwärtig ausschliesslich zu Gunsten adliger Personen zu. Durch diese Concession an die Rechtsgleichheit ist nun aber nicht viel erreicht worden, indem das Fideicommiss faktisch doch nur in adligen oder solchen Familien, »welche das innere Wesen des Adels in sich aufgenommen haben«, vorzukommen pflegt.

2. Um eine Gewähr dafür zu erhalten, dass das Fideicommiss in

24) Oesterr. BGR. Art. 611, 613.

25) Bad. LR. § 896, 897, 1048, 1049, 1050.

26) Sachs. CGB. Art. 2538.

27) Bayr. Ed. § 109.

28) Sachs.-Weim. Ges. v. 1833.

29) Preuss. ALR. Th. 2 Tit. 12.

der That die seiner Errichtung zu Grunde liegende Idee zu realisiren vermag, haben mehrere Gesetzgebungen ein bestimmtes Werth- oder Ertragsminimum für die zu vinkulirenden Landgüter aufgestellt. So verlangt Baden für Fideicommissgüter des Herrenstands wenigstens ein reines Einkommen von 15,000 Gulden, für Fideicommissgüter des Ritterstandes ein solches von 4000 Gulden. Braunschweig einen Reinertrag von 3000 Thalern, Preussen von 2500 Thalern, Hannover von 1200 Thalern, Anhalt endlich einen solchen Ertrag, »durch welchen das Fideicommiss erhalten werden könne.« Das hessen-darmstädtische Gesetz fordert, dass Fideicommissgüter wenigstens einen Kapitalwerth von 75,000 Gulden, das bayrische Gesetz einen solchen von 20,000 Gulden besitzen.

Zur vollständigen Würdigung der eben mitgetheilten Zahlen, muss angeführt werden, dass einige Gesetzgebungen die Belastung dieses Minimalwerths mit Schulden zulassen, so das braunschweigische Gesetz uneingeschränkt, das hannoversche und preussische mit der Einschränkung, dass die Hälfte des Werths in jedem Fall schuldenfrei bleiben soll. Demnach kann es vorkommen, dass z. B. in Preussen der Besitzer eines Fideicommissguts im gesetzlichen Minimalbetrage nur ein Jahreseinkommen von 1250 Thalern, in Hannover sogar nur ein solches von 600 Thalern bezieht. Ferner ist noch in Betracht zu ziehen, dass die meisten Partikulargesetze die Einnahmen der Fideicommissgüter noch mit Apanagen, Witthümern, Aussteuern u. s. w. belasten — Preussen, Baden, Oesterreich ohne Einschränkung, Hannover und Hessen-Darmstadt bis zu $\frac{1}{3}$, Braunschweig gar bis $\frac{1}{2}$ des Reinertrags des Fideicommissguts — und dass endlich die Gesetze Braunschweigs, Hessen-Darmstadts, Bayerns und Oesterreichs neben der Verzinsung der Fideicommissschulden zugleich auch eine Tilgung derselben innerhalb bestimmter Zeiträume aus den Einkünften des Fideicommissguts vorschreiben. Beispielsweise mag angeführt werden, dass in Hannover die dem Fideicommissbesitzer zur Bestreitung seiner und seiner Familie Bedürfnisse sowie zur Erhaltung des Familienglanzes übrig bleibende Summe, nach Abzug der Zinsen für die gesetzlich gestatteten Schulden, sowie der Apanagen, Witthümer u. s. w. möglicherweise nur 400 Thaler betragen wird, aus welcher geringen Summe dann noch im Laufe bestimmter Jahre die Schulden selbst getilgt werden müssen.

Entbehrt schon überhaupt die Aufstellung von gesetzlichen Minimalbestimmungen für das zu vinkulirende Vermögen zureichender Gründe, weil es füglich der Einsicht des Stifters überlassen werden kann, die Grösse des Fideicommissguts dem beabsichtigten Zweck entsprechend zu fixiren und weil ein allgemeines Interesse hier nicht in Frage steht,

da eine Vinkulirung von volkswirtschaftlich schädlichen Zwergwirthschaften durch Fideicommiss nicht zu erwarten steht, so muss man sich vollends gegen so niedrig gegriffene Minimalbestimmungen erklären.

3. Viel wichtiger für die Volkswirtschaft ist dagegen die gesetzliche Fixirung bestimmter Maxima, bis zu welchen das Grundeigenthum allein in den Zustand der Erstarrung versetzt werden darf. Allein gerade in dieser Beziehung ist die Fürsorge der Gesetzgebung eine viel geringere gewesen, als bei Feststellung der Minima. Nur das badi-sche Landrecht schreibt für Stammgüter des Herrenstandes ein Reineinkommen von 30,000 Gulden, für Stammgüter des Ritterstandes ein solches von 8000 Gulden als Maximum vor. Preussen verlangt für die Erhebung solcher Landgüter zu Fideicommissen, deren Reinertrag 10,000 Thaler übersteigt, die Einholung landesherrlicher Genehmigung, während im Uebrigen für Grundstücke, deren Reinertrag diese Summe höchstens erreicht, die Genehmigung der Aufsichtsbehörde genügt. Es mag nun wohl dieser sowie der in den Gesetzen Hessen-Darmstadts, Hannovers, Sachsen-Weimars, Badens, Braunschweigs, Anhalts und bedingungsweise auch Sachsens enthaltenen Bestimmung, welche die Vinkulirung des Grundeigenthums durch Fideicommiss überhaupt von der Genehmigung des Landesherrn (in Oesterreich von der Genehmigung der Gesetzgebung), desgleichen auch der in den Gesetzen Bayerns, Altenburgs und Gothas enthaltenen Bestimmung, welche solche Stiftungen wenigstens von der Bestätigung der Aufsichtsbehörde abhängig macht, der Gedanke zu Grunde liegen, dass die Genehmigung und Bestätigung versagt werden könne und solle, sofern der Volkswirtschaft aus der Gebundenheit des Grundeigenthums Schaden erwächst³⁰⁾. Wenn somit diese Bestimmungen auch beweisen, dass die Gesetzgeber sich der nachtheiligen Wirkungen, welche Fideicommiss unter bestimmten Umständen hervorzubringen im Stande sind, wohl bewusst waren, so kann doch nicht zugleich zugegeben werden, dass sie in der Wahl der Mittel, um dieser Gefahr vorzubeugen, glücklich gewesen sind. Erscheint schon überhaupt die Genehmigung als eine in der Volkswirtschaftspolitik heute meist überwundene Form staatlicher Einnischung, so gilt die Devolvirung von Specialfällen des wirthschaftlichen Lebens behufs ihrer Entscheidung an den Landesherrn noch für besonders unzweckmässig.

30) Nach Gerber, Ueber den Begriff Autonomie, in seinen gesammelten juristischen Abhandlungen S. 56 soll durch die Bestätigung dem Bedürfniss nach dem grössten Maass der Oeffentlichkeit und einer besonders genauen Abwägung der bei solchen Rechtsgeschäften in Frage stehenden Interessen, zu denen doch wohl auch die volkswirtschaftlichen Interessen gehören, entsprochen werden.

Denn einmal ist es aus politischen Gründen nicht rathsam die Person des Monarchen in die Gestaltung des wirthschaftlichen Lebens eingreifen zu lassen, dann aber liegt die Gefahr nahe, dass in solchen Angelegenheiten, welche Stände und Personen betreffen, die, sei es direkt oder indirekt ihren Einfluss auf die Person ihres Landesherrn geltend zu machen Gelegenheit haben, die maassgebenden sachlichen Gesichtspunkte nicht gehörig zur Geltung kommen werden, zumal ja nicht der einzelne im Augenblick vorliegende Fall von bedeutendem Einfluss auf die allgemeine Wohlfahrt zu sein pflegt. Desgleichen enthält der von der österreichischen Gesetzgebung eingeschlagene Weg jede Fideicommissstiftung von einem Votum der gesetzgebenden Gewalt abhängig zu machen, eine unnatürliche Erweiterung der Kompetenz dieser letztern. Endlich entbehren auch die Gerichtsbehörden, denen die Bestätigung der Fideicommissstiftungen von der Gesetzgebung einiger Staaten übertragen ist, gewöhnlich derjenigen Eigenschaften, welche zu einer sachkundigen Prüfung des vorliegenden Falls vom Standpunkte der Volkswirtschaft erforderlich sind.

4. Um dem Fideicommissbesitzer in Fällen, in denen er selbst kein Kapital besitzt, desselben aber doch im Interesse seiner Wirthschaft dringend bedarf, die Aufnahme von Darlehn zu ermöglichen, wird ihm ausnahmsweise die Belastung des Fideicommissguts mit Schulden gestattet: nach gemeinem Recht und preussischem Landrecht nur zum Zweck der Erhaltung oder Wiederherstellung des Guts, nach braunschweigischem Gesetz jedoch auch zur Verbesserung, nach bayrischem zum Nutzen und nach hessen-darmstädtischem ebenfalls im Interesse und zum Nutzen des Fideicommissguts.

Ja es ist der Verkauf und Austausch einzelner Parzellen des Fideicommissguts, sowie sogar der Verkauf des ganzen Fideicommissguts resp. die Veränderung seiner Substanz von einigen Partikulargesetzen ausnahmsweise für zulässig erklärt worden. Auch in diesen Fällen wird vorausgesetzt, dass die Vornahme solcher Ausnahmehandlungen für das Fideicommiss nothwendig oder doch nützlich sei.

Sowohl die Kontrahirung von Fideicommissschulden, als auch die theilweise oder totale Veräusserung des Fideicommissguts ist gewöhnlich von der Zustimmung oder doch wenigstens von der Anhörung sämtlicher resp. einiger Anwörter und meist auch von der Bestätigung der Aufsichtsbehörde oder des betreffenden Ressortministers oder sogar des Landesherrn abhängig gemacht.

Die hier von den einzelnen deutschen Gesetzgebungen ins Auge gefassten Zielpunkte dürften, wenn überhaupt, so doch nur nach Ueber-

windung grosser Schwierigkeiten erreicht werden. Zu diesen Schwierigkeiten zählen wir nicht nur die Vernehmung oder gar die Herbeischaffung eines Beschlusses der Anwörter, welche von den verschiedensten Interessen bestimmt sein können, sowie die Genehmigung seitens der Aufsichtsbehörde oder einer höhern Instanz, welche wohl selten ein sachkundiges Urtheil darüber, ob die vorgeschlagene Maassregel für das Fideicommiss wirklich nothwendig oder nützlich ist, haben werden, sondern auch die Unlust dritter Personen, mit dem Fideicommissbesitzer wegen seiner privilegierten Stellung in geschäftliche Verbindung zu treten.

Als zweckmässig ist die Bestimmung des preussischen Rechts zu bezeichnen, wonach in nicht sehr wichtigen Fällen die Familie durch zwei Anwörter repräsentirt wird, welche mit dem Fideicommissbesitzer Entscheidung treffen. Stimmen diese 3 Personen untereinander nicht überein, so wird die Differenz durch ein Schiedsgericht erledigt.

5. Schwerfällig und wenig Erfolg versprechend ist ferner der von einigen Partikulargesetzen (Preussen, Bayern, Baden, Braunschweig, Sachsen, Sachsen-Weimar, Anhalt) für die Aufhebung des Fideicommisses vorgeschriebene Weg der Herbeiführung eines dahinzielenden einstimmigen Beschlusses aller lebender Anwörter, der ausserdem noch der Bestätigung durch die Aufsichtsbehörde oder durch den Landesherrn bedarf. Da es nur eines dissentirenden Familienglieds bedarf, um das Zustandekommen eines solchen Beschlusses zu vereiteln, so wird die gesetzlich gestattete Auflösung des Familienfideicommisses faktisch wohl selten zu Stande kommen.

6. Ein entschiedener Fortschritt ist dagegen in dem, dem Gläubiger auf dem Fideicommissgut ruhender Schulden durch das braunschweigische, hessen-darmstädtische und badensche Gesetz gewährten Recht enthalten, das Fideicommissgut ebenso wie jede andere Hypothek erforderlichen Falls sequestriren und meistbietlich verkaufen lassen zu dürfen. Erst im Zusammenhang mit dieser Bestimmung erhält die dem Fideicommissbesitzer ausnahmsweise gewährte Befugniß das Fideicommiss mit Schulden zu belasten ihren praktischen Werth, da die Kreditfähigkeit des Fideicommissbesitzers in demselben Maasse wächst, wie seine Privilegien als Schuldner geschmälert werden.

7. Der wesentlichste Vorzug der einzelnen deutschen Partikulargesetze vor dem gemeinen deutschen Recht sowohl, wie vor dem englischen Recht besteht in der, für alle sich auf das Fideicommiss beziehenden Akte durchgeführten Publicität, so dass Benachtheiligungen Dritter durch unbefugte Verkäufe von Fideicommissgütern, sowie durch Darlehns-

aufnahmen seitens der Fideicommissbesitzer, wie sie in England noch gegenwärtig vorkommen sollen, in Deutschland ohne eigenes Verschulden des Benachtheiligten nicht mehr möglich sind.

8. Die von der Gesetzgebung einiger deutschen Staaten (Bayern, Baden, Braunschweig, Hessen-Darmstadt, Hannover) dem Fideicommissbesitzer vorgeschriebene Ausstattung und Versorgung bestimmter Personen durch Witthümer, Apanagen und Aussteuern ist mit dem für den Werth des Fideicommissguts gesetzlich fixirten Minimum nicht immer in Uebereinstimmung gebracht. So kann z. B. nach hannoverschem Gesetz das 1200 Thaler Reinertrag gebende Fideicommissgut von dem Besitzer bis zur Hälfte mit Schulden belastet sein; es ist also möglich, dass die Hälfte des Reinertrags für Zinsen fortgeht; ausserdem ist die Schuld selbst im Laufe bestimmter Jahre aus den Revenüen zu tilgen und endlich sollen aus dem Rest noch Apanagen, Witthümer und Aussteuern gezahlt werden.

Nachdem die schädlichen Wirkungen, welche Fideicommiss unter den gegebenen Voraussetzungen zu äussern die Tendenz haben, festgestellt worden sind und dann untersucht worden ist, welche Folgen eine Aenderung in den Voraussetzungen haben muss, soll jetzt noch darauf hingewiesen werden, dass diesen Tendenzen die mannigfachsten Umstände und Verhältnisse entgegenwirken können. Einige derselben mögen hier Erwähnung finden.

Je grösser die Fideicommissgüter sind, desto bedeutender werden einerseits einige der schädlichen Folgen, namentlich soweit diese aus einer ungünstigen Bodenvertheilung entspringen, sein, desto leichter lassen sich aber auch andere Nachtheile der Fideicommiss überwinden. Denn einem Fideicommissbesitzer mit bedeutendem Einkommen wird es leichter fallen sein Grundstück in guter Kultur zu erhalten, als einem solchen mit geringem Einkommen; auch wird er im Stande sein der Wittve seines Vorgängers, sowie seinen jüngern Brüdern und Schwestern entsprechende Witthümer, Apanagen und Aussteuern zu gewähren.

Die aus der Schwierigkeit der Kapitalbeschaffung für den Fideicommissbesitzer und die Volkswirtschaft erwachsenden Nachtheile können dadurch gemindert werden, dass mit dem Fideicommiss in Landgütern zugleich nicht unbeträchtliche bewegliche Kapitalien, deren Zinsen dem jedesmaligen Besitzer zufallen, untrennbar verbunden sind³¹⁾.

31) Ein solches mit dem Stammgut zu verbindendes, zur Apanagirung der von dem Erwerb des Fideicommissguts ausgeschlossenen Familienglieder und zu andern Zwecken bestimmtes Kapitalfideicommiss bezweckt das oben genannte Hausgesetz

Auch das Verpachten der Fideicommissgüter im Ganzen oder in einzelnen Theilen vermag den aus dem Kapitalmangel der Besitzer, sowie dem Vorhandensein zu grosser Güter entspringenden Nachtheilen entgegen zu wirken. Freilich sind die Voraussetzungen hierfür, ein wohlhabender betriebsamer Pächterstand und eine zweckmässige Pachtgesetzgebung, welche namentlich die Abschliessung von Pachtverträgen auf längere Dauer gestattet, nicht überall vorhanden. Von grösster Wichtigkeit ist in dieser Beziehung die dem Fideicommissbesitzer kraft Gesetzes zustehende Befugniss Pachtverträge mit bindender Kraft für seine Nachfolger auf bestimmte längere Perioden abzuschliessen. Die gemeinrechtliche Bestimmung, dass jeder Pachtvertrag mit dem Ableben des Verpachters expirirt, macht den Abschluss für beide Theile vortheilhafter Pachtverträge unmöglich. Denn aus einem Verhältniss, das jeden Augenblick gelöst werden kann, wird der Pächter den möglichst grossen Gewinn zu ziehen suchen, ohne das Pachtobject in nachhaltiger Kultur zu erhalten oder gar demselben Meliorationen zuzuführen, deren Früchte möglicherweise nur Andern zufallen würden. Wie schwer es aber hält eine verträglich ausbedungene Instandhaltung und Meliorirung von ländlichen Grundstücken auch wirklich durchzusetzen, wenn das eigene Interesse des Pächters nicht selbst ins Spiel kommt, ist bekannt. Als zweckmässige Abänderung des gemeinen Rechts sind daher anzusehen die Bestimmungen des bayrischen Gesetzes, welches dem Fideicommissbesitzer den Abschluss neunjähriger, sowie des hessendarmstädtischen Gesetzes, welches den Abschluss zwölfjähriger, und endlich des oesterreichischen Gesetzes, welches, nach Vernehmung sämtlicher Anwärter und mit Genehmigung der ständigen Gerichtsbehörde, sogar den Abschluss von Erbpachtverträgen, in allen 3 Fällen mit verbindlicher Kraft für den Fideicommissnachfolger, gestatten.

Endlich ist noch hervorzuheben, dass den ungünstigen Wirkungen, welche der durch Fideicommiss gesicherte Besitz auf die Person der Fideicommissbesitzer überhaupt und auf ihre wirthschaftliche Energie im Speciellen auszuüben pflegt, durch einen gesunden und tüchtigen Geist der sich im Besitz von Fideicommissgütern befindlichen Familien entgegengewirkt werden kann.

Der Anführung der volkswirtschaftlich schädlichen Wirkungen des Fideicommisses haben wir nunmehr auch die der nützlichen folgen zu lassen.

Während mit den Fideicommissgütern alle Nachtheile des grossen Grundeigenthums und zwar zum Theil in erhöhtem Grade verbunden sind, gilt ein Gleiches nicht auch in Bezug auf die Vorzüge desselben. So trifft z. B. der dem grossen Grundeigenthümer eigene Vorzug leichter Kapitalbeschaffung zur Ausführung von Meliorationen sowie zur Ueberwindung ausserordentlicher Kalamitäten, wie Hagelschlag, Viehsterben, Feuersbrünste, Kriegsverwüstungen bei dem Fideicommissbesitzer, wegen der Schwierigkeiten, welche die Fideicommissqualität eines Guts der Verbindung des Kapitals mit dem Grund und Boden in den Weg legt, nicht zu. Dagegen sind andere Vortheile des grossen Grundeigenthums, wie z. B.: die bessere Ausnutzung der stehenden Capitalien (Gebäude, Maschinen, Arbeitsthiere), der Gewinn beim Einkauf im Grossen, die bessere Durchführung der Arbeitstheilung, der leichtere Betrieb mancher landwirthschaftlicher Nebengewerbe, welche die Maassenproduktion bestimmter Rohprodukte voraussetzen (Branntweinbrennerei, Bierbrauerei, Rübenzuckerfabrikation, Oelbereitung), den Fideicommissgütern ebenso eigen, wie überhaupt dem grossen Grundeigenthum.

Die dem Fideicommissbesitz als solchem eigenthümlichen Vortheile treten entweder in jedem Fall, also auch unter den oben gegebenen Voraussetzungen ein oder nur unter bestimmten, diesen letzteren zum Theil widersprechenden Voraussetzungen.

Zu den Vortheilen der ersteren Art gehört, dass Fideicommissgüter wegen der Kontinuität ihres Besitzes einen Anreiz zur Entwerfung und, soweit die übrigen Bedingungen erfüllt sind, auch die Möglichkeit zur Durchführung der weitaussehendsten Wirthschaftspläne darbieten, womit der Landwirthschaft, die häufig erst nach Decennien das Ergebniss einer gemachten Anstrengung vergilt, ein wesentlicher Dienst geleistet wird. Besteht schon überhaupt für jede Kultur ein grosser Vortheil darin, wenn sie sich unmittelbar an eine vorhergethane Arbeit anschliesen und dieselbe in der einmal eingeschlagenen Richtung fortsetzen kann, so gilt dies in besonders hohem Grade von dem Landbau.

Die Vortheile der zweiten Art bestehen dagegen in Folgendem.

In Gegenden, in denen für den durch Fideicommiss gebundenen Grund und Boden volle Theilbarkeit besteht und diese bereits zu lauter kleinen und mittleren Gütern geführt hat, bieten die bestehenden Fideicommiss, vorausgesetzt, dass sie nicht häufiger vorkommen, als überhaupt grosse Güter wünschenswerth sind, eine Gewähr für das Fortbestehen einer volkwirthschaftlich günstigen Mischung von grossen, mittleren und kleinen Landgütern. Durch eine solche Mischung ist dann für eine vollständige Befriedigung des Volksbedürfnisses ge-

sorgt, indem die kleinen Güter Gartenfrüchte, Handelsgewächse u. s. w. produciren, die grossen dagegen Getreide, Fleisch, Milch, Holz u. s. w.; auch finden die kleinen Eigenthümer für ihre etwa überschüssige Arbeitskraft auf den grossen Gütern Verwendung, sei es als Tagelöhner, sei es als Pächter kleiner Parcellen, welche sie dann gemeinschaftlich mit ihrem eigenen Besitz bewirthschaften und auf diese Weise ihr Kapital vollständig auszunutzen. Freilich wo der Parcellirungsprocess bereits soweit vorgeschritten ist, dass aus dem der freien Theilbarkeit unterworfenen Grund und Boden lauter Zwergwirthschaften geworden sind, da werden die Fideicommissgüter nur zu leicht Krystallisationspunkte für Ladifundienbildungen abgeben, welche die Zwergwirthschaften allmählig zu verschlingen pflegen.

Zu den Kulturarten, welche dem grossen Grundeigenthum und speciell dem durch Fideicommiss gebundenen Eigenthum eigen zu sein pflegen, gehört der Waldbau. Derselbe erfordert ausgedehnte Flächen, weil eine geregelte Schlagwirthschaft mit langer Umtriebszeit nur auf solchen möglich ist und weil die Anstellung von gebildeten Forstmännern nur für grössere Waldcomplexe rentabel ist; der Waldbau beansprucht ferner nur ein geringes Betriebskapital und ist die Verwaltung des Forstes verhältnissmässig einfach; ein langes Ausstehenlassen des Holzkapitals auf dem Stamme, das immer ein Opfer des gegenwärtigen Besitzers enthält, pflegt endlich nur dort üblich zu sein, wo der Besitzer sicher ist, dass das von ihm gebrachte Opfer wenigstens seinen Nachkommen zu Gute kommt: lauter Momente, die dem Fideicommissbesitzer recht eigentlich auf die Waldwirthschaft hinweisen. Die uns für Böhmen vorliegenden Zahlen bestätigen denn auch dieses aus der Natur der Sache abgeleitete Resultat. Das Holzland nimmt auf den Allodialgütern der 12 Kreise, für welche die Tabellen publicirt sind, 21 % der Gesamtarea dieser Besitzeskategorie, auf den Fideicommissgütern dagegen 56 % ein. Da der Staat aus Rücksicht auf die Volkswirthschaft sowie die Landeskultur an der Erhaltung der Wälder interessirt ist, so muss es ihm willkommen sein, wenn ein Zweck, den er sonst nur mittelst strenger Forstpolizeiordnungen oder mittelst auf seinen Domainen planmässig durchgeführten Waldbaues erreichen kann, von den Fideicommissbesitzern, weil er zugleich ihrem Interesse entspricht, mit gefördert wird. Doch wird der günstige Einfluss der Fideicommissgeber in dieser Richtung nur unter der Voraussetzung stattfinden, dass solche Waldgüter zweckmässig über das Land vertheilt sind.

Auch zur Vieh- und speciell zur Pferdezucht, an deren Blüthe der Staat aus volkswirthschaftlichen, sowie aus politischen Gründen (Bedarf zu Kriegszwecken) ein Interesse hat, erscheint der Fideicommissbesitz, wegen seiner grossen Flächenausdehnung und wegen der geringen Kostbarkeit dieses Wirthschaftszweigs, vorzüglich geeignet.

Ziehen wir nun zum Schluss die Bilanz zwischen den volkswirthschaftlich schädlichen und nützlichen Wirkungen des Familienfideicommisses, so kann es nicht zweifelhaft sein, dass auf hoher Wirthschaftsstufe die schädlichen Wirkungen sowohl an Zahl wie an Bedeutung überwiegen, zumal sie unter den gegebenen Voraussetzungen gewöhnlich eintreten und nur ausnahmsweise durch besondere Umstände aufgehoben werden, wogegen das Eintreten der günstigen Wirkungen durchaus nicht eben so sicher ist, sondern meist von dem zufälligen Vorhandensein bestimmter Voraussetzungen abhängt. Auch werden die günstigen Wirkungen zum Theil schon von dem grossen Grundeigenthum ohne fideicommissarische Gebundenheit erreicht.

Hieran vermögen auch die Versuche der englischen und neuern deutschen Gesetzgebung, das Fideicommiss in Uebereinstimmung mit den Ansprüchen der Volkswirtschaft zu setzen, nicht viel zu ändern. Denn die englischen entails haben, trotz ihrer oben hervorgehobenen Vortheile vor dem deutschen Fideicommiss, zusammengehalten mit der in England gesetzlich geltenden Individualsuccession in Immobilien, doch immer eine ungünstige Vertheilung des Grund und Bodens zur Folge und die neuere deutsche Fideicommissgesetzgebung vermag, wie oben gezeigt wurde, die gegen das Fideicommiss geltend gemachten Bedenken nur zum geringsten Theil zu entkräften.

An dieses Resultat wird eine weitere Prüfung und Abwägung der für und gegen das Fideicommiss sprechenden, dem Gebiet der Verfassungs- und Verwaltungspolitik angehörigen Gründe anzuknüpfen haben.

Lebensabriss

des Dr. August von Miaskowski

Geboren in der Livländischen Stadt Pernau besuchte ich in St. Petersburg zuerst eine Privatlehranstalt und dann daselbst das unter dem Patronat der lutherischen St. Annenkirche stehende Gymnasium (St. Annenschule). Von diesem mit dem Zeugnis der Reife entlassen, studirte ich zuerst in Dorpat, dann in Heidelberg Rechts- und Staatswissenschaften, promovirte an letzterer Universität zum Doctor und absolvirte, in die Heimath zurückgekehrt, an ersterer das Magisterexamen. Zuerst von der Estländischen Stadt Narva, dann auch von der Stadt Reval zu ihrem Vertreter in die, zur Reformirung der bestehenden Gerichtsverfassung und des in Geltung befindlichen Civil- und Criminalprocesses niedergesetzte Central-Justiz-Commission gewählt, gehörte ich derselben bis zu ihrer Auflösung an. Hierauf trat ich als Decernent der Baltischen Civiloberverwaltung für Agrar- und Communalangelegenheiten in den Staatsdienst und nahm in dieser Stellung an der Durchführung der im Jahr 1866 promulgirten Landgemeindeordnung Theil. Zugleich erlangte ich die *venia patrociniandi* von dem Livländischen Hofgericht und war Docent am Baltischen Polytechnikum. Am Schluss des Jahres 1871 beschloss ich, mich ganz dem akademischen Lehrfach zu widmen, und damit einen Lieblingswunsch zu erfüllen, dessen Ausführung bis dahin durch äussere Verhältnisse beanstandet worden war. Als Einleitung und Vorbereitung hierzu nahm ich seit dem December 1871 an den Beschäftigungen des mit dem Königlich Preussischen Statistischen Bureau verbundenen Statistischen Seminars Theil und besuchte zugleich einige Vorlesungen an der Universität. Im Frühjahr 1873 siedelte ich nach Jena über.

Druckfehler.

Seite	6	Zeile	17	von oben: stimmten fällt weg.
—	7	—	24	— — Vorkauf statt Verkauf.
—	10	—	9	— — viel mehr statt vielmehr.
—	21	—	12	— — wenigstens fällt weg.
—	25	—	4	— — Fideicommiss statt Fideicommissen.
—	31	—	12	— — übersteigen statt absorbiren.
—	46	—	14	— — Pachtverträge statt Pachtverträgen.
—	46	—	18	— — regelndes statt regelnde.
—	50	—	12	— — im statt in.
—	53	—	15	— — entail statt entails.
—	57	—	37	— — civil statt sivil.
—	60	—	18	— — müsse statt müssen.
—	69	—	15	— — denen statt dem.
—	73	—	7	— von unten: Parteien statt Partheien.
—	74	—	21	— von oben: den statt dem.
—	84	—	23	— — in den statt in der.
—	89	—	11	— — Anhaltspunkt statt Anhaltepunkt.
—	97	—	24	— — die den statt die dem.
—	97	—	37	— — Fideicommissgüter statt Fideicom- missgeber.
